

# ÖMZ

## ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

begründet  
1808

### Editorial

*Die NATO führt Krieg in Afghanistan und gerät damit zunehmend in Bedrängnis, weil einerseits immer weniger Staaten bereit sind, sich an diesem Konflikt mit Truppen zu beteiligen. Andererseits ist es bislang nicht gelungen, den Menschen in diesem Land eine Perspektive zu geben bzw. entsprechende Unterstützung zukommen zu lassen, die in ihnen jene anfangs gehegten Hoffnungen auf eine Verbesserung ihrer Lebensumstände erhalten ließen. Gerade dieser Sumpf der Aussichtslosigkeit aber bietet den Nährboden für radikale Lösungen und beschert den Taliban-Milizen regen Zulauf. Über die Wintermonate wird sich auf Grund der Witterungsverhältnisse die Situation zwar etwas beruhigen, es steht aber zu erwarten, dass die Kämpfe im Frühjahr 2007 mit umso größerer Wucht wieder aufgenommen werden.*

*In Nepal hat sich die Lage nun scheinbar beruhigt, nachdem die rebellierenden Maoisten in die Regierungsverantwortung hinein genommen werden. Mehr als zehn Jahre haben sie gegen die Monarchie gekämpft. Der König ist zwar noch im Land, aber entmachtet, und die Ausrufung der „Demokratischen Republik“ könnte bereits 2007 erfolgen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der künftigen Machtentfaltung der Maoisten: Heißt es doch in Marxens Manifest, dass die Erringung der Demokratie nur ein erster Schritt sein kann, um sich zunächst einmal an der Macht zu beteiligen - eine Verschnaufpause gewissermaßen. Die kommunistischen Parteien haben diesen Weg immer dann gewählt, wenn sie für eine sofortige totale Machtübernahme zu schwach waren. Als nächste Schritte folgten die ideologische Ausrichtung der Polizei durch Besetzung des Innenministerpostens und eine so genannte „Demokratisierung“ der Streitkräfte bis letztendlich das gesamte Staatsgebilde so umgestaltet ist, dass die Macht ganz ergriffen werden kann, wie dies beispielsweise in der Tschechoslowakei 1948 geschehen ist. Danach wird der „einzigen Wahrheit“ zum Durchbruch verholfen - mit Säuberungswellen, Kulturrevolution und dergleichen. Die Freudenfeiern über das Ende der Gewalt in Nepal waren möglicherweise verfrüht, der wahre Albtraum könnte den Menschen dort noch bevorstehen.*

*Für die USA ist der Interventionskrieg im Irak bereits zu einem Albtraum geworden, in der amerikanischen Bevölkerung werden die Stimmen für einen Truppenrückzug immer lauter.*

*Der Irak steht am Rande eines Bürgerkrieges, der vermutlich eine Teilung des Landes nach sich ziehen würde. Die ohnehin fragile Stabilität im Nahen Osten stünde damit vor einer zusätzlichen Belastungsprobe, die zu einem Versinken der gesamten Region im kriegerischen Chaos führen könnte. In der „Strategischen Lage zum Jahreswechsel“ analysiert Lothar Rühl die Herausforderungen mit denen die USA als führende Weltmacht konfrontiert sind und kommt zu dem Schluss, dass Washington über keine kohärente Strategie verfügt, um diesen zu begegnen.*

*Die Provinz Quebec wurde Ende 2006 zur „Nation“ innerhalb des kanadischen Staatsverbundes erhoben. Damit ist ein vorläufiger Schlussstrich unter dieses über Jahrzehnte präsenste Thema gesetzt. Martin Pabst zeichnet die Geschichte und die politischen Hintergründe dieses französischsprachigen Landesteiles und seine Bestrebungen für Autonomierechte bzw. vollkommene Souveränität.*

*Graf Romedio von Thun-Hohenstein analysiert den operativen Fehler der Unterschätzung der Kampfkraft des Gegners am Beispiel der mit Fallschirmjägern durchgeführten Operation „Rösselsprung“ im Jahre 1944. Auf dem Balkan-Kriegsschauplatz sollte durch die Ausschaltung Titos der Partisanenkrieg beendet werden. Mangelnde Aufklärung über den Aufenthaltsort des Partisanenführers sowie die schnelle Reaktion und flexible Kampfführung der Partisanen brachten die Operation zum Scheitern.*

*Schon im Altertum schlossen sich Soldaten zu Geheimgesellschaften zusammen, wie dies am in den römischen Legionen gepflegten Mithras-Kult zu ersehen ist. Eine ähnliche Faszination übte die Freimaurerei auf die Offiziere in der Neuzeit aus, und es entstand im 18. Jahrhundert eine Reihe von Militärlogen. Hubert Mader zeigt am Beispiel der österreichischen Armee die Entwicklung dieser Einrichtungen, denen die habsburgischen Herrscher mit gemischten Gefühlen gegenüberstanden: Von der Zulassung unter Maria Theresia und Joseph II. bis zum Verbot der Geheimgesellschaften nach der Französischen Revolution.*

*Für das Jahr 2007 darf die Redaktion unserer geschätzten Leserschaft eine friedvolle und erfolgreiche Zeit wünschen.*

**Andreas Stupka**

# INHALTSVERZEICHNIS

<i>Lothar Rühl</i>		<u>Zur österreichischen Verteidigungspolitik</u>	<u>62</u>
<b>Die strategische Lage zum Jahreswechsel</b>	<b>3</b>	<u>Internationaler Bericht</u>	<u>68</u>
		<i>von Burkhard Bischof mit Weltgeschehen 12.10.06 - 12.12.06</i>	
<i>Martin Pabst</i>		<u>Internationale Rundschau</u>	<u>72</u>
<b>Québec - selbstbewusste frankophone Nation in Kanada zwischen föderaler Partnerschaft und Souveränität</b>	<b>13</b>	UNO	72
		OSZE	76
		NATO	77
<i>Romedio Graf von Thun-Hohenstein</i>	<b>23</b>	<b>Europäische Union</b>	79
<b>Rösselsprung</b>		Europa	81
		<b>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS)</b>	92
<i>Hubert Michael Mader</i>	<b>31</b>	Naher und Mittlerer Osten	94
<b>Das Offizierkorps und die Freimaurerei des 18. Jahrhunderts</b>		Afrika/Sub-Sahara	98
		Ferner Osten	103
		Ozeanien	109
		Lateinamerika	110
		USA	111
<hr/> <b>Miszellen</b> <hr/>			
<b>Die europäische Marine - Eine Vision für die europäische Verteidigungsintegration</b>	43		
<i>Dustin Dehéz/Christian E. Rieck</i>			
<b>Folgeversorgung für multinationale Verbände</b>	47		
<i>Hans Fasching</i>			
<b>Zu einer Lissabon-Prozess-bezogenen Perspektive über die muslimische Gemeinschaft in Europa - Zusammenstellung und Wertung europaweit vorliegender Materialien, insbesondere des „European Social Survey“</b>	53		
<i>Arno Tausch</i>		<u>Zeitschriftenschau</u>	<u>116</u>
		<u>Buchbesprechungen</u>	<u>122</u>
		<u>Kurzfassungen (english/français)</u>	<u>125</u>
		<small>Bildquellen Titelbilder (v.li. n.re.): AP Photo/Stephen Shaver, Reuters/Stoyan Nenov, Reuters/Ahmad Masood</small>	
<b>Preußens Einmarsch in Sachsen 1756 - Präventives Vabanque oder geniale Strategie?</b>	58	<b>Impressum</b>	
<i>Klaus-Jürgen Bremm</i>		Seite 128	
		<b>Aus dem Inhalt (english/français)</b>	
		Umschlagseite innen	



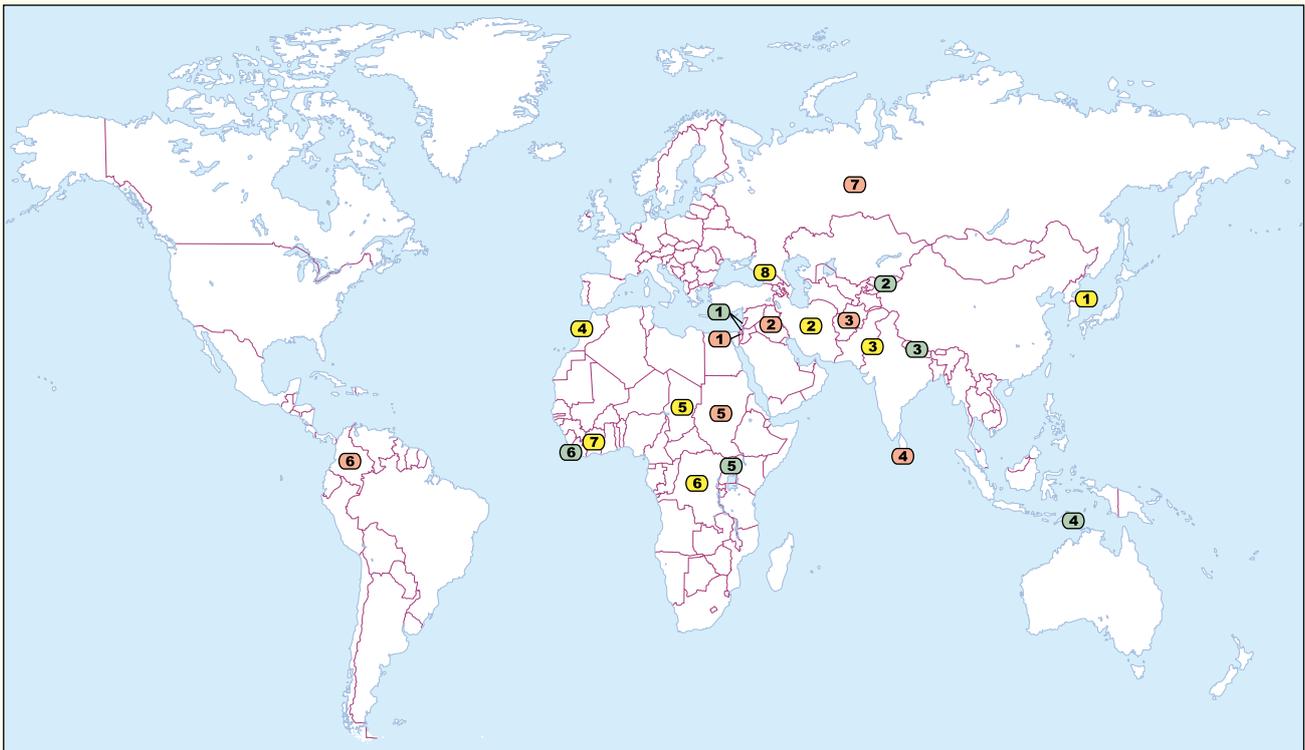
# Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Lothar Rühl

**W**ie in den vergangenen Jahren bestimmten die Kriegsherde Palästina, Afghanistan und Irak das internationale Geschehen im Jahre 2006. Die Brennpunkte der nuklearen Proliferation, Iran und Nordkorea, blieben bestehen; der Letztere und ältere leuchtete am 9. Oktober auf, als Pjöngjang bekannt geben ließ, dass ein Kernwaffenversuch stattgefunden habe - kurz nachdem die Regierungschefs Chinas und Japans in

Peking in einem gemeinsamen Kommuniqué erklärt hatten, dass ein solcher Versuch „nicht akzeptabel“ wäre. Die Provokation durch den nordkoreanischen Nachbarn beider Mächte war demonstrativ, wie auch gegenüber den USA und Russland, von Südkorea nicht zu sprechen. Auch wenn es sich bei dem Versuch noch nicht um eine Kernwaffe, sondern eher um eine kleine Kernsprengladung handelte (der russische Verteidigungsminister Sergej Iwanow sprach von 5 bis

Die wesentlichsten Konfliktherde 2006



## OFFENE KONFLIKTE

- 1 ISRAEL/PALÄSTINA:**  
Operationen der israelischen Armee im Gaza-Streifen und Westjordanland; palästinensische Raketenangriffe auf Israel
- 2 IRAK:**  
Kämpfe zwischen den Volksgruppen und gegen die Besatzungsmächte; Gefahr eines Bürgerkrieges
- 3 AFGHANISTAN:**  
schwere Kämpfe zwischen erstarkten Taliban-Kriegern und NATO-Truppen; Sicherheitslage äußerst instabil
- 4 SRI LANKA:**  
Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen Regierung und tamilischen Rebellen
- 5 SUDAN:**  
Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Rebellen in der Region Darfur
- 6 KOLUMBIEN:**  
Kämpfe zwischen Regierung und linksgerichteten FARC-Rebellen
- 7 RUSSLAND:**  
weiter Kämpfe und Terrorakte in Tschetschenien

## SCHWELENDE KONFLIKTE

- 1 KOREA:**  
nordkoreanischer Atomwaffentest, Zwischenfälle an Grenze zwischen Nord- und Südkorea
- 2 IRAN:**  
internationale Besorgnis wegen möglicher iranischer Atomrüstung
- 3 INDIEN/PAKISTAN:**  
trotz Friedensgespräche weiter Kämpfe in der umstrittenen Region Kaschmir
- 4 MAROKKO/WESTSAHARA:**  
Besatzungskonflikt der ehemaligen Spanischen Sahara nach wie vor ungelöst
- 5 TSCHAD:**  
Überschwappen der Kämpfe aus dem Nachbarland Sudan (Darfur)
- 6 KONGO (Demokratische Republik):**  
vereinzelte Gefechte nach Präsidentenwahlen; Situation insgesamt instabil
- 7 ELFENBEINKÜSTE:**  
Land nach wie vor geteilt, trotz internationaler Friedenstruppen Situation äußerst instabil
- 8 RUSSLAND/GEORGIEN:**  
Differenzen um die Provinz Südossetien

## EINGEDÄMMTE KONFLIKTE

- 1 ISRAEL/LIBANON:**  
Waffenstillstand zwischen Israel und Hisbollah; Mandat für UNO-Friedenstruppe (UNIFIL 2)
- 2 KIRGISISTAN:**  
instabile politische und soziale Situation durch Verfassungsänderung beruhigt
- 3 NEPAL:**  
Maoistische Rebellen und Regierung schließen Friedensabkommen
- 4 TIMOR-LESTE:**  
Einrichtung einer UNO-Folgemission (UNMIT) nach gewalttätigen Ausschreitungen meuternder Militärs
- 5 UGANDA:**  
Waffenstillstand zwischen Regierung und Rebellengruppen
- 6 LIBERIA:**  
Bürgerkrieg beendet

Entwurf: Redaktion ÖMZ

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / P. Luiz

10 Kt), aus der nach weiteren Versuchen erst noch eine einsatzfähige Waffe entwickelt werden müsste, war der lange angekündigte Schritt über die Atomwaffenschwelle getan und die Aussicht auf mehrere Kernwaffen in Nordkorea in den kommenden Jahren geöffnet; in Verbindung mit dem Bau von Mittel- und Langstreckenraketen eine bedrohliche Perspektive nicht nur für Japan, sondern auch für Nordamerika und Taiwan, von dem unmittelbar über kürzeste Entfernung durch nukleare Artillerie massiv angreifbaren und deshalb politisch leicht erpressbaren Südkorea ganz abgesehen. Damit waren die ohnehin wegen der Verweigerung Pjöngjangs seit einem Jahr unterbrochenen „Sechs-Mächte-Gespräche“ über eine politische Regelung des Streits ihrer Geschäftsgrundlage verlustig gegangen. Die weiteren Folgen waren unabsehbar, wiewohl die Beispielwirkung auf andere Länder an der nuklearen Rüstungsschwelle, allen voran Iran und Japan, vorstellbar ist und im Bereich der Möglichkeiten liegt wie auch eine Steigerung der Unsicherheit über die weitere nukleare Politik Indiens und Pakistans mit Raketen.

Von besonderer Bedeutung ist dabei, wie früher im Falle Pakistans, das Risiko einer Weitergabe von nuklearem Material für Sprengladungen und von Waffentechnologie durch Nordkorea an andere Länder und an nichtstaatliche Akteure, d.h. an internationale Terroristen oder Mafiaorganisationen gegen Geld. Solche Kaufkraft ist als Gewinn aus dem weltweiten Drogenhandel in großem Umfang vorhanden und entsteht in jeder Mohn- und Kokaernte neu.



AP-Photo/STEPHEN SHAWER

Einerseits setzt Nordkorea auf eine konventionelle Überlegenheit gegenüber Südkorea,...

Internationale Kriminalität und Terrorismus sind längst Geschäftsverbindungen in Südamerika und im Orient eingegangen, wie der Fall des Pakistaners Qadeer Khan im Verhältnis zu Iran und zu Nordkorea gezeigt hat.

Pjöngjang hat seinerseits seit Jahrzehnten Raketen in den Nahen und Mittleren Osten verkauft. Zwar scheint es im Jahre 2006 noch weit von nuklearen Raketengefechtssköpfen entfernt, doch die kommunistische Diktatur in Pjöngjang unter dem exzentrischen Führer Kim Jong Il hat seit Beginn der 1990er-Jahre systematisch und beharrlich an ihrem Atomprogramm auf der Basis ex-sowjet-russischer Schwerwasserreaktoren, die waffenfähiges Plutonium produzieren können, und eigener Uranerzvorkommen gearbeitet. Der wirkliche Stand der Entwicklung kann heute von außen und ohne regelmäßige Kontrolle des Kernbrennstoffflusses samt allen

technischen Anlagen nicht wirklich eingeschätzt werden. Darum drehte sich der Streit Pjöngjangs mit der IAEA und den USA. Aus dem NPT ist Nordkorea ausgetreten, also völkerrechtlich nicht länger an den Verzicht auf Kernwaffen gebunden. Wenn es aber einen echten Kernwaffentest vollzogen haben sollte (und nicht nur eine unterirdische Explosion mit chemischen oder konventionellen Sprengstoffen mit einer Detonationskraft von etwa 1.000 Tonnen), dann wäre dies ein Verstoß gegen das internationale Atomteststoppabkommen, dem Nordkorea allerdings auch nicht beigetreten ist. In jedem Fall hat die Staatsführung über den Parlamentspräsidenten erklärt, dass weitere Atomversuche folgen würden, falls die USA „ihre feindselige Haltung und Bedrohung“ gegen das Land nicht aufgeben sollten. Pjöngjang machte damit Washington für sein eigenes Atomwaffenprogramm verantwortlich. Die Begründung erscheint absurd. Doch steht hinter ihr ein rationales politisches Kalkül, das seit 1994 klar erkennbar ist und nicht auf der derzeitigen Politik der Regierung Bush beruht: Nordkorea sucht den anerkannten internationalen Status eines Kernwaffenstaates, eine amerikanische Sicherheitsgarantie (die Washington inzwischen bei Verzicht auf Kernwaffen und Einstellung des wieder aufgenommenen Atomprogramms zusammen mit modernen Leichtwasserreaktoren für Nordkorea auch in Aussicht gestellt hat) und eine direkte bilaterale Beziehung zu den USA als Aufwertung seiner internationalen Position. Außerdem strebt es nach nuklearen Waffen

als Abschreckungsmacht zur Eskalationskontrolle von regionalen Konflikten und zur Ausübung von militärischer Dominanz gegenüber dem reichen und von den USA abgeschirmten Südkorea als Kompensation der wirtschaftlichen Schwäche Nordkoreas und somit als Druckmittel gegenüber seinen Nachbarn im Süden und Osten. Auch das Feindbild Japan ist darin eingeschlossen, wie im Herbst 2006 offensichtlich wurde: Kernwaffen gegen angebliche Bedrohung nicht nur aus den USA, sondern auch aus Japan. Es handelt sich politisch um nukleare Nötigungswaffen nach allen Seiten, sogar gegenüber China und Russland, die Nordkorea bisher unterstützt und gegen amerikanischen Druck politisch abgeschirmt haben: Die beiden nahen Großmächte auf dem asiatischen Festland sollen von diesem Machtsymbol gewarnt werden, jeden Versuch zu unterlassen, Druck auf Pjöngjang auszuüben und sich mit Japan und Amerika über Korea zu verständigen. Sie sollen im Gegenteil für einen Abzug der Amerikaner aus Südkorea wirken.

Dabei setzt die Diktatur in Pjöngjang offenkundig auf die eigene militärische Überlegenheit und konventionelle Angriffsfähigkeit gegen Südkorea (mit 8.000 Geschützen und 2.000 Panzern, in deren Tagesreichweite die Hauptstadt Seoul liegt), aber auch auf die Furcht vor einem neuen Krieg und vor den Folgen eines Zusammenbruchs Nordkoreas aus Schwäche, der im Krisenfall Millionen Flüchtlinge aus dem Norden über dann offene Grenzen in den Süden, nach China und nach Russland treiben könnte. Die Erpressung mit dem realen oder scheinbaren Atomwaffenprogramm wie mit dem Raketenprogramm, mit erfolglosen oder inszenierten wie mit erfolgreichen Atomwaffentests ist deshalb ein komplexes asiatisches Schattenspiel, das für alle betroffenen Länder auch ein Gedulds- und ein Geschicklichkeitsspiel ist. Nur ist die Grundregel Pjöngjangs nicht bekannt: Will Kim Jong Il wirklich Kernwaffen um jeden Preis oder ist ein Rüstungsprogramm verhandelbar?

Jedenfalls waren die Bekanntgabe des „Atomtests“ Anfang Oktober und die Androhung weiterer Versuche ein dreifacher Affront gegen die UNO, deren Sicherheitsrat Nordkorea zuvor nachdrücklich vor dem Schritt über die Atomschwelle gewarnt und „ernste Konsequenzen“ angedroht hatte, gegen die USA, die weiter auf die Sechser-Gespräche setzten, und insbesondere gegen China, den befreundeten und verbündeten großen Nachbarn, dem die Grenzen seines Einflusses auf Pjöngjang gewiesen wurden. Immerhin reichte dieser Einfluss aber aus, um Pjöngjang zur Rückkehr in den Sechser-Gesprächskreis zu bewegen.

Für die Nonproliferationspolitik der USA wie aller in der internationalen Kernkraftbehörde IAEA zur Überwachung des spaltbaren Materials vertretenen Staaten auf der Basis des internationalen Kernwaffensperrvertrags NPT ist die Herausforderung der internationalen Organisation zur Kontrolle der Kernenergienutzung durch Nordkorea nicht nur ein potenzielles Sicherheitsproblem, sondern auch ein aktuelles Weltordnungsproblem der dauerhaften Zuverlässigkeit internationaler Verträge über Rüstungskontrolle. Der NPT ist weiter ausgehöhlt, die Nonproliferationspolitik im Fundament geschwächt und als Instrument der internationalen Sicherheit abgewertet, wenn der Sperrvertrag weder eingehalten noch durchgesetzt wird. Nordkorea hatte den Vertrag längere Zeit vor dem Atomwaffentest gekündigt und sich so von jeder Verpflichtung frei gemacht. Auch darin lag schon eine exemplarische Provokation gegen das internationale Nonproliferationsregime.

Die Unfähigkeit der im UNO-Sicherheitsrat mit Vetorecht ausgestatteten, vom NPT in ihrer Rüstungssouveränität privilegierten Großmächte, nach 12-jähriger Krise seit 1993/94 Nordkorea von der Atomrüstung abzuschrecken oder durch eine konzertierte Diplomatie abzuhalten, stellt die Vertragsgeltung faktisch in das Ermessen aller Staaten, die zur Herstellung von Kernwaffen fähig sind. Dafür ist es nicht relevant, was Nordkorea oder irgendein anderes Land tatsächlich mit Kernwaffen anfangen könnte und welche Strategie es betreibt. Hier liegt die Parallele zum Iran: Wie der Fall Pjöngjang zeigt auch der noch nicht vollendete, noch immer mehrdeutige, wiewohl wahrscheinliche Proliferationsfall Teheran, dass es für die Nichtweiterverbreitung nuklearer Waffen letztlich auf die Vertragsdurchsetzung, d.h. notfalls auf internationale Gewaltanwendung als letztes Mittel nach Sanktionen wie Isolation durch Sperre aller Außenverbindungen, ankommt.

Eben diese Zwangsmittel wollten China und Russland nicht rechtzeitig zur Anwendung gegen Nordkorea oder den Iran kommen lassen. Damit war die internationale Sicherheits- und Ordnungspolitik in beiden kritischen Fällen blockiert. Im selben Zug waren die USA wie auch die UNO politisch ausmanövriert. Die schnelle einstimmige Verurteilung Nordkoreas durch den UNO-Sicherheitsrat am 9. Oktober nach dem über längere Zeit annoncierten *Fait accompli* konnte daran nichts mehr ändern. Von diesem Beschluss an hing alles Weitere davon ab, worauf sich die 15 dem Rat angehörenden Staaten ohne ein Veto einigen würden. Schon wenig später wurde aber deutlich, dass die Forderungen der USA und Japans nach harten Sanktionen wie Sperre der Verkehrsverbindungen, die einer Blockade nicht unähnlich wäre und dieselben Folgen hätte, in Peking und Moskau auf Ablehnung stießen. Die Reaktion der UNO sollte nach chinesischer und russischer Lesart „angemessen“ sein und Gewalt ausschließen. Welcher Maßstab aber sollte an die Lage und

an das Problem angelegt werden? Nach welchen Erfolgskriterien sollte an Nordkoreas Verhalten Maß genommen werden? Welchen Einfluss würde die Behandlung Nordkoreas auf den Iran in ähnlicher Lage mit ähnlichen Plänen und Herausforderungen der internationalen Sicherheit und der Nonproliferationspolitik haben?

Es führt auch nicht weiter, die Gründe für den Schritt Nordkoreas über die Atomwaffenschwelle in der amerikanischen Politik zu suchen, obwohl die Regierung Bush im Umgang mit Pjöngjang nicht frei von Fehlern war, v.a. weil sie bilaterale Verhandlungen mit Nordkorea, eine Forderung Pjöngjangs seit 1994, abgelehnt



...andererseits zeigen die Atomtests Mitte des Jahres, dass Pjöngjang beharrlich an seinem Atomprogramm festhält (Bild: Satellitenaufnahme des Areals des mutmaßlichen Atomversuches).

und auf den Verhandlungen zu sechst bestanden hatte. Aber ob ein Nachgeben in dieser Prestigefrage die Nuklearpolitik in Pjöngjang wirklich beeinflusst hätte, ist ungewiss. Beide, Nordkorea wie Iran, begannen ähnlich wie Indien und Pakistan, Libyen und Irak mit der Vorbereitung von Atomrüstungen bereits in den 1980er-Jahren und hatten die Atomrüstungsschwelle schon 1993 deutlich erkennbar erreicht, als sie begannen, den NPT zu umgehen. Damals versuchte die Regierung Clinton, Nordkorea durch das Genfer Rahmenabkommen von 1994 über die Lieferung von Leichtwasser-Atomreaktoren, Erdöl und Getreide von der Fortsetzung einer auf Kernwaffen hin orientierten Nuklearenergiepolitik abzubringen und die Kernenergieerzeugung in den sowjetrussischen Reaktoren Nordkoreas einzufrieren. Diese Politik mit offenem Ausgang, die auch von Präsident Clinton nicht zu einem gesicherten Erfolg geführt werden konnte, setzte Präsident Bush jun. nicht fort, sondern hoffte auf internationalen Druck und spielte gegenüber Pjöngjang auf Zeit. Ob seine politische Strategie im Oktober 2006 nach dem ersten, wirklichen oder nur vorgespilten, erfolgreichen oder erfolglosen, nordkoreanischen Atomwaffentest scheiterte oder nicht, blieb zunächst eine offene Frage.

Aber was immer die jeweilige Regierung in Washington vorgehabt haben könnte und welche Politik auch immer die USA im Fernen oder im Mittleren Osten betrieben: Pjöngjang und Teheran

hatten unter ihren Diktaturen ihre eigenen Gründe für ihre Politik. Diese Gründe dürften auch künftig ihre Interessen bestimmen, wenn ihnen nicht mit Macht entgegengetreten wird. Dies aber würde Zwang, Gewalt zumindest durch einschneidende Sanktionen und wirksame Sperren samt den Risiken von Eskalation der Konflikte in offene militärische Konfrontationen bedeuten. China und Russland haben immer wieder Opposition gegen durchgreifende Sanktionen und natürlich gegen militärische Gewalt signalisiert, eine Opposition, der sich auch Frankreich anschließen könnte. Peking und Moskau haben kein Interesse, Washington zu einem Erfolg seiner Politik gegenüber Nordkorea oder dem Iran zu verhelfen und den USA einen internationalen Ansehensgewinn als führende Weltmacht, als Garant der internationalen Sicherheit, als Protektor des Kernwaffensperrvertrags zuwachsen zu lassen. Beide haben aber auch kein Interesse daran, dass Nordkorea zu einem für die gesamte Region Fernost gefährlichen Kernwaffenstaat wird und die USA als Schutzmacht Südkoreas und Japans in Handlungszwang setzen kann, seine Verbündeten etwa präventiv zu verteidigen. Auch



Bild nur im  
Heft verfügbar

Die Preise für Erdöl bzw. Erdgas werden v.a. durch die steigende Nachfrage Chinas und Indiens auf dem Weltmarkt auf konstant hohem Niveau gehalten. Die arabischen Länder nutzen diesen Faktor, um ihren weltpolitischen Interessen Nachdruck zu verleihen.

deshalb drängten sie im Spätherbst 2006 auf geduldige Fortsetzung der Krisendiplomatie. Jede der drei Großmächte stand deshalb gegenüber Korea und Japan vor einem Dilemma des richtigen strategischen Handelns zur langfristigen Krisenbewältigung.

Die chinesische Aufrüstung und Wirtschaftsexpansion, die wieder entstehende russische Machtpolitik, gegründet v.a. auf die Energieausfuhr und die Abhängigkeit anderer Länder von russischem Erdgas und Erdöl, aber auch auf eine allmähliche Konsolidierung der russischen Streitkräfte mit der Modernisierung der Rüstung, haben sich fortgesetzt und stellen in der internationalen Sicherheit neue Probleme neben alte. Der Zuwachs der Einkünfte aus dem Energie-Export verspricht Russland nach internationaler Experteneinschätzung 2007 eine Devisenreserve in Höhe von etwa 300 Mrd. USD. Die Rohöl-/Erdgas-Preisentwicklung auf der Schwelle von rund 60-70 USD pro Fass Rohöl vergrößert das Ungleichgewicht in der Weltwirtschaft weiter zu Gunsten der Länder mit Energiequellen und v.a. zu Lasten der Entwicklungsländer ohne eigene natürliche Energie.

Insbesondere die rapide wachsende Nachfrage Chinas und Indiens nach fremdem Erdöl hält den Rohölpreis und damit auch den Erdgaspreis auf hohem und tendenziell mittelfristig steigendem Niveau. Davon profitieren alle Öl- und Erdgas-Exporteure, aber auch die Investoren in Kernenergie und alternativ in „sanfte“ Energien, die jedoch die zunehmende Nachfrage zumindest in den nächsten zehn Jahren nur zu einem kleinen Bruchteil decken können. Diese Entwicklung hat politische Folgen: Russland gewinnt wieder an Wirtschaftswachstum, Devisen und Hebelwirkung im Weltenergiehandel für seine politischen Ziele, damit in den internationalen Beziehungen, was besonders in Europa am Fall Ukraine und am Verhältnis zu Deutschland mit dem Vorhaben Ostsee-Gasleitung unter Umgehung der baltischen und polnischen Nachbarn, in Fernost in den im September 2006 plötzlich von Moskau gestellten neuen Bedingungen für das internationale Vorhaben der Bohrungen auf Sachalin deutlich wurde: Das 2006 größte neue Erdgas-/Erdöl-Nutzungsprojekt „Sachalin II“, in das bereits etwa 20 Mrd. USD ausländisches Kapital investiert worden waren, wurde zum Nachteil

der ausländischen Partner, besonders Japans und der *Royal Dutch Shell Company*, einer von Moskau erzwungenen Revision unterzogen. Es ist in diesem Kontext interessant, dass die arabischen Erdölstaaten sich im Oktober 2006 entschlossen, die vorher zur Preisberuhigung bei hoher Nachfrage hochgefahrte Erdölförderung wieder abzusenken: Die eigenen Ressourcen sollen auf hohem Preisniveau geschont und der arabische Einfluss nicht nur auf die Weltenergieversorgung, sondern auch auf die Weltpolitik der Mächte im Sinne arabischer Ziele kostenlos aufgewertet werden. Die Erdölpolitik wird damit wieder als Mittel der politischen Strategie (wenn auch nicht unbedingt als „Erdölwaffe“ wie 1973-78) eingesetzt, eine Option, die die arabischen OPEC-Länder mit Iran, Russland, Venezuela und den afrikanischen Erdölländern, auch gegenüber den USA, Europa, China und Indien, teilen. Daraus ergibt sich auch eine komplizierte Interessenmischung und instabile Gemengelage für die internationale Sicherheitspolitik in Krisen und Konflikten (Sudan mit Darfur und Kongo als afrikanische Beispiele).

Die Weltmarktpositionen derjenigen Industrieländer, die auf Erdöl oder Erdgas aus fremden Quellen angewiesen sind, werden davon belastet, Sanktionen gegen Energieausfuhrländer werden für alle Welthandelspartner zu zweiseitigen Schwertern, und damit werden Wirtschaftssanktionen als Alternative zur militärischen Krisenintervention schwierig und riskant. Dies gilt für die Politik der USA wie für die von ihren Mitgliedstaaten abhängigen Organisationen EU und UNO.

Umgekehrt wird militärische Intervention als Methode der Krisenbewältigung und der Konfliktentscheidung selbst zu einem hohen Risiko, wie die Entwicklungen nach gelungenen Feldzügen in Afghanistan und im Irak oder selbst im verhältnismäßig ruhigen Kosovo lehren. Von besonderer Bedeutung als Beispiel für nachhaltig kritische Folgen einer Intervention wie einer Gebietsräumung ist die israelische Politik in Palästina, v.a. im Gaza-Streifen. Auch hier machte weder die amerikanische noch die europäische Politik oder die der UNO im internationalen „Quartett“ mit Russland einen Schritt vorwärts in Richtung konsolidierter Sicherheit als Basis für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Verhandlungen über einen territorialen Kompromiss und andere Friedensbedingungen.

Die Machtverteilung in der Welt ist in den vergangenen fünf Jahren deutlicher als zur letzten Jahrhundertwende wieder in Bewegung gekommen: Obwohl Amerika die führende und derzeit singuläre Weltmacht bleibt und noch für einige Zeit bleiben dürfte, sind die Grenzen seiner Handlungsfähigkeit in Krisen und Konflikten, insbesondere mit militärischen Mitteln, wie die seines politischen Einflusses in den drei Brennpunkten Nahost, Golfregion und Südwestasien, auch gegenüber den unbewältigten nuklearpolitisch-strategischen Problemen der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen, offensichtlich geworden.

Das Verhältnis der USA zu Russland ist wieder mit Spannung über Interessengegensätze und die beiderseitigen Aktionen aufgeladen. Eine schlüssige Politik gegenüber China oder mit China hat Washington (Regierung und Kongress) ebenso wenig entwickelt wie gegenüber Nordkorea, worunter auch sein Verhältnis zum von US-Truppen geschützten Südkorea leidet.

Auch die russische Politik laviert, um internationale Hindernisse zwischen den USA, China, Japan, Indien, Mittelost und Europa für eigene Vorteile zu nutzen und um außenpolitische Züge der USA zu konterkarieren. Moskaus Ziel ist dabei, bestimmenden Einfluss auf dem unmittelbaren Vorfeld an den Grenzen Russlands wiederzugewinnen und darüber hinaus eine Großmachtstellung in der Welt einzunehmen.

Dafür soll „Multipolarität“ mit anderen großen Staaten als zentrales Prinzip der internationalen Staatenwelt akkreditiert werden. Aber seit Beginn der Präsidentschaft Putins ist keine weiterführende Initiative in der internationalen Politik, noch weniger eine russische „grand strategy“, eine umfassende Gesamtstrategie, erkennbar geworden:

Moskau handelte „von Fall zu Fall“ pragmatisch und schien dabei gegenüber den von Nordkorea, Iran oder im Irak aufgeworfenen Problemen wie gegenüber der Herausforderung durch die aufstrebende asiatische Großmacht China ähnlich ratlos wie Washington. „Strategische Partnerschaften“ der einen mit den anderen summierten sich in keiner Beziehung zu einer schlüssigen und nachhaltigen Interessenverbindung, in der eine strategisch angelegte, also zielstrebige gemeinsame Politik für längere Zeit entstehen könnte.

Die nordatlantische Allianz blieb offen und aktiv, auch von Europa über das Mittelmeer zum Horn von Afrika und in Afghanistan militärisch engagiert, aber mit unzureichenden Mitteln und politischen Vorbehalten ihrer Mitglieder gegen eine Ausweitung ihres Aktionsradius über die halbe Welt und somit gegen eine wirklich „globalisierte NATO“, von der so viel die Rede ist. Wesentlich blieb in dieser Hinsicht das von Frankreich und Deutschland 2003/04 verursachte Scheitern des Versuchs, die NATO militärisch im Irak mit einer Sicherheitsverantwortung zu engagieren. Wäre dieser schon 2004 im NATO-Militärausschuss zu Brüssel verabredete Plan in die Tat umgesetzt worden, so hätte die NATO sich mit ihren Truppen im Irak als Besatzungsmacht neben den USA und Großbritannien wiedergefunden und wäre 2005/06 Teil des irakischen Konflikts geworden. Dies geschah 2006 nur in Afghanistan, womit die Alliierten

in den sich ausweitenden Kämpfen im Süden und Osten des Landes ausreichend zu tun hatten. Für die NATO konzentrierte sich der „Krieg gegen den Terror“ im fünften Jahr nach dem 11. September 2001 militärisch auf Afghanistan, politisch, nachrichtendienstlich und polizeitaktisch auf die Sicherheit vor Terroranschlägen, v.a. islamistischen, wobei dieser globale Konflikt immer deutlicher den Charakter eines mit Gewalt ausgetragenen Kulturkampfes annahm, in dem v.a. die „Dschihadisten“ in der islamischen Welt die Deutungshoheit an sich rissen und den Verlauf dieses asymmetrischen Krieges mit ihren Mitteln bestimmten, während die prowestlichen Regime, v.a. die Klienten der USA im Orient, in zunehmende innere Gefährdungslagen kamen, den militanten Islam aber nicht in die Schranken wiesen oder bekämpfen konnten wie



Pakistan war auch 2006 einer der wichtigsten Verbündeten der USA im Mittleren Osten. Präsident Pervez Musharraf (hier beim Staatsbesuch im Weißen Haus Ende September) ermöglicht der Rückhalt durch das Militär eine starke Position gegenüber den politischen Parteien.

im Fall des mit Amerika offiziell verbündeten Pakistan. Die Politik des pakistanischen Präsidenten Musharraf blieb gegenüber Afghanistan wie im Innern gegenüber den Islamisten seines Landes so mehrdeutig wie die nukleare Politik und die Strategie im Gegensatz zu Indien. Er erwies sich als ebenso unverzichtbarer wie unsicherer Verbündeter im „Krieg gegen den Terror“, seine eigene Position als Staatschef und Oberbefehlshaber, faktisch als Militärdiktator, so stark gegenüber den politischen Parteien wie angreifbar und abhängig von der Armee.

Trotz der in Washington deklarierten Strategie der „Präemption“ und der Präventivschläge zur Beseitigung von Angriffsrisiken und direkten Bedrohungen, trotz des „proaktiv“ und offensiv geführten „Krieges gegen den Terror“ und obwohl in fünf Jahren seit „9/11“ kein weiterer Terrorangriff auf Amerika ausgeführt wurde, wohl aber je einer in Madrid, London und Istanbul, waren 2006 die USA und ihre Verbündeten, insgesamt der Westen, politisch und strategisch gegen einen militanten, frühmittelalterlich doktrinären, aber mit modernen technischen, organisatorischen, finanziellen und medialen Mitteln operierenden Feind in die Defensive geraten.

Dies war ohne jeden Zweifel der kritische strategische Misserfolg v.a. der amerikanischen, aber auch der europäischen und insgesamt der westlichen Politik. Er bestätigt die Erfahrung, dass

Guerilla und Terror mit konventionellen Streitkräften allein nicht bezukommen ist und dass auch „proaktive“ Terrorbekämpfung mit überwiegend militärischen Mitteln nicht zum Erfolg führen kann. Für das damit verbundene politische Dilemma steht aber nirgendwo, weder in Amerika noch in Europa oder im Orient selber, eine Lösung in Aussicht.

### Irak am Rande des Bürgerkriegs: Chaos, Anarchie und Terrorherrschaft

Im Jahr 2006 bestätigten sich die schlimmsten Befürchtungen über die längerfristigen Folgen des amerikanisch-britischen Interventionskrieges, der im Frühjahr 2003 die irakische Armee in einem Blitzfeldzug überwältigt und das diktatorische Polizeistaat-Regime Saddam Husseins gestürzt hatte. Die seit dem Sommer 2003 ununterbrochen, wengleich nicht gleichmäßig, sondern in Wellen eskalierende Krise der amerikanischen Besatzungspolitik mit militärischen Operationen gegen einen kaum fassbaren Feind



Bild nur im  
Heft verfügbar

REUTERS/AL. JASSIM

Den internationalen Truppenkontingente und den nationalen Sicherheitskräften im Irak ist es nicht gelungen, erfolgreich gegen die im Untergrund operierenden Terroristen vorzugehen. Am Ende des Jahres 2006 steht das Land am Rande des Bürgerkriegs (Bild: Bombenanschlag in Bagdad Anfang November, dem sechs Menschen zum Opfer fielen).

erreichte im Jahre 2006 einen neuen Höhepunkt und erfasste den gesamten Irak inklusive des eben mit Verspätung begonnenen Staatsneubaus. Die ersten halbwegs freien Wahlen im Irak seit der Revolution von 1958 und nach drei Jahrzehnten polizeistaatlicher Diktatur der *Baath*-Partei unter Saddam Hussein hatten zwar die neue Verfassung und die aus ihnen hervorgegangene Regierung demokratisch legitimiert. Auch war die Wahlbeteiligung unter der Terrordrohung und bei den Verkehrsbehinderungen relativ hoch. Sie konnten deshalb trotz der massiven Wahlverweigerung der Sunniten als Vertrauensvotum in die entstehende neue Ordnung gewertet werden. Doch die aus den Wahlen hervorgegangene Regierung, ein Kompromiss zwischen den Hauptparteien der Schiiten, Kurden und Sunniten, wurde weiter heftig von den Extremen her bekämpft, fand zwar Zustimmung in der breiten Bevölkerung, aber wenig aktive Unterstützung und konnte sich politisch nicht durchsetzen. Ihre Autorität war von Anfang an schwach und umstritten, verbrauchte sich schnell unter dem Druck der Gegensätze

zwischen den Koalitionspartnern in der allgemeinen Unsicherheit, die sich im Laufe des Jahres 2006 wie zuvor schon 2005 und 2004 rasch ausbreitete und die Ansätze von Ordnung, Versorgung der Bevölkerung und wirtschaftlichem Wiederaufbau stets aufs Neue einriss. Die chaotischen Zustände und die grassierende Anarchie, verbunden mit zunehmender Gewaltkriminalität und Ausbreitung des Terrors, bewahrheiten die schon im Frühjahr 2003 nach dem Ende des Feldzugs vom damaligen Vizeverteidigungsminister der USA, Paul Wolfowitz, dem späteren Weltbankpräsidenten, in Bagdad aufgestellte These „Sicherheit ist gleich Elektrizität“. Aber die eine ist ohne die andere nicht zu haben.

Weder die fremden Stationierungstruppen, die als Besatzungsmächte wahrgenommen wurden, noch die irakischen Sicherheitskräfte erzielten durchschlagende Erfolge gegen den Untergrund und die Terroristen. Die Extremisten unter den Sunniten und Schiiten konnten trotz einiger taktischer Erfolge der Regierungstruppen und der „Koalitionstruppen“ den religiösen Bürgerkrieg anfachen, der v.a.

die eigene Bevölkerung trifft und den Zerfall des neuen Staates beschleunigt. Die USA und ihre weniger werdenden Verbündeten in der „Koalition“ bleiben zwar jederzeit zu Eingriffen und zu groß angelegten militärischen Operationen fähig. Doch ihre Aktionen im Raum Bagdad, im „sunnitischen Dreieck“ westlich der Hauptstadt und im Zentralirak stießen bisher unverändert nach einigen erbitterten Gefechten schließlich meist ins Leere. Der Feind wich jedes Mal am Ende aus und sammelte sich wenig später neu an anderer Stelle, um sich neu zu stellen, meist in Hinterhalten oder für harten Widerstand auf Zeit in einem Ort wie Falludscha, Ramadi, Bakuba, Samarra, Tikrit im Nordwesten Bagdads oder in Nadschaf im schiitischen Teil des mittleren Irak. Im Sommer räumte der Alliierte und US-Oberkommandierende im Irak, General Casey, öffentlich ein, dass die amerikanisch-irakische Offensive im Raume Bagdad gescheitert war: Der Untergrund konnte nicht ausgehoben, der Widerstand nicht gebrochen werden. Kurze Zeit zuvor hatten General Casey und der Oberbefehlshaber des für den Mittleren Osten verantwortlichen US-Zentralkommandos, General Abizaid, vor der „Gefahr eines Bürgerkriegs“

gewarnt. Bis dahin war US-amtlich immer nur von „sektiererischer Gewalt“ die Rede gewesen. 141.000 US-Soldaten im Irak, davon 120.000 der *U.S. Army* in 15 Kampfbrigaden laut Mitteilung des Generalstabschefs des Heeres General Peter Schoomaker zum letzten Quartalsbeginn 2006 (eine Präsenzstärke, die bis 2010 erhalten werden soll), plus weitere 15.000 alliierte Soldaten und die neue irakische Armee samt Polizeitruppen waren noch immer nicht in der Lage, Sicherheit zu gewährleisten und den wirtschaftlichen Aufbau abzuschirmen. Schließlich setzten die Generäle der Regierung in Bagdad eine Frist von 12-18 Monaten für die Übernahme der Verantwortung für die Sicherheit des Landes.

Taktisch drehten sich die militärischen Operationen im Kreise wie die politischen Manöver in Bagdad. Strategisch hatte sich das Unternehmen „Irakische Freiheit“ festgefahren. Politisch war die Position der USA als externe Vormacht am Golf erschüttert wie die pro-westlichen Regime, während die US-Streitkräfte samt deren einsatzfähigen Reserven an den Irak gebunden waren. Der

US-Verteidigungsminister hatte erwartet, die US-Truppen bis Ende 2006 auf 100.000 Soldaten zu reduzieren, also minus 40.000. Doch dieses Ziel musste angesichts der kritischen Lageveränderung im Irak aufgegeben werden. Nach General Schoomakers Bilanz verloren die US-Truppen im Irak von März 2003 bis Ende September 2006 insgesamt 2.750 Soldaten. Diese Verluste sind bei einer durchschnittlichen Dauerpräsenzstärke um die 150.000 zwar weniger als 2% in 43 Monaten und reichen deshalb nicht einmal entfernt an die Verlusten im Vietnamkrieg heran, sondern bleiben in einer weitaus geringeren Größenordnung. Doch begannen sie psychologisch auf der Kriegführung zu lasten. Aber die finanziellen Kriegsaufwendungen sind seit dem Ende des Feldzugs im April 2003 von Jahr zu Jahr angestiegen. Für das Etatjahr von Oktober 2006 bis Oktober 2007 verlangte die Heeresführung mit 138,8 Mrd. USD fast 40 Mrd. über die bisher geplanten Ausgaben hinaus.<sup>1)</sup> Für eine Sicherheitspräsenz ist der Aufwand im Irak exorbitant und wiegt immer schwerer auf dem US-Militärbudget. Entscheidend aber ist die negative Entwicklung der Sicherheitslage mit etwa 100-120 irakischen Todesopfern am Tage seit dem zweiten Quartal 2006. Der „Ehrenpakt gegen Gewalt“, den der Ministerpräsident al-Maliki im Sommer mit 600 irakischen Stammesführern schloss, um die blutige Anarchie mit politischem Einfluss einzudämmen und die Lage zu wenden, hatte im Herbst noch immer keinen Erfolg gezeitigt.

Die USA hatten sowohl die strategische Flexibilität als auch die Initiative verloren. Militärische Überlegenheit nach technischen und operativen Maßstäben konnte nicht mehr in planvolles zielgerichtetes, also strategisches Handeln zum Erfolg über den Feind und für den Freund umgesetzt werden. Damit drohte der amerikanischen Machtpolitik nicht nur am Golf, sondern im gesamten Orient die Lähmung. Präsident Bushs beschwörende Worte zum 5. Jahrestag des Terrorangriffs vom 11. September 2001, „die Sicherheit Amerikas“ liege „auf den Straßen von Bagdad“ und der „Krieg gegen den Terror“ würde nur von einem Sieg, „entweder Amerikas oder der Extremisten“ beendet werden, klangen wie ein letzter Durchhalteappell. Die These des Präsidenten, der Krieg von 2003 gegen Saddam Hussein habe „Amerika sicherer gemacht“, war als strategische Lagebeurteilung nicht mehr zu halten, denn die Tatsachen im Irak und im Orient von Iran bis nach Pakistan und Korea widersprachen ihr ebenso wie die von ihnen begründete Perspektive einer global wirkenden Unsicherheit, die in den dreieinhalb Jahren seit dem militärischen Eingriff im Irak unbestreitbar größer geworden ist.

### Kritische Lage in Afghanistan und ein unzureichendes militärisches Engagement der NATO

Das Jahr 2006 am Hindukusch, wo die Sicherheit Europas wie Amerikas in einer weit ausgreifenden Vorwärtsverteidigung abgeschirmt und wo die Hauptoperationsbasis des islamistischen Terrorismus beseitigt werden soll, war keine gute Zeit für den Westen noch für Afghanistan selber. Seit dem späten Frühjahr 2002, als die USA einen Großteil ihrer Truppen aus dem Land an den Golf abzogen, um auf den Irak schlagen zu können, in dem die Regierung Bush inzwischen „die zentrale Front im Krieg gegen den Terror“ sah, hatten die bis Ende 2001 über die Grenze nach Pakistan abgedrängten *Taliban*-Milizen und der harte Kern der *Al Qaida* sich wieder erholt. Im Jahre 2005 zeigte sich ihre Aggressivität in der zunehmenden Zahl und Dauer ihrer Überfälle. Schon im Sommer 2005 wurde die Lage in weiten Teilen Afghanistans, v.a.

im Süden und im Osten bei der NATO als „instabil“ eingeschätzt. Der damalige deutsche Verteidigungsminister Peter Struck urteilte, dass die deutschen Truppen in der von der NATO geführten ISAF wahrscheinlich noch „zehn Jahre“ in Afghanistan bleiben müssten, um die gefährdete Sicherheit zu schützen. Ein Jahr später wagte niemand mehr in Berlin oder Brüssel, in London oder Paris, in Rom, Madrid oder Den Haag sich auf eine Frist festzulegen. Alle größeren europäischen Truppensteller der NATO für Afghanistan richteten sich 2006 auf längere Präsenz und Rotation ihrer Verbände ohne Aussicht auf eine Ablösung, aber v.a. auch auf wachsende Risiken für ihre Truppen, auf zunehmende Verluste in häufigeren Gefechten und auf härtere Kämpfe gegen einen erstarkten und besser bewaffneten Feind ein. Tatsächlich begann 2006 im Süden und



2006 ist es den *Taliban* (hier Kämpfer der islamistischen Miliz) im Süden Afghanistans gelungen, in ihren alten Hochburgen die Macht wiederzuerlangen.

Osten Afghanistans der Partisanenkrieg in größerem Maßstab. Es wurde klar, dass die *Taliban*, aber auch andere islamistische Gruppen und verschiedene paschtunische Clanführer, die sich der ohnehin schwachen Autorität der Regierung des Präsidenten Karsai in Kabul nicht unterordnen oder ihre eigenen Geschäfte mit Mohnanbau und Opiumgewinnung ungestört fortsetzen wollen, versuchten, die neue Staatsgewalt und deren ausländischen Rückhalt in Gestalt der fremden Truppen, Aufbauhelfer und internationalen Organisationen aus dem Lande zurückzudrängen. Wie die Regierung in Bagdad war auch jene in Kabul vom Lande isoliert und für ihre Existenz auf die fremden Truppen angewiesen. Ohne US-/ISAF-Eskorten und Transportmittel, ohne Abstützung für die Etappen auf deren Basen konnte auch Präsident Karsai nicht weit im eigenen Lande reisen. Selbst die Hauptstadt war nicht sicher. Zahlreiche Terroranschläge trafen Polizeiposten, Militärstreifen und den Straßenverkehr. An den Landstraßen nahmen die Überfälle und Sprengfallen gegen vorbeifahrende Konvois und Patrouillen zu. Nur der Norden und Westen des Landes blieben noch relativ ruhig. Aber im Süden, in den alten *Taliban*-Hochburgen, kehrten die islamistischen Milizen in Bataillonsstärke zurück, um in ganzen Ortschaften die Gewalt zu übernehmen, Schulen und Krankenstationen zu zerstören und das internationale Aufbauwerk wieder zunichte zu machen. Die Rückkehr der Islamisten mit solcher Kampfkraft überraschte die alliierten Truppen der ISAF, die ihrerseits mit örtlichen Gegenangriffen kon-

terten und die Initiative zurückzugewinnen suchten. Briten, Kanadier und Niederländer, die von den Amerikanern den Süden mit seinen fünf unruhigen Provinzen übernommen hatten, fügten den *Taliban* schwere Verluste zu, konnten aber das Eindringen neuer Kämpfer aus dem paschtunischen Grenzgebiet Pakistans nicht verhindern und sahen sich demselben unveränderten Problem gegenüber, das schon die Amerikaner nicht hatten meistern können: Die NATO-Truppenstärke in der ISAF reichte nicht aus, um das Land militärisch unter Kontrolle zu bringen und zu halten. Die Intensivierung der Kämpfe im Süden und Osten, wo die Amerikaner operieren, brachte den alliierten Befehlshaber, den britischen General Richards, schon im Februar 2005 zu einer Truppennachforderung von 1.000 Soldaten,



Im Nahen Osten war das letzte Jahr durch die teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Palästinenser-Organisationen *Fatah* und *Hamas* und dem Libanonkrieg gekennzeichnet.

die aber über 18 Monate bis zum Herbst 2006 von Brüssel nicht erfüllt wurde, weil die Bündnispartner zögerten, mehr Soldaten, mehr Hubschrauber (um die NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer seit zwei Jahren geworben hatte) und Waffen nach Afghanistan zu entsenden. Der NATO-Oberkommandierende in Europa, der amerikanische General Jones, bezifferte das Manko an einsatzfähigen NATO-Truppen in Afghanistan im September 2006 auf etwa 15% der Gesamtstärke von rund 32.000, davon 12.000 Amerikaner, die nun unter alliierten Befehl traten. Weitere 10.000 US-Soldaten kämpften außerhalb von NATO und ISAF in ihrem Unternehmen „Nachhaltige Freiheit“, nunmehr auf das Grenzgebiet zu Pakistan im Osten konzentriert, gegen den Untergrund der *Al Qaida* oder bildeten die afghanische Armee aus.

In dieser Situation übernahm im Herbst 2006 die NATO als ISAF-Leitorganisation die militärische Verantwortung für das ganze Land. Großbritannien, Kanada, Polen und Rumänien versprachen zusätzliche Soldaten für Afghanistan. Frankreich, die Türkei, Deutschland, Italien und Spanien lehnten Verstärkungen ihrer ISAF-Kontingente zunächst ab - die Frage nach gesteigerter Allianzsolidarität dieser Verbündeten im „Krieg gegen den Terror“ blieb in Afghanistan weiter offen. Dies gilt auch für die Bekämpfung der Rauschgiftproduktion durch die ISAF, zu der die UNO die NATO dringend aufforderte. Afghanistan liefert im neuen Jahresdurchschnitt seit 2005 laut UNO rund 90% des Opiums für die weltweite Heroinherstellung, eine Steigerung um 10% seit 2003/04.

Ähnlich wie im Irak dreht sich auch in Afghanistan die destruktive Spirale des *Circulus vitiosus* einer ins Leere laufenden Strategie. Nur dreht sich der Kreisel noch auf einem niedrigeren Niveau der Gewalt und langsamer. Noch ist nichts entschieden. Viel wird für die NATO davon abhängen, ob es ihr gelingt, einen sinnvollen Modus *Vivendi*, ein pragmatisches Arrangement mit den Stammesfürsten und Clanführern nicht nur im Norden und Westen, sondern auch im Süden und Osten zu finden; dieses würde allerdings auch eine Verständigung über eine Begrenzung des Mohnanbaus und der Drogenherstellung einschließen müssen, von denen die *Taliban* seit ihrem Sturz von der Macht ebenfalls profitieren, um ihre Kriegskasse zu füllen, deren Ertrag aber v.a. die Kassen der *Warlords* und der Stammesführer, die zugleich die Provinzfürsten sind, füllt. Hier liegt im Widerspruch der Notwendigkeiten das Dilemma zwischen dem übergeordneten politischen Zweck der internationalen Präsenz und den Erfolgsbedingungen. Wenn aber die Ziele nicht erreicht werden könnten, was sollte dann die Anstrengung? Die Antwort legt das tiefere Dilemma in Afghanistan bloß: Ohne die ISAF mit der NATO und den US-Truppen würde der neue Staat zusammenbrechen. Also bietet sich eine „exit strategy“ der Beendigung der internationalen Militärpräsenz und des Kampfes im Unternehmen „Nachhaltige Freiheit“ auch nach fünf Jahren noch nicht an. Im Gegenteil: Die Ausdehnung der NATO-Verantwortung für die Sicherheit auf ganz Afghanistan treibt das militärische Engagement der Verbündeten immer weiter und immer tiefer in ein Land, das niemals geeint oder befriedet war und das im Westen wie im Osten zwischen Nachbarn liegt, die von außen beherrschenden Einfluss gewinnen wollen: Iran und Pakistan. Im Norden ist die Lage ruhiger, aber auch dort liegen jenseits

der Grenzen Staaten in Zentralasien, die Stammesverbindungen und damit politische Einflussmittel in Afghanistan haben, und China ist nicht fern. Die gesamte geopolitisch-strategische Konstellation eignet sich ebenso wenig für eine langjährige NATO-Präsenz wie US-Präsenz.

## Palästina und der Libanonkrieg

Die katastrophale Lage im Palästinensergebiet von Gaza, die Kalamitäten im Westuferland des Jordan, wo Palästina mit dem Annex Gaza als unabhängiger Staat entstehen soll, der gewalttätige Streit zwischen den rivalisierenden radikalen Organisationen *Fatah* und *Hamas* um die Macht seit den Wahlen hängen mit der Entwicklung im Libanon hin zum *Hisbollah*-Krieg Israels zusammen. Dieser Konnex ist nicht augenfällig, aber das Bindeglied in Damaskus verdeutlicht ihn in der syrischen Konfliktstrategie gegen Israel für eine Zweifrontenkriegslage indirekter Aggression ohne militärische Beteiligung Syriens mit dem Ziel, den von Israel annektierten Golan zurückzugewinnen. Für einen Krieg gegen Israel hat Syrien seit den verlorenen arabischen Koalitionskriegen von 1967 und 1973 nach dem Ausscheiden Ägyptens aus der arabischen Front keine Verbündeten mehr. So bleibt nach den Separatfriedensschlüssen Ägyptens und zwanzig Jahre später Jordaniens mit Israel Syrien nur eine Option, denn zu einem Krieg im Alleingang ist es nicht fähig: Israel an dessen Grenzen im Norden und im Süden durch andere zu bedrohen oder jedenfalls zu stören, ohne selber die Risiken einer militärischen

Konfrontation auf sich zu nehmen. Die syrisch-israelische Grenze ist seit 1973 ruhig geblieben, dafür lodert der Konflikt im Libanon durch Grenzverletzungen aller Art und in Palästina durch Guerilla, Terroranschläge und gewalttätige Provokationen in unregelmäßigen Abständen auf. Für Damaskus sollen diese dem Zweck dienen, Israel im Besitz arabischer Gebiete nicht zur Ruhe kommen zu lassen, den seit 1948 bestehenden Kriegszustand mit Israel aufrechtzuerhalten und sozusagen „mit Leben zu erfüllen“ - dem Leben und den Opfern der arabischen Grenzbevölkerungen in zwei Ländern, über die Damaskus bisher (wie früher auch über Jordanien) ein „droit de regard“, eine Aufsicht und Mitentscheidung über deren Regierungen und Politik, beansprucht hat. Im Libanon war diese syrische Vormachtstellung seit dem Bürgerkrieg der 1970er/80er-Jahre sogar als eine die libanesischen Souveränität faktisch beschränkende Oberherrschaft mit syrischen Truppen und Sicherheitsdiensten verfestigt.

Erst auf internationalen Druck hin wurde sie vor zwei Jahren mit dem syrischen Rückzug beendet, nachdem Damaskus mit der Ermordung des ehemaligen libanesischen Regierungschefs Rafik Hariri kompromittiert worden war. Aber seither versucht Syrien indirekt mit Hilfe der schiitischen *Hisbollah* und dem Rückhalt des Iran für gemeinsame Ziele wieder einen dominanten Einfluss im Libanon zu gewinnen, was Damaskus eine letzte politische Konfliktoption gegen Israel erhalten würde.

Wie immer diese Partie weitergespielt wird und ausgehen mag, sie wird im Libanon und in Palästina nicht einfach als Stellvertreterauftrag fortgesetzt, sondern im jeweils eigenen Interesse. Dabei wirken die Ereignisse und politischen Konstellationen in beiden Grenzländern Israels aufeinander. Das Beispiel des israelischen Rückzugs aus dem besetzten Südlibanon im Frühjahr 2000, das die *Hisbollah* als ihren Sieg feierte, verführte die radikalen Palästinenser zu der Annahme, sie könnten durch bewaffneten Widerstand gegen die israelische Besatzung und durch Angriffe auf jüdische Siedlungen, schließlich durch Terroranschläge gegen Israel selbst, den Abzug der israelischen Armee aus Gaza und aus dem Westjordanland erzwingen oder zumindest in den Verhandlungen mit Israel unter amerikanischer Vermittlung eine Position der Stärke zur Durchsetzung ihrer Maximalforderungen gewinnen. Daran scheiterten im Jahre 2000 die Diplomatie der USA unter Präsident Clinton und die israelische Regierung des Premierministers Barak. Der Wahlsieg Scharons Anfang 2001 war die Folge und dessen Konsequenz die Verhärtung der Fronten mit einer Eskalation der Gewalt auf beiden Seiten bis zur einseitigen Räumung des Gazastreifens durch Israel. Diese wiederum nährte die arabische Illusion, Israel könnte zur Aufgabe der besetzten Gebiete mit Gewalt gezwungen werden.

Die beiden islamistischen Parteien *Hamas* und *Hisbollah* mit ihren politischen Hochburgen und bewaffneten Milizen in Gaza bzw. im Südlibanon wurden von Damaskus und von Teheran schon seit dem Sturz Saddam Husseins im Irak nach dem Krieg von 2003 zu neuen Aktionen gegen Israel ermutigt: Syrien und Iran wollten die frei gewordene Beschützerstellung des Irak einnehmen. Wie

die Kausalkette der Ereignisse und Einflüsse seither, besonders im Jahre 2006 vor den beiden Soldatenentführungen nach Überfällen auf israelische Grenzposten, die den Anlass zur Eskalation gaben, geschlossen war, ist noch nicht erkennbar. Fehlkalkulationen über Israels vermutliche Reaktionen waren offensichtlich mit im Spiel.

Das Resultat, der Libanonkrieg im Norden und eine verstärkte Repression im Süden, hat die arabischen Nachbarn Israels ihren Zielen nicht näher gebracht, sie aber in den Mittelpunkt der nahöstlichen Bühne gerückt, wo v.a. die *Hisbollah* ihren angedichteten Kriegsruhm und ihren „göttlichen, historischen und strategischen Sieg“, wie ihr Führer Nasrallah den relativen Erfolg im Krieg als Überlebende genannt hat, auskostet. Israel hat dabei Selbstvertrauen und Ansehen verloren, auch internationale Unterstützung im kritischen Moment des Krieges, als der israelische Feldzug nicht vorankam. Auch ist die Lage im Nahen Osten insofern zum Nachteil Israels verändert, als seine Armee ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit und der Überlegenheit bis zur Dominanz über



REUTERS/ISSAM KOBESY

Die Kampfkraft der israelischen Luftwaffe wurde durch die massiven Zerstörungen während des Libanonkrieges (hier im Süden Beiruts am 1. August) verdeutlicht.

jeden Feind mit der Fähigkeit, jedes gesteckte Ziel zu erreichen, eingebüßt hat. Allein die Tatsache, dass die Armee den Norden Israels bis nach Haifa nicht gegen Kurzstreckenraketen abschirmen konnte, dass einen ganzen Monat solche Raketen in Nordisrael niedergingen und Hunderttausende Israelis sich in den Süden in Sicherheit bringen mussten, dass die Wirtschaft beeinträchtigt und die Kriegskasse ohne eine klare militärische Entscheidung geleert wurde, bezeichnet einen empfindlichen Misserfolg und einen Verlust an Sicherheit im Krieg, also einen strategisch-politischen Rückschlag.

Doch ein Blick auf den Libanon und auf Gaza nach dem Sommerkrieg um Israel zeigt auch, dass es auf der arabischen Gegenseite gleichfalls keine Sieger in diesem Krieg gab: *Hisbollah* bleibt zwar, zumindest vorderhand, die einzige präsente und potente politische Kraft im armen schiitischen Südlibanon. Auch hat sie wahrscheinlich einen Großteil ihrer Waffen, v.a. ihres Kurzstreckenraketenarsenals, von dem sie nur etwa 4.000 von rund 20.000 verfeuerte, noch immer in Besitz. Eine künftige Ergänzung durch Nachschub aus Syrien und aus dem Iran bleibt

unter günstigen Umständen möglich. Ihre Entwaffnung, vom UNO-Sicherheitsrat gefordert, wird äußerst schwierig werden, wenn sie überhaupt gelingt. Diese undankbare Aufgabe ist der libanesischen Armee zugefallen und dürfte deren Zusammenhalt erheblich strapazieren, wenn sie tatsächlich in Angriff genommen werden sollte. Aber die *Hisbollah* hat auch den Großteil ihrer grenznahen Stellungen verloren, dazu die Bewegungsfreiheit für ihre schweren Waffen und ihre Miliz-Kampfverbände. Schließlich hat sie die militärische Kontrolle über den Südlibanon verloren, denn die UNIFIL-Schutztruppe wurde erheblich verstärkt mit



Bild nur im  
Heft verfügbar

AP PHOTO/ONER BAULTY

Die israelische Armee hat dennoch ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit eingebüßt. Die *Hisbollah* konnte v.a. durch ihre Offensivwaffen (Bild: Bewohner der israelischen Stadt Kiryat Shmona im Schutzbunker) und ihre hartnäckige Verteidigung auf politisch-strategischer Ebene Erfolge verbuchen.

europäischen Truppen moderner Ausrüstung, und nach 38 Jahren ist die reguläre libanesischen Armee in einer Truppenstärke von bis zu 15.000 Soldaten zurück im Süden. Israels Armee aber steht weiter, ungeschwächt, jenseits der Grenze, und die Lektionen dieses Krieges werden in Israel gelernt werden.

Im Libanon wird sich die *Hisbollah* früher oder später, wenn der Rauch des Krieges sich verzogen hat und die Emotionen der Bevölkerung wieder abgeklungen sind, der Frage stellen müssen, was sie eigentlich in diesem Krieg für den Libanon erreicht hat. Sie wird auch Objekt gegnerischer Koalitionen in der libanesischen Politik wie nie zuvor werden, denn nicht nur die Christen und die Drusen, sondern auch gemäßigte Schiiten, die während des Krieges Solidarität mit der kämpfenden *Hisbollah* demonstrierten oder zeigen mussten, haben drei objektiv gestellte Fragen: Will die *Hisbollah* regieren? Will sie weiter mit Syrien verbündet und das Werkzeug der Regierung in Damaskus gegen die Unabhängigkeit Libanons sein? Will sie den Kriegszustand mit Israel erhalten und neue Kriege riskieren, die sie ebenso wenig für Libanon gewinnen kann wie den von 2006?

Israel unterlag keineswegs in einem „asymmetrischen Krieg“ einem schwächeren Gegner. Seine Armee machte Fehler, die politische Strategie, soweit die Regierung eine solche hatte, stimmte nicht mit der militärischen überein: Israel verbrauchte die knappe Zeit, die es international zur Verfügung hatte, mit einer zögerlichen Kriegführung bei zu geringem Kräfteinsatz. So war ein durchschlagender Erfolg nicht möglich. Der Waffenstillstand konnte nicht mehr verzögert werden, und so musste man sich mit einem halben Erfolg zufrieden geben.

Aber Israel führte auch einen indirekten Demonstrationkrieg gegen Syrien, den Iran und jedes andere Land der Region, das künftig Kriegspläne gegen Israel haben könnte: In Damaskus saß man in der ersten Loge bei der Betrachtung dieses Krieges und seiner Folgen für den Kriegsschauplatz Libanon. Dort wie in Teheran kann man die Wirkung der israelischen Luftangriffe und Artillerie ermessen, zumal weder Syrien noch Iran eine Luftabwehr haben, die eine Luftmacht wie Israel wirksam behindern könnte. Die weiteren Konsequenzen dieser Machtdemonstration der Zerstörungskraft und damit die weitere strategische Dimension dieses Libanonkrieges

2006 sind noch nicht erkennbar, womöglich noch nicht entstanden. Aber der von vielen befürchtete „Flächenbrand“ trat nicht ein, eine horizontale Eskalation des Krieges fand nicht statt, auch weil der Irak Saddam Husseins nicht mehr existiert. Syrien ist international derzeit isoliert, hat aber die Chance zu einer Verhandlungspolitik mit Israel, das seinerseits diplomatische Optionen der Konfliktregelung wieder höher einschätzen muss als zuvor. Dennoch ist für Israel die Abschreckung, einschließlich der nuklearen, deutlich als die unverzichtbare Voraussetzung seiner Sicherheit hervorgetreten, gerade weil sie gegenüber der *Hisbollah* versagte. Damit ist die Existenzfrage gestellt: In Israel werden die militärische Überlegenheit und die Zuverlässigkeit der Abschreckung gegenüber jedem potenziellen Angreifer das Sicherheitskriterium sein. Dies macht die iranische Atompolitik zum größten Risikofaktor nicht nur in der Region, sondern auch für die globale Sicherheit und besonders für die Europas als Nachbarregion im Westen. Hier liegt die strategisch-sicherheitspolitische Herausforderung der EU wie der NATO und der USA.

Für Amerika als führende Weltmacht, als externe Vormacht im Mittleren Osten und im Fernen Osten, als Führer der westlichen Bündnisse, allen voran der nordatlantischen Allianz, und als bisher einzigem potenten Garanten des internationalen nuklearpolitischen Sicherheitsregimes sind die in den Brennpunkten der Problemfelder entstandenen oder verschärften Krisen mit einer kritischen weltpolitischen und globalstrategischen Entwicklung verbunden. Die amerikanische Regierung hat dieser Entwicklung bisher keine kohärente Strategie entgegenzusetzen vermocht. Der „Krieg gegen den Terror“ ist weiter weder gewonnen noch verloren. Die übrigen Mächte spielen bisher nur Nebenrollen und suchen ihre eigenen Interessen zu fördern. Weder UNO noch EU, weder NATO noch irgendeine andere internationale Organisation oder Staatengruppierung hat sich in dieser globalen Konstellation mit Erfolg als „global player“, geschweige denn als wirksamer strategischer Akteur erwiesen. ■

ANMERKUNG:

1) International Herald Tribune, 12.10.2006, S.5.

### Prof. Dr. Lothar Rühl

Staatssekretär a.D. (ehemals im Bundesverteidigungsministerium, Bonn); Professor für Internationale Beziehungen am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; Mitglied akademischer Beirat des Nato Defence College Rom.

# Québec - selbstbewusste frankophone Nation in Kanada zwischen föderaler Partnerschaft und Souveränität

Martin Pabst

Seit 40 Jahren ist die Québec-Frage ein Dauerthema der kanadischen Politik. Trotz vieler Ansätze ist es bisher nicht gelungen, eine für alle Seiten akzeptable Lösung für den französischsprachigen Bundesstaat auszuhandeln - innerhalb oder außerhalb des kanadischen Staatsverbandes.

Die Pattsituation hat vielerlei Gründe. So ist die Identität der jungen, seit 1931 (mit Ausnahme der Verfassungsgebung) unabhängigen Nation Kanada keineswegs gefestigt und wird gerade in letzter Zeit auch außerhalb Québecs durch zunehmende zentrifugale Kräfte auf die Probe gestellt. Erst 1947 erhielt Kanada eine eigene Staatsbürgerschaft, erst 1965 eine eigene Flagge, erst 1980 eine eigene Nationalhymne, erst 1982 eine vom Londoner Parlament unabhängige Verfassung - die Rechtmäßigkeit des „Heimholungsaktes“ durch die Bundesregierung wird allerdings von allen seitherigen Québecer Regierungen aus prozessualen wie inhaltlichen Gründen bestritten. Eine militärische Bedrohung von außen, wie bei der Gründung des Dominions Kanada im Jahr 1867 durchaus gegeben (so führten die USA von 1812-14 Krieg gegen Kanada, noch 1935 entwickelte das *U.S. Army War College* den Plan einer Invasion Kanadas),<sup>1)</sup> ist heute kaum vorhanden. Königin Elisabeth II. ist weiterhin kanadische Staatsoberhaupt, doch verliert die traditionelle Orientierung an Großbritannien und Europa an Bedeutung. Neue Akteure sind die zunehmend selbstbewusst auftretenden westlichen Provinzen, die *first nations* (Indianer und Inuit, früher Eskimos genannt), die diversen Einwanderergruppen sowie neue soziale Bewegungen. Hinzu kommt die im Zuge von Globalisierung und Nordamerikanischer Freihandelszone (NAFTA) wachsende politische, wirtschaftliche und kulturelle Dominanz des großen Nachbarn USA. Der kanadische Sozialstaat verliert an Identität stiftender Wirkung. Bund und Provinzen sind sich einig über die Notwendigkeit einer umfassenden Verfassungsreform, doch konnten bislang keine Fortschritte auf diesem Weg erzielt werden. Die divergierenden Wünsche der zahlreichen Akteure (Bund, zehn Provinzen, drei Territorien unter Bundesverwaltung, Interessengruppen) blockieren sich gegenseitig.

Schließlich hat auch die Québecer Bevölkerung (über 80% frankophone Mehrheitsbevölkerung, knapp 20% anglo- und allophone Minderheiten) keine klare Vorstellung von einem künftigen Status. Einig ist sich eine große Mehrheit darin, dass Québec eine historisch gewachsene, gelebte Sonderstellung besitzt und daher eine Statuserhöhung legitim und von der Politik umzusetzen ist. Zwei Drittel der Einwohner bezeichnen sich heute als „Québecer“, nur noch ein Viertel als „Franko-Kanadier“, gut 10% als „Kanadier“.<sup>2)</sup> Die vielfältigen Konzepte reichen von einem reformierten Föderalismus

über asymmetrischen Föderalismus, Souveränität-Assoziation, Souveränität in lockerem Verbund mit Kanada, der Neugründung einer Konföderation zweier souveräner Partnernationen, der Umwandlung Kanadas in einen Staatenbund vergleichbar der EU bis hin zur völligen Unabhängigkeit Québecs. Strategien der Verwirklichung sind einvernehmliche bilaterale Aushandlung, einseitige Erklärung oder auch gezielte Erosion der kanadischen Staatlichkeit.

Dabei sind die Grenzen durchaus fließend: Manche Vorstellungen nationalbewusster Vertreter der *Québecer Liberalen Partei* unterscheiden sich beispielsweise nicht wesentlich von denen gemäßiger Vertreter der nationalistischen *Parti Québécois* (PQ). Québec ist die einzige Region außerhalb Europas, in der



Im Jahr 1965 genehmigte Königin Elisabeth II. die kanadische Nationalfahne (rechts). Die Québecer *Fleur-de-Lys* wurde bereits 1948 eingeführt.

das Französische die Muttersprache des überwiegenden Teiles der Bevölkerung ist, und die große Mehrheit der Québecer ist sich darin einig, dass die politischen Kompetenzen hinreichend gestärkt werden müssen, damit Kultur und Identität von mehr als sechs Mio. Frankophonen in einem komplett anglophonen Umfeld dauerhaft gesichert sind.

Das Québecer Souveränitätsstreben - mit negativem Unterton von englischsprachigen Kanadiern häufig als „Separatismus“ bezeichnet - vollzieht sich seit den 1970er-Jahren in demokratischen, verfassungsmäßigen Bahnen. In den 1960er-Jahren war allerdings zu befürchten, dass sich die frankophone Provinz zu einem „kanadischen Nordirland“ entwickelt: Radikale Gruppierungen griffen zu terroristischen Gewaltakten. Die große Mehrheit der Québecer Bevölkerung distanzierte sich allerdings von der eskalierenden Gewalt. Auch war es das Verdienst von René Lévesque, die Souveränitätsbewegung in demokratische Bahnen zu lenken und mit der 1968 gegründeten *Parti Québécois* (PQ) eine politikfähige

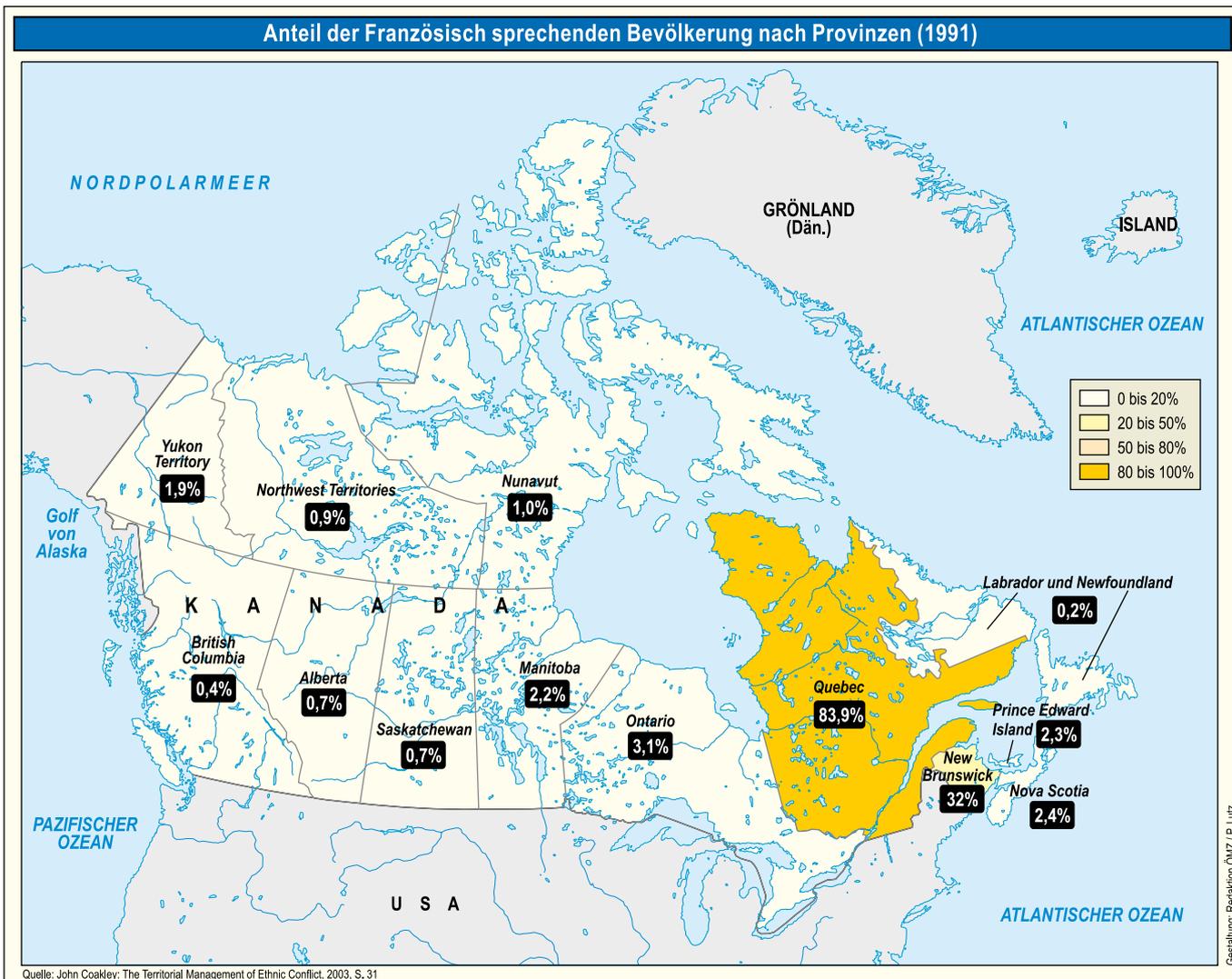
Alternative zu präsentieren, die sich in Québec unabhängig von der Souveränitätsfrage als die zweite politische Kraft neben der *Québecer Liberalen Partei* dauerhaft etabliert hat.

### Geschichtlicher Hintergrund

Die Sonderstellung Québecs geht auf die Kolonialgeschichte zurück.<sup>3)</sup> Von 1534-1763 war „Neufrankreich“ französische Kolonie. Es war das erste nordamerikanische Gebiet, das von europäischen Einwanderern (viele von ihnen aus der Normandie und der Bretagne) besiedelt wurde, und reichte ursprüng-

Integrität Québecs und die besonderen Rechte der französischsprachigen Einwohner an (französische Sprache, französisches Zivilrecht, katholische Konfession und Schulen).

Die Geschichte Kanadas weist Parallelen zu derjenigen Südafrikas auf. Auch dort kam eine europäischstämmige Bevölkerung nach einer militärischen Niederlage des Mutterlandes unter die Herrschaft einer anderen Kolonialmacht mit unterschiedlicher Sprache und Religion: 1806/14 wurde die niederländische Kapkolonie im Zuge der Napoleonischen Kriege britisch. Die kalvinistischen, niederländischsprachigen Siedler („Buren“) lebten fortan



lich bis nach Louisiana. Der Begriff „Kanada“ wurde damals von den französischsprachigen Kolonisten als Bezeichnung für das französische Siedlungsgebiet geprägt und war vom indianischen „Kanata“ (Dorfgemeinschaft) abgeleitet - heute bezeichnen sich in erster Linie die Englischsprachigen als „Kanadier“.<sup>4)</sup>

Nach der Niederlage im weltweit geführten Siebenjährigen Krieg musste Frankreich 1763 den Rest seines nordamerikanischen Kolonialreiches an Großbritannien abtreten; nur die Atlantikinseln St. Pierre und Miquelon blieben bis heute französisch. Während die frankophonen Acadier 1755 aus dem seit 1713 britischen Neuschottland deportiert und zerstreut worden waren, durften 1763 die über 60.000 Québecer in ihrer Heimat bleiben. Im „Québec-Akt“ erkannte London 1774 die territoriale

unter britischer Herrschaft, die ihnen den Gebrauch ihrer Sprache und die Ausübung ihrer kalvinistischen Religion zubilligte. Sowohl in Kanada wie in Südafrika wurde später versucht, ein bikulturelles britisches Dominion, später eine bikulturelle Nation auf der Grundlage zweier aus Europa stammender Bevölkerungsgruppen aufzubauen. Hier wie dort wurden die nichtweißen Einwohner (Indianer, Métis, d.h. Mestizen, und Inuit in Kanada bzw. - hier zahlenmäßig in der Mehrheit - Schwarze, Kapmischung und Asiaten in Südafrika) lange Zeit nicht als konstitutiv angesehen und diskriminiert. Sowohl in Britisch-Kanada wie in Britisch-Südafrika kam es trotz rechtlicher Garantien der Kolonialmacht zur faktischen Benachteiligung der nichtenglischsprachigen Siedler: Politisch, ökonomisch und kulturell dominierte die eng mit dem Mutterland verbundene englischsprachige, anglikanische Elite.

Doch gab es wesentliche Unterschiede, die die Geschichte in Kanada und Südafrika sehr unterschiedlich verlaufen ließen. Erstens blieben die Buren in Südafrika trotz eifriger Ansiedlung von Briten gegenüber den Anglo-Südafrikanern mit ca. 60:35% (bezogen auf die aus Europa stammende Bevölkerung) in der Mehrheit. Hingegen bilden die frankophonen Kanadier landesweit traditionell eine Minderheit (heute bezogen auf Gesamtkanada ca. 22% aller Einwohner); auf dem Territorium der Provinz Québec sind sie mit über 80% in der klaren Mehrheit. Zweitens brachen die Verbindungen der Buren zum niederländischen Mutterland im Lauf des 19. Jahrhunderts ab. Die Buren sahen sich als neues afrikanisches Volk europäischer Herkunft; ihr Niederländisch entwickelte sich bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zur eigenständigen Sprache Afrikaans weiter. Die frankophonen Kanadier blieben hingegen ein Teil der französischen Sprach- und Kulturgemeinschaft; ihr Französisch weist allerdings Besonderheiten auf (Regionalismen und Archaismen). Schließlich hatte die abweichende Konfession unterschiedliche politische Konsequenzen. Der Calvinismus der Buren wurde zum wesentlichen Motor für die Entstehung einer antibritischen Nationalbewegung. Er postulierte ein Widerstandsrecht gegen eine ungerechte Obrigkeit, und Vorstellungen eines „von Gott auserwählten Volkes“ flossen in nationalistische Programme ein, die die Vorherrschaft der Buren in einem kalvinistisch geprägten Südafrika propagierten. 1948 gewann die antibritische burische *Nationalpartei* in Südafrika die Parlamentswahl, brach 1961 die letzten Bande zur britischen Krone ab (Austritt aus dem *Commonwealth of Nations*, Republikgründung) und dominierte bis zur lange hinausgezögerten Einbeziehung der schwarzen Mehrheitsbevölkerung in das demokratische System (1994) die Politik des Landes - auch auf Kosten der englischsprachigen weißen Bevölkerung. Hingegen lehnte der konservative Québécois Katholizismus die Idee der Volkssouveränität ab und postulierte eine strikte Trennung von Kirche und Staat. Er erkannte die Herrschaft der britischen Krone ausdrücklich an und predigte Gehorsam gegenüber der Obrigkeit. Im Gegenzug garantierte die britische Krone die jahrhundertlang dominierende Stellung der katholischen Kirche im Schul- und Gesundheitswesen, im öffentlichen Leben von Québec.

Im Gegensatz zu den Buren galten die „Franko-Kanadier“ nach dem niedergeschlagenen Aufstand der radikalen „Patrioten“ (1837/38) lange Zeit als treue Untertanen der britischen Krone. Die katholische Kirche propagierte als Ideal ein frommes Leben auf dem Land und hielt ihre Mitglieder nicht zu unternehmerischer Tätigkeit an. Handel, Banken- und Transportwesen in Québec wurden von der englischsprachigen Minderheit dominiert, die auch die gesellschaftliche Elite bildete. Verkehrs- und Geschäftssprache in der Wirtschaftsmetropole Montréal war bis in die 1960er-Jahre Englisch. Frankophone Québécois taten sich allein auf Grund unzureichender Englischkenntnisse schwer, in einem solchen Milieu aufzusteigen, und wenn ihnen dieser Schritt gelang, bezahlten sie ihn häufig mit kultureller Assimilation.

In den 1950er-Jahren regte sich unter jungen frankophonen Québécois Widerstand gegen die klerikal-konservative Regierung von Maurice Duplessis (Führer der *Québécois Nationalunion*; Premierminister von 1936-1939 und 1944-1959). Beeinflusst vom Vorbild der USA strebten die Reformer nach mehr Demokratie und mehr individueller Freiheit in Québec. Außerdem regte sich Widerstand gegen die anglophone Dominanz in Wirtschaft und Kultur. Die klerikal-konservative Ordnung wurde nicht nur als Hindernis für die Emanzipation der frankophonen Québécois, sondern auch als langfristige Gefahr für das Überleben der französischen Sprache

und Kultur in einer sich rasch wandelnden Welt gesehen. Die von Premierminister Jean Lesage (1960-66; *Québécois Liberale Partei*) tatkräftig geförderte *Revolution tranquille* (stille Revolution) modernisierte Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur Québécois und verdrängte die katholische Kirche aus ihrer dominierenden Position. Das zündende Schlagwort der Reformer lautete *Maître chez nous* (Herr im eigenen Haus). Hydro-Québec wurde verstaatlicht und legte mit der Erschließung der riesigen Energiereserven die Grundlage für eine durchgreifende Industrialisierung. Frankophone Québécois



Im Jahr 1534 erreichte der französische Seefahrer Jacques Cartier die Ostküste des heutigen Kanadas. 1535 fuhr er den St.-Lorenz-Strom hinauf und gelangte zu der Indianersiedlung Hochelaga. Den dortigen Berg nannte er „Mont Royal“; aus der 1642 gegründeten Siedlung entwickelte sich die heutige Millionenstadt Montréal.

machten der anglophonen Wirtschaftselite erfolgreich Konkurrenz, und Québec entwickelte sich von einer ländlich geprägten Provinz zu einem Industrie- und Technologiezentrum. Eines von vielen Erfolgsbeispielen war Laurent Beaudoin, der Mitte der 1960er-Jahre den Schneepflughersteller *L'Auto-Neige Bombardier Limitée* seines Schwiegervaters Joseph-Armand Bombardier übernahm und erfolgreich in die Luftfahrt-, Schienenfahrzeug- und Rüstungsbranche einstieg. Heute ist das in Montréal ansässige Unternehmen *Bombardier* ein Weltkonzern.

Mit dem gestiegenen Einfluss wuchs das Selbstbewusstsein der frankophonen Bevölkerung in Québec, die sich zunehmend nicht mehr als „Franko-Kanadier“, sondern als „Québécois“ mit einer nicht nur kulturell, sondern auch territorial verorteten Identität

definierte. Premierminister Lesage suchte der Bundesregierung mehr Kompetenzen im Bereich der Kultur- und Sozialpolitik, in der Steuererhebung sowie in internationalen Angelegenheiten abzurufen und setzte sich für eine Reform des zentrumslastigen kanadischen Föderalismus ein. 1961 eröffnete Québec in Paris eine erste Vertretung. Sie stieg bald zur Generaldelegation auf, diesen Rang besitzen heute weltweit sieben Repräsentanzen (Brüssel, London, Mexiko-Stadt, München, New York, Paris, Tokio). Der Pariser Generaldelegation wird von Frankreich inzwischen ein botschaftsähnlicher, direkt dem französischen Außenministerium unterstellter diplomatischer Status eingeräumt. Paris pflegt über sein Generalkonsulat in Québec-Stadt auch direkte Beziehungen mit der Québecer Regierung. Weitere Schritte auf dem Weg einer stärkeren

Kabinettsminister René Lévesque aus, als der Parteikongress eine Souveränität Québecs nicht diskutieren wollte. 1968 gründete er die *Parti Québécois* (PQ). Kennzeichnend für den frankophonen Nationalismus in Québec ist bis heute, dass es sich um einen linksorientierten Nationalismus handelt, vergleichbar dem republikanischen, auf die Revolution von 1789 zurückgreifenden Nationalismus in Frankreich. So gilt die PQ als sozialdemokratisch und ist stark in den Gewerkschaften verwurzelt. Das rechte Spektrum deckt in Québec die *Liberale Partei* ab.

Öl ins Feuer goss im Juli 1967 der Besuch des französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, der offenkundige Sympathien mit den Autonomiebestrebungen für „diesen Zweig des französischen Volkes“ auf nordamerikanischem Boden zeigte. Demonstrativ besuchte er zuerst die Provinz Québec. Gefeierte von einer begeisterten Menge ließ er sich am 24.7. in Montréal auf einer ursprünglich nicht vorgesehenen Rede zum Ausruf: „*Es lebe Montréal! Es lebe Québec! Es lebe das freie Québec! Es lebe das französische Kanada und es lebe Frankreich!*“ hinreißen. Der kanadische Premierminister Lester Pearson bezeichnete die Rede als unannehmbare Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kanadas. Besonders erzürnt war die Bundesregierung über die Formulierung: „*Es lebe das freie Québec!*“, die den Vorwurf kolonialistischer Unterdrückung durch den kanadischen Staat anklingen ließ. De Gaulle reiste daraufhin nicht, wie vorgesehen, in die kanadische Hauptstadt Ottawa weiter, sondern fuhr mit dem Kreuzer *Le Colbert* direkt nach Frankreich zurück. Dort äußerte er am 31.7. in einer Kabinettsitzung, dass er nicht die Souveränität Kanadas in Frage stellen, sondern lediglich die historischen Bande der Québecer mit Frankreich stärken wollte. Der Souveränitätsbewegung hatte er nichtsdestoweniger immensen Auftrieb gegeben.



Im Jahr 1759 besiegten die Briten die französischen Truppen auf der Abrahamsebene bei Québec-Stadt. 1888 wurde die *Manège Militaire* fertiggestellt (Bild Mitte); in den Jahren 1820-31 wurde eine Zitadelle angelegt, die als Verteidigungsbastion gegen eine US-Invasion dienen sollte.

Stellung Québecs waren die Gründung eines „Ministeriums für internationale Beziehungen“ (1967), die Umwandlung des bundesstaatlichen Parlaments in Québec-Stadt zur „Nationalversammlung“ (1968) und die eigenständige Mitwirkung Québecs (neben Kanada) in der neu gegründeten *Francophonie* (1986).

Ende der 1950er-Jahre bildeten sich erstmals politische Kräfte, die eine völlige Unabhängigkeit Québecs auf ihre Fahnen schrieben: 1957 die noch kleine, konservativ ausgerichtete *Alliance laurentienne*, 1960 das nach links neigende *Rassemblement pour l'Indépendance Nationale* (RIN). 1962 bildete sich ein *Réseau de résistance* (Widerstandsnetz), das zu zivilen Ungehorsamsakten aufrief. Im Jahr 1964 kam es zu wütenden Demonstrationen, als sich Königin Elisabeth II. im Rahmen ihres Kanada-Besuches auch in Québec zeigte. Militante Anhänger des Widerstandsnetzes gründeten 1963 den *Front de la Libération du Québec* (FLQ). Die jugendlichen Aktivisten waren vom sozialistischen Befreiungskampf in Algerien, Vietnam und Lateinamerika inspiriert, kämpften gegen das „kapitalistische Herrschaftssystem“ der Anglo-Kanadier und der USA und versuchten, die frankophone Québecer Arbeiter- und Bauerschaft für ein unabhängiges, marxistisch orientiertes Québec zu gewinnen.

Auch im demokratischen Spektrum gewannen die Souveränitätsanhänger an Einfluss. In der *Québecer Liberalen Partei* formierte sich ein nationalistischer Flügel. 1967 trat der frühere

## Terroristisches Zwischenspiel

Im Jahr 1970 eskalierte der Terrorismus. Der FLQ hatte unabhängig voneinander operierende Untergrundzellen gegründet und zwischen 1963 und 1970 mehr als 200 Gewaltakte verübt (Bombenattentate, auch mit Todesopfern, Banküberfälle).<sup>5)</sup> Einige Mitglieder wollten den bewaffneten Kampf auf die „kapitalistischen“ USA ausweiten und planten angeblich sogar ein nicht durchgeführtes Attentat auf die Freiheitsstatue in New York. Einer der FLQ-Gründer war der aus Belgien stammende Kommunist Georges Schoeters, der von 1958-62 mehrfach nach Kuba und Algerien gereist war. Einige FLQ-Mitglieder erhielten bei palästinensischen Kampfgruppen in Jordanien eine Guerillaausbildung.

Am 5. Oktober 1970 entführte eine FLQ-Zelle den britischen Handelskommissar James Richard Cross, am 10.10. eine andere Zelle den Vizepremierminister von Québec, Pierre Laporte. Letzterer wurde nach einem entsprechenden Hinweis des FLQ am 17.10. erdrosselt aufgefunden. Für die Freilassung von Cross wurden sieben Bedingungen aufgestellt, darunter die Veröffentlichung des FLQ-Manifests in den Medien, die Freilassung „politischer“ Gefangener und die Ausreise der Entführer nach Kuba mit einem Flugzeug. Die Freilassung von Cross wurde schließlich erfolgreich ausgehandelt. Sechs Entführer nebst Angehörigen wurden nach Kuba ausgeflogen, von wo sie sich später nach Frankreich absetzten. Ende der 1970er

Jahre handelten sie mit der Québécois Regierung ihre Rückkehr aus und verbüßten dort stark verminderte Reststrafen. Die Entführer und Mörder von Laporte waren Ende 1970 in Québec gefangen genommen und zu Gefängnisstrafen zwischen acht Jahren und lebenslanglich verurteilt worden.

Die Eskalation der Gewalt schreckte die meisten Québécois ab. Trudeau verhängte - zum ersten Mal in der Geschichte Kanadas in Friedenszeiten - am 16.10. das Kriegsrecht und entsandte sieben Armeebataillone mit Panzern an strategische Punkte nach der Provinz Québec, um Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Im gesamten Kanada konnten Verdächtige verhaftet und ohne Anklage festgehalten werden. 455 angebliche Sympathisanten der *Felquistes* wurden arretiert. Die Regierung Trudeau übertrieb die drohende Gefahr und warnte vor einem drohenden Umsturz, Massenmedien griffen die ausgestreuten Informationen begierig auf und trieben ihre Berichterstattung bis zur Hysterie. Trudeau versuchte zweifelsohne die Krise auszunutzen, um die bundesstaatlichen Kompetenzen zu stärken und die demokratische Québécois Souveränitätsbewegung politisch zu diskreditieren; möglicherweise plante er, die liberale Provinzregierung unter dem Vorwand des Staatsnotstandes bis auf weiteres zu entmachten. Später räumte er ein, dass die terroristische Gefahr kleiner als vermutet gewesen sei, und bezeichnete die ergriffenen Maßnahmen als überzogen.

Trotz der massiven staatlichen Repression gelang es dem FLQ nicht, die frankophone Bevölkerung auf seine Seite zu zwingen. Die Vorstellung, dass in kurzer Frist „100.000 revolutionäre Arbeiter“ die Waffen erheben würden, blieb eine Chimäre. Der FLQ verlor durch die Ereignisse des Oktober 1970 massiv an Unterstützung, auch lag seine marxistische Ausrichtung bald nicht mehr im Trend. Die Widerstandsbewegung ist seither praktisch nicht mehr existent. Ihr Abgang stärkte die demokratischen PQ von Lévesque, die sich von jeder Form von Gewalt wie auch von zivilem Ungehorsam distanzierte und durch den FLQ nicht diskreditiert wurde.

Letztlich profitierte die PQ auch ungewollt von der internationalen Publizität, die die terroristischen Aktionen erreicht hatten. Ähnlich wie damals die Anschläge auf Strommasten in Südtirol auf das offene Südtirol-Problem in Italien hinwies und letztlich zum Abschluss eines Autonomiepakets beitrugen, wurde die Statusfrage von Québec durch die Aufsehen erregenden FLQ-Aktionen weltweit wahrgenommen. Im restlichen Kanada mehrten sich die Stimmen, die sich für ein politisches Entgegenkommen aussprachen.

In den vergangenen Jahrzehnten kam es nur noch zu vereinzelten, isolierten Anschlägen durch Einzelgänger. So machten vor einigen Jahren Brandanschläge in Montréal auf Cafés einer kanadischen Kette mit englischem Namen und auf McDonalds-Filialen Schlagzeilen. Weit größer ist heute die Furcht vor islamistischen Terroranschlägen.

Das Fehlen eines „repressiven“ Zentralstaates ist zweifellos ein Schwachpunkt der Québécois Souveränitätsbewegung - Kanada ist eine föderative Demokratie und ein gefestigter Rechtsstaat. Muthmaßliche verfassungsmäßige Benachteiligungen und die Vision der Selbstbestimmung eignen sich weniger zur Mobilisierung der eigenen Klientel, als es politische Häftlinge, zensierte Zeitungen, verbotene Parteien und offene Diskriminierung tun würden. Die

Geschichte zeigt, dass erfolgreiche Unabhängigkeitserklärungen häufiger auf revolutionärem oder gewaltsamem Weg zustande kommen als im Rahmen eines demokratischen und verfassungskonformen Ablösungsprozesses.

## Demokratisches Streben nach Souveränität

Im Jahr 1970 gewann die PQ sieben Sitze in der Québécois Nationalversammlung, 1973 sechs. Insbesondere bei der Jugend fand die neue Partei großen Zulauf.<sup>6</sup> Der überraschende Durchbruch kam 1976, als sie eine Mehrheit von 71 Sitzen und 41,4% der Wahlstimmen eroberte. Premier René Lévesque ließ 1977 zwei grundlegende Gesetze verabschieden, die die politischen Rahmenbedingungen in Québec grundlegend veränderten:

- ein Gesetz, das die private Finanzierung politischer Parteien stark einschränkte und damit die äußere Einflussnahme, z.B. durch die anglophone Wirtschaft, stark reduzierte, und
- das umstrittene Sprachengesetz 101 („Charta der Französischen Sprache“), das Québec zur einsprachigen französischen Provinz machte (mit Sonderrechten für die anglophone Minderheit).



Mitte Mai wird in Québec der *Journée nationale des Patriotes* im Andenken an den Aufstand von 1837/38 unter der Führung des radikalen Reformers Louis-Joseph Papineau gefeiert.

Das Sprachengesetz wurde auch vor dem Hintergrund der sprachlichen Diskriminierung frankophoner Kanadier in anderen Bundesstaaten erlassen, wo diesen z.B. der Besuch französischsprachiger Schulen erschwert wurde. Vom Bundesverfassungsgericht nach langem Streit 1988 für nicht grundrechtskonform erklärt, wurde es durch ein ähnliches Gesetz ersetzt und in Einzelbestimmungen je nach amtierender Québécois Regierung abgeschwächt oder ausgebaut. Auch liberale Québécois Regierungen haben bis heute an seinen grundlegenden Bestimmungen festgehalten und das Gesetz nicht außer Kraft gesetzt. Besonders umstritten sind Bestimmungen, die nichtfranzösische Werbetafeln verbieten bzw. Einwanderern französischsprachige Schulen zuweisen. Die von manchen befürchtete, von manchen erhoffte Abwanderung von Anglophonen setzte in der Tat ein. Bis 1987 verringerte sich deren Anteil an der Québécois Bevölkerung um ein Viertel. Einige Banken und Firmen zogen nach Toronto ab, doch wurde Montréal als Wirtschaftsstandort nicht nachhaltig geschädigt.

Lévesque verwarf Überlegungen in seiner PQ, die mehrheitliche Wahl der Unabhängigkeitspartei als ein Mandat für die Ausrufung der Souveränität zu interpretieren. Er legte die PQ auf eine Vorgehensweise innerhalb der Institutionen Kanadas fest und setzte 1980 ein Referendum über eine „Souveränität-Assoziation“ an. Bei erfolgreichem Ausgang sollte die Erklärung der Souveränität mit einer ausgehandelten Assoziation mit Kanada verknüpft werden (Wirtschafts-, Währungs- und Zollgemeinschaft). Dies war wichtig, da Nordamerika damals noch keine Freihandelszone war und Québec im Fall wirtschaftlicher Isolation schwer getroffen worden wäre.



Bild nur im  
Heft verfügbar

Im Jahr 1877 begann die Errichtung des Parlamentsgebäudes von Québec-Stadt (hier der Turm im Pariser Stil). Heute tagt hier die Nationalversammlung.

Eine „Souveränität-Assoziation“ wurde damals von 60% der Québécois verworfen. Die PQ hatte das Referendum übereilt angesetzt und schlecht vorbereitet. Außerdem konnte der aus Québec stammende, eloquente kanadische Premierminister Pierre Elliott Trudeau (*Liberale Partei*) seinen Einfluss zu Gunsten eines mehrheitlichen Nein in Québec geltend machen. Lévesque deutete nach dieser Niederlage seine Bereitschaft an, einen Verfassungskompromiss innerhalb des kanadischen Staatsverbandes zu suchen.

Trotz seiner Herkunft aus Montréal war Trudeau entschiedener Gegner einer Québécois Souveränität. Er verfolgte die Strategie, die Québécois Unabhängigkeitsbestrebungen durch Stärkung der gesamtkanadischen Identität, durch Gewährung gleicher Rechte für Anglo- und Franko-Kanadier in ganz Kanada sowie durch Betonung der multikulturellen Identität des Einwandererlandes

Kanada zu unterlaufen. Trudeaus Motto lautete: „*One Canada, one nation with two languages, no special privileges to any province, no special status.*“ Eine Ausrichtung des kanadischen Föderalismus auf sprachlich-kultureller Grundlage lehnte er strikt ab und verstieg sich gar zu Vergleichen mit Hitlers Nationalsozialismus und dessen Konzentrationslagern. Im seinem ersten Amtsjahr als kanadischer Premierminister (1968) erhob Trudeau Französisch zur zweiten Amtssprache neben Englisch in Kanada (die meisten Provinzen blieben aber einsprachig englisch). 1982 beendete Trudeau mit Zustimmung des Londoner Parlamentes die britische Verfassungshoheit für Kanada. Die nun unter kanadischer Hoheit stehende Verfassung wurde durch einen Grundrechtekatalog ergänzt. Québec, das ein Viertel der kanadischen Bevölkerung repräsentiert, erkannte diesen Schritt nicht an, weil es einerseits als eine von beiden Gründernationen Kanadas nicht beteiligt wurde und weil andererseits seine Stellung als „besondere Gesellschaftsform“ (*société distincte*) und sein historisches Vetorecht bei Verfassungsänderungen im Zuge der Verfassungsrepatrierung nicht festgeschrieben wurden. Auch lehnte es den auf Betreiben von Trudeau eingeführten Grundrechtekatalog ab, in dem z.B. Sprachrechte nicht als kollektive, sondern als Individualrechte definiert sind. Zudem lag das Interpretationsrecht beim Obersten Gerichtshof, dessen Richter von Ottawa ernannt, nicht unter Mitwirkung der Bundesstaaten gewählt werden. Québec fürchtete eine Majorisierung seiner Position, im schlimmsten Fall sogar die Bedrohung seiner kulturellen und territorialen Integrität. Die von Trudeau versprochene Verfassungsfortentwicklung führte im Übrigen auch zu keiner Einigung mit den restlichen Provinzen und blieb stecken.

Trudeaus Nachfolger ab 1984, der kanadische Premierminister Brian Mulroney (*Progressive Konservative Partei*), kam den Québécois Forderungen stärker entgegen. Eine Annäherung wurde durch die zwischenzeitliche Wahl einer gemäßigten liberalen Regierung in Québec (1985-94) unter Führung von Robert Bourassa erleichtert. Im April 1987 wurde das „Meech-Lake-Abkommen“ zwischen Bund und Provinzen abgeschlossen, das die wesentlichen Québécois Forderungen anerkannte. Doch wurde es von mehreren Provinzen (Manitoba, Neufundland) nicht ratifiziert und damit 1990 hinfällig. Einige kanadische Regionen schafften die Zweisprachigkeit ab und wurden wieder einsprachig englisch. Aus Protest gründete sich 1990 auf Bundesebene eine der PQ nahe stehende Partei, der *Bloc Québécois*.<sup>7)</sup> Von 1993-97 war er zweitstärkste kanadische Partei und damit „offizielle Opposition“ im Bundesparlament, was für eine den Québécois Unabhängigkeitsbestrebungen nahe stehende Partei nicht unproblematisch war. Der *Bloc Québécois* suchte in der Folgezeit wechselnde Bündnispartner und paktierte in Einzelfragen auch mit der im Westen Kanadas verwurzelten *Konservativen Partei*, die die Québécois Souveränitätsbestrebungen besonders stark ablehnt.

Auch die liberale Québécois Regierung von Robert Bourassa drohte nun mit einem weiteren Souveränitätsreferendum, wenn grundlegende Verfassungsänderungen der Provinz nicht erfüllt würden. Ein weiterer Versuch eines Ausgleichs, das zwischen Bund und Provinzen 1992 einvernehmlich ausgehandelte „Charlottetown-Abkommen“, scheiterte ebenfalls. Es hatte Québec als „besondere Gesellschaftsform“ anerkannt, basierte bei seinem ehrgeizigen Versuch einer umfassenden Verfassungsreform allerdings auf zahlreichen Kompromissen, die keine Seite wirklich zufrieden stellten. Weder auf Bundesebene noch auf Provinzebene (die Québécois Bürger lehnten es mehrheitlich ab) noch bei den Gremien der Ureinwohner fand es in Abstimmungen die notwendige Mehrheit.

Die PQ bekam durch die offene Verfassungsfrage und die eingelösten Versprechungen des Bundes Auftrieb. Von 1994-2003 stellte sie wieder die Regierung in Québec. Premierminister Jacques Parizeau setzte 1995 ein erneutes Unabhängigkeitsreferendum an. Auf Bundesseite war (der ebenfalls aus Québec stammende) Jean Chrétien ein schwächerer Gegenspieler als einst Trudeau. Hingegen erhielt die gut vorbereitete Kampagne der PQ Unterstützung durch den charismatischen und überregional angesehenen *Bloc Québécois*-Führer Lucien Bouchard (später von 1996-2001 als PQ-Politiker Premierminister von Québec). Wieder wurde die Souveränitätsfrage mit dem Angebot einer politischen und ökonomischen Partnerschaft mit Kanada verknüpft - nun weniger aus wirtschaftlichem Zwang, sondern aus abstimmungstaktischen Gründen, da ein beträchtlicher Teil der frankophonen Québecer zwar nach Souveränität strebt, aber gleichzeitig die Bande mit Kanada nicht vollständig lösen will. Während die PQ und ihre Alliierten die Souveränität der Québecer Nation als geschichtliche Notwendigkeit darstellten („Rendezvous mit dem Schicksal“) und nur bei freier Entscheidung über drei essenzielle Bereiche (Steuer-, Gesetzes- und Vertragssouveränität) die Interessen der Québecer Bevölkerung optimal geschützt sahen, versuchte die Bundesregierung vor den Folgen eines Ja zu warnen: Kanada sei in diesem Fall möglicherweise nicht mehr an Assoziation interessiert, eine Aufnahme Québecs in die NAFTA sei kein Automatismus, sondern ein langwieriger und schwieriger Prozess, die englischsprachige Wirtschaft würde abwandern, und die Ureinwohner und Anglokanaadier könnten in den von ihnen mehrheitlich bewohnten Regionen Québecs ebenfalls die Souveränität einfordern, d.h. den Anschluss an Nachbarprovinzen suchen.<sup>8)</sup> Zehntausende Einwanderer erhielten vor der Abstimmung von der Bundesregierung im Eilverfahren die kanadische Staatsbürgerschaft, und Bewohner aus anderen kanadischen Provinzen wurden mit verbilligten Flugtickets und Fahrkarten zu einer Großkundgebung zugunsten eines Nein nach Montréal transportiert.

Mit 49,4% zu 50,6% scheiterte das Souveränitätsreferendum am 30. Oktober 1995 denkbar knapp. Die Mehrheit von 53.000 Stimmen war kleiner als die Zahl der ungültigen Stimmen. Wieder war keine Entscheidung gefallen.

In der „Calgary-Erklärung“ erkannten die Premierminister der anderen kanadischen Bundesstaaten im August 1997 den „besonderen Charakter der Québecer Gesellschaft in Kanada“ einseitig an. Das Entgegenkommen blieb jedoch hinter dem Angebot von Meech Lake zurück und hatte keine rechtlichen Konsequenzen, weswegen es von dem neuen Québecer Premierminister Lucien Bouchard (PQ) abgelehnt wurde, zumal im Gegenzug die Gleichheit der Provinzen betont wurde. Bouchard und sein ebenfalls von der PQ gestellter Nachfolger Bernard Landry (2001-03) strebten kein schnelles drittes Referendum an, sondern verfolgten die Strategie, die faktische Souveränität Québecs zu demonstrieren und auszubauen (wirtschaftliche Stärke, Diversifizierung der internationalen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Beziehungen).

Die Bundesregierung unter Ministerpräsident Jean Chrétien (*Liberale Partei*) schlug nun eine veränderte Strategie ein: Das Québecer Souveränitätsstreben sollte nicht mehr durch Entgegenkommen, sondern durch ein schärferes Vorgehen der Bundesregierung eingedämmt werden. Unverhohlene Warnungen und Drohungen wurden an die Adresse Québecs gerichtet sowie eine - wie sich später herausstellte, von missbräuchlicher Verwendung von Geldern begleitete - Beeinflussungskampagne durch die

Bundesregierung in Québec organisiert. Außerdem wurde das Oberste Gericht Kanadas um ein Grundsatzurteil zur Souveränitätsfrage angegangen. Dessen 1998 gefällte Entscheidung war salomonisch und befriedigte keine der beiden Seiten: Québec könne sich mangels Unterdrückung durch den Bundesstaat nicht auf das Selbstbestimmungsrecht berufen und habe auch kein Recht auf einseitige Erklärung der Unabhängigkeit. Andererseits müsse die kanadische Verfassung flexibel sein und demokratische Entwicklungen wie die Souveränitätsentscheidung einer Provinz akzeptieren. Eine demokratische Mehrheit der Québecer Bevölkerung in einem Souveränitätsreferendum zwingt die Bundesregierung zu Unabhängigkeitsverhandlungen in gutem Glauben. Die Referendumsfrage müsse allerdings „klar“ sein, die Mehrheit „deutlich“.



Québec ist die größte Provinz Kanadas und jene mit dem größten frankophonen Bevölkerungsanteil. Französisch ist Amtssprache, Englisch besitzt jedoch den Status einer anerkannten Minderheitensprache.

Letztlich müsse das kanadische Parlament darüber befinden, wie die Begriffe „klar“ und „deutlich“ ausgelegt werden (was von der Québecer Regierung unter Lucien Bouchard entschieden abgelehnt wurde). Während die Bundesregierung die Entscheidung im Sinn einer Zwei-Drittel-Mehrheit interpretierte, beharrte die Québecer Regierung auf einer Mehrheit von 50%+. Als Präzedenzfall führte sie Neufundland an, das 1949 auf Grund einer Mehrheitsentscheidung von 52% seiner Einwohner der kanadischen Föderation beitrug. Zudem bezeichnete sie die Souveränitätsfrage in erster Linie als politischen Prozess, nicht als rechtliche Frage.

## Aktuelle Entwicklungen

Seit 2003 amtiert in Québec wieder eine liberale Regierung unter Jean Charest (von 1993-98 Führer der kanadischen *Progressiven Konservativen Partei*, war er zur *Québecer Liberalen Partei* gewechselt).<sup>9)</sup> Auch sie sucht zusätzliche Rechte für Québec in Verfassungsverhandlungen durchzusetzen. Der Québecer Minister für Kanadische Intergouvernementale Angelegenheiten Benoît Pelletier bezeichnet sich als Nationalist und Föderalist. Innerhalb einer größeren Nation (der kanadischen) könne eine kleinere (die Québecer Nation) existieren. Ein gefestigter autonomer Status in einer kanadischen Föderation gleichberechtigter Partner würde Québec nach Ansicht Pelletiers die besten Chancen zur Selbstverwirklichung ermöglichen.



M. PABST

Montreal ist die zweitgrößte Stadt Kanadas und die größte Stadt der Provinz Québec. Im Großraum Montreal leben etwa 3,4 Millionen Menschen. Montreal liegt im Osten Kanadas am Sankt-Lorenz-Strom. Der *Port de Montréal* ist der wichtigste Hafen auf dem Weg zu den Großen Seen.

Den „Péquistes“ werden bei der nächsten Québecer Parlamentswahl gewisse Chancen für einen erneuten Wahlsieg vorausgesagt. Wahrscheinlicher PQ-Spitzenkandidat ist der 40-jährige Vorsitzende André Boisclair, ein smarterer Jungpolitiker und bekennender Homosexueller, dem sicherlich nicht der Vorwurf des ewiggestrigen Nationalisten gemacht werden kann. Ein weiteres Referendum steht grundsätzlich auf dem Parteiprogramm. Bisher galt in der PQ die Maxime, hierfür „günstige Umstände“ abzuwarten. Gemäß Daniel Turp, einem Vordenker der Partei, könnte das Vorgehen bei einem neuen Souveränitätsreferendum grundsätzlich anders als 1980 und 1995 sein. Zunächst würden die notwendigen Gesetze ausgearbeitet, die künftigen Institutionen und deren Befugnisse festgelegt sowie eine Québecer Verfassung erarbeitet. Auf dieser Basis würde das Volk dann um Zustimmung befragt. Bei einer Mehrheit von 50%+ sollte aber umgehend die Souveränität erklärt werden. Die demokratischen Institutionen - mit einem Québecer Obersten Gerichtshof und einem Präsidenten anstelle der britischen Königin - würden in Funktion gesetzt und internationale Anerkennung gesucht. Danach sollten Verhandlungen mit Kanada über Sonderbeziehungen (z.B. gemeinsame Währung, gemeinsame Verteidigung) auf gleichberechtigter Basis geführt werden; behelfsmäßig könnten von der souveränen Québecer Nationalversammlung gewisse gesetzliche Bestimmungen für die Dauer der Verhandlungen außer Kraft gesetzt werden. Die Verhandlungen mit der kanadischen Regierung

seien aber nicht mehr konstitutiv für die Souveränitätserklärung. Das Angebot der Regierung, mit Kanada in Verhandlungen über eine neue Partnerschaft zu treten, bleibe bestehen, doch würde im Unterschied zu 1980 und 1995 keine klar umrissene Perspektive vor Beginn solcher Verhandlungen propagiert.<sup>10)</sup>

Zweifellos würde ein solches Vorgehen den Loslösungsprozess beschleunigen, es könnte von kanadischer Seite aber auch als nicht verfassungskonform angesehen werden.

In den letzten Jahren haben wirtschaftliche Themen die Souveränitätsfrage in den Hintergrund gerückt. Nicht wenige Québecer sind des „Neverendums“ müde - die hoch emotional geführten Kampagnen der letzten Abstimmungen spalteten Familien und Ehen. Die von dem dynamischen Nachwuchspolitiker Mario Dumont geführte *Action démocratique du Québec* (ADQ) mit derzeit vier von 125 Sitzen in der Nationalversammlung unterstützte 1995 die Souveränität, äußerte sich zu dieser Frage in letzter Zeit aber nicht mehr. Sie nähert sich den Vorstellungen der in Québec bisher bedeutungslosen Konservativen an: mehr Verantwortung des Bürgers, partieller Rückzug des Staates, Reform der Bürokratie, Verminderung der Staatsschulden, effizienterer Einsatz der nationalen Ressourcen, Lösung des im Vergleich zu Kanada in Québec noch bedrohlicheren Alterungsprozesses der Gesellschaft.

Andererseits bleiben Unzufriedenheit über die aus Québecer Sicht ungelöste Verfassungsfrage und der mehrheitliche Wunsch nach einem höheren Status. Wie die Geschichte zeigt, kann das Thema der Souveränität schnell aktuell werden. Hierfür spricht auch, dass sich die Jugend stets mehr als die ältere Generation für Souveränität und Unabhängigkeit begeistern ließ. Auch Meinungsführer wie frankophone Journalisten, Künstler etc. zeigten sich in der Vergangenheit besonders empfänglich für dieses Ziel. Hinzu kommen die zentrifugalen Tendenzen im Rest von Kanada. Die Westprovinzen (insbesondere das wohlhabende Britisch-Kolumbien und das ölfreiche Alberta) drängen auf zusätzliche Kompetenzen, lehnen aber Sonderrechte für Québec strikt ab. Die Verbindungen dieser Provinzen zu den USA haben zugenommen, eine (noch kleine) Minderheit der dortigen Einwohner liebäugelt ebenfalls mit Souveränität bzw. mit einem Anschluss an die USA. Sollten grundlegende Veränderungen im restlichen Kanada anstehen, würden sie zweifellos auch Rückwirkungen auf Québec haben.

Würde Québec einer Abspaltung des von Indianern und Inuit dünn besiedelten Nordens und der mehrheitlich von Anglo-Kanadiern bewohnten Gebietsstreifen im Westen zustimmen, so wäre ein Ja für die Unabhängigkeit in einem Referendum fast sicher. Doch wäre der Verlust der nördlichen Energiereserven und der westlichen Industriegebiete für die Wirtschaft fatal. Gestützt auf ein internationales völkerrechtliches Gutachten legte sich die Regierung von Québec daher auf die Unveränderbarkeit der Grenzen fest, bot Minderheiten für den Fall der Unabhängigkeit aber Autonomierechte an. Man orientiert sich am Geschichts- und Territorialprinzip und folgt damit der europäischen Praxis wie im Fall der Ex-Sowjetunion oder Ex-Jugoslawiens.

Zünglein an der Wage eines Referendums sind die gut 600.000 Einwanderer (mit ca. 8% der Bevölkerung etwa ebenso stark wie die anglophone Minderheit). Wegen zurückgehender Geburtenraten ist Québec, wie das restliche Kanada, auf Immigranten angewiesen und sieht sich heute als tolerante multikulturelle Gesellschaft mit dominierender frankophoner Kultur und Identität. Wie die vergangenen Abstimmungen gezeigt haben, neigen jedoch nur franko-

phone und lateinamerikanische Einwanderer zur Unabhängigkeit. Die Mehrheit der Immigranten, z.B. aus dem sonstigen Europa oder aus Asien, fühlt sich der englischsprachigen Kultur Kanadas nahe. Hinzu kommt eine psychologische Disposition: Auswanderer haben bereits eine folgenreiche persönliche Lebensentscheidung getroffen; sie suchen Stabilität, keine weiteren Veränderungen.

### Die Haltung des Auslandes in der Québecfrage

Wie vergleichbare Fälle zeigen, bevorzugt die internationale Staatengemeinschaft grundsätzlich den berechenbaren Status quo und sucht Staatsneubildungen zu verhindern. Können sich solche jedoch dauerhaft und auf demokratischer Grundlage etablieren, so folgt in der Regel schnell eine diplomatische Anerkennung.

Aktive Sympathien für Québecer Souveränitätsbestrebungen sind in erster Linie in Frankreich erkennbar. PQ-Politiker haben stets darauf gesetzt, dass auf eine Souveränitätserklärung die schnelle Anerkennung durch Frankreich und damit ein internationaler Durchbruch folgen würde, selbst im Fall einer rechtlich umstrittenen Loslösung von Kanada.

Jenseits von kolonialer Nostalgie wäre ein frankophoner Staat in Nordamerika als Brücke nach Gesamtamerika und Pendant zu den USA für Frankreich zweifellos attraktiv. Dem steht allerdings entgegen, dass sich die Québecer Unabhängigkeitspartei PQ links von der Mitte verortet, Sympathien im französischen Parteienspektrum aber vor allem von den rechts stehenden Gaullisten kommen. Die *Sozialistische Partei Frankreichs* hat sich in dieser Frage stets zurückhaltend bis ablehnend verhalten. Auch würde eine Loslösung Québecs dem französischen Konzept der unteilbaren Staatsnation widersprechen. Französische Politiker unterschiedlicher Parteien haben darauf hingewiesen, dass die offene Unterstützung Québecer Souveränität kaum mit der eigenen restriktiven Haltung gegenüber korsischen oder baskischen Unabhängigkeitsbestrebungen vereinbar wäre. Zudem ist Frankreich traditionell eng mit Kanada verbunden, das Alliiertes in zwei Weltkriegen war und zweimal auf französischem Boden gegen die Deutschen kämpfte. Nicht nur Québec, sondern auch Kanada ist Mitglied der *Francophonie*. Bei einer Loslösung Québecs würde Restkanada faktisch zu Anglkanada werden. Französisch würde dort wahrscheinlich den Status einer zweiten Amtssprache neben Englisch einbüßen. Die wenigen frankophonen Kanadier in Restkanada (rund 3% der Bevölkerung) würden einem starken Assimilierungsdruck ausgesetzt, selbst wenn sich der neue Nachbarstaat Québec zum Anwalt ihrer Rechte machen würde. Die Loslösung Québecs könnte zudem die zentrifugalen Kräfte im Westen Kanadas stärken und die Stabilität dieses Landes erschüttern. Aus den genannten Gründen dürfte Paris ein starkes Québec innerhalb des kanadischen Staatsverbundes einem unabhängigen Québec vorziehen.

Die USA verhalten sich offiziell neutral. Im Referendum von 1995 unterstützte die Regierung Clinton, wie später bekannt wurde, über ihren Botschafter in Ottawa jedoch sehr nachdrücklich die Haltung der Bundesregierung. Die USA zeigen sich an der Entstehung eines neuen, frankophonen Nachbarn nicht interessiert, zumal viele US-amerikanische Wirtschaftsunternehmen gleichzeitig in Québec wie im restlichen Kanada präsent sind und einheitliche Rahmenbedingungen vorziehen. In diesem Zusammenhang sei jedoch darauf hingewiesen, dass Abspaltungstendenzen in Kanada durchaus auch

lohnende Perspektiven für die USA eröffnen könnten: Ein Anschluss des boomenden British-Columbia an die USA wäre nicht nur für die benachbarten US-Bundesstaaten Washington, Oregon und Kalifornien attraktiv, sondern würde auch eine Landverbindung nach Alaska herstellen.

### Québec als internationaler Akteur

Québec ist mit einer Größe von 1,67 Mio. km<sup>2</sup> 4,5-mal so groß wie Deutschland, mit 7,5 Mio. Einwohner aber wesentlich dünner besiedelt. Die Bevölkerung konzentriert sich entlang des St. Lorenz-Stroms. Von seiner Wirtschaftskraft steht Québec an 20. Stelle der Welt. Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner entspricht demjenigen Deutschlands oder Spaniens. Die Wirtschaft wird heute von natürlichen Ressourcen (Bergwerksprodukte und Energie), dem Hochtechnologiesektor (Luft- und Raumfahrt, Informationstechnologie, Biotechnologie, pharmazeutische Industrie) und Dienstleistungen (70% des Bruttoinlandsproduktes) geprägt. Der Bundesstaat hat heute exklusive Kompetenzen in Bereichen wie dem Privatrecht, der Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, der Bildung, Kultur und der kommunalen Einrichtungen; er verwaltet die Gerichte, den



Seit dem 14. April 2003 wird Québec durch die *Parti Libéral* unter Premierminister Jean Charest regiert. Québec stellt sich heute als international akzeptierte, starke politische, wirtschaftlich und kulturell eigenständige kanadische Provinz dar.

überwiegenden Teil der öffentlichen Sicherheit und wählt eigenverantwortlich seine Immigranten aus. Weitere Kompetenzen wie Umwelt, Landwirtschaft und Transportwesen teilt er sich mit der Bundesregierung. Sowohl PQ- wie liberale Regierungen haben in den letzten Jahrzehnten die internationale politische, wirtschaftliche und kulturelle Präsenz Québecs gezielt ausgebaut. Premierminister Jean Charest (*Québecer Liberale Partei*) formuliert die Schwerpunkte folgendermaßen: „*Unsere Politik zielt auf die Entwicklung unserer internationalen Ausstrahlung ab. Sie bekräftigt die Freiheit Québecs, stark und selbstständig international zu agieren, und zwar überall dort, wo wir es für notwendig halten. (...) Sie verbindet unser Handeln mit einer kanadischen Position, die die Interessen Québecs stärker als bisher berücksichtigt.*“<sup>(1)</sup> Das Ministerium für Internationale Beziehungen und für die Francophonie ist auf Nord- und Lateinamerika, Westeuropa (mit Frankreich und Deutschland als Schwerpunkten), die frankophonen westafrikanischen Staaten sowie die asiatischen Industrieländer fokussiert und heute mit Generaldelegationen, Delegationen, Büros und Handelsvertretungen in

16 Staaten präsent. Kein anderer kanadischer Bundesstaat verfügt über ein vergleichbares Ministerium. Über 300 bilaterale Abkommen mit Staaten und Bundesstaaten in Bereichen wie Forschung und Entwicklung, Telekommunikation, Energie, Transport etc. sind in den vergangenen 40 Jahren in Kraft getreten. Québec ist Vollmitglied der *Francophonie*, die 105 Mio. Menschen auf fünf Kontinenten umfasst. Außerdem wirkt es infolge einer 2006 mit der Bundesregierung abgeschlossenen Vereinbarung an allen Aktivitäten und Konferenzen der UNESCO im Rahmen der kanadischen Delegation mit. Seit 2002 müssen alle wichtigen internationalen Vereinbarungen, die Québec betreffen, von der Québecer Nationalversammlung bestätigt werden, auch wenn sie von der kanadischen Bundesregierung abgeschlossen wurden. Über Partnerschaftsabkommen ist Québec mit vergleichbaren Regionen verknüpft, so schloss es 1989 ein Abkommen mit dem wirtschaftlich ähnlich strukturierten Freistaat Bayern. 2002 war Québec Mitgründer des institutionalisierten Partnerschaftsnetzwerkes auf vier Kontinenten mit Bayern, Oberösterreich, Westkap (Südafrika), Shandong (China) und São Paulo (Brasilien) und künftig Florida (USA). Zweifellos wäre auch ein unabhängiges Québec lebensfähig und könnte die vielfältigen Möglichkeiten als NAFTA-Mitglied und im Rahmen der WTO nutzen.

Unabhängig vom Ausgang eines eventuellen weiteren Unabhängigkeitsreferendums hat sich Québec als starke politische, wirtschaftliche und kulturelle Macht etabliert und wird international wahrgenommen. Ähnlich wie die Katalanen versteht sich die Mehrheit der Québecer parteiübergreifend als Nation. 1995 wurde der Regierungssitz Québec-Stadt zur „Nationalen Hauptstadt“ (*capitale nationale*) erklärt. Als einzige kanadische Provinz begeht Québec am 24.6. einen Nationalfeiertag, den Tag des Heiligen St. Jean-Baptiste (Beschluss der Québecer Nationalversammlung vom 19.12.2002). Wenn das restliche Kanada Mitte Mai den *Victoria Day* zu Ehren von Königin Viktoria feiert, begeht Québec den *Journée nationale des patriotes*, der an den niedergeschlagenen Aufstand von 1837/38 gegen die britische Kolonialmacht erinnert. Die 1948 eingeführte blau-weiße *Fleur-de-Lys* mit den bourbonischen Schwertlilien gilt als Nationalflagge.

Ob von der seit Januar 2006 amtierenden konservativen Bundesregierung unter Führung von Premierminister Stephen Harper verfassungsrechtliche Initiativen zu erwarten sind, ist offen. Im November 2006 imitierte er eine - eher symbolische - Parlamentsvorlage, die Québec als „Nation“ innerhalb Kanadas anerkannte. Angesichts der zahlreichen Misserfolge in der Vergangenheit scheuen alle kanadischen Politiker davor zurück, das heiße Eisen Verfassungsreform anzupacken. Der Weg, Veränderungen über Verfassungszusätze zu erreichen, ist unter den herrschenden Rahmenbedingungen äußerst schwierig. Der Québecer Minister für Kanadische Intergouvernementale Angelegenheiten Benoît Pelletier (*Québecer Liberale Partei*) propagiert die Etablierung eines „Rats der Provinzen“ zur gegenseitigen Konsultation, Diskussion und flexiblen Lösung von Problemen, zur Mitwirkung an internationalen Verträgen sowie zur Verbesserung der Beziehungen der Provinzen untereinander.<sup>12)</sup> Denn ein Schwachpunkt des kanadischen Föderalismus besteht darin, dass er im Unterschied zum deutschen oder österreichischen Föderalismus keine Länderkammer kennt. Die zweite Parlamentskammer, der Senat, ist vom britischen Oberhaus beeinflusst. Seine Mitglieder werden vom Generalgouverneur auf Vorschlag des kanadischen Premierministers ernannt.

Es bleibt zu hoffen, dass eine im Québecer wie im kanadischen Interesse liegende einvernehmliche und zukunftsfähige Lösung gefunden wird, die das jahrzehntelange unbefriedigende Patt beendet. ■

## ANMERKUNGEN:

- 1) F.W. Rudmin, A 1935 US Plan for Invasion of Canada. Queen's University Kingston, Ontario Canada, 1995. Internet-Dokument: <http://www.glasnost.de/hist/usa/1935invasion.html>.
- 2) Gemäß einer Umfrage von 1997 (Gebhard Schweigler: Nordamerika im Umbruch? Die politischen Auswirkungen von NAFTA in den USA, Kanada und Mexiko [= Stiftung Wissenschaft und Politik, unveröff. Manuskript SWP-S 432]. Ebenhausen 1999, S.197).
- 3) Zur Geschichte von Québec Karl Lenz (unter Mitarbeit von Rainer-Olaf Schultze): Kanada. Wissenschaftliche Länderkunden, Darmstadt 2001; Udo Sautter: Geschichte Kanadas, München 1992.
- 4) Auch der Name Québec geht auf ein indianisches Wort zurück: *gepeg*, d.h. Engstelle. Es bezeichnet die Verengung des St. Lorenz-Stroms auf Höhe der heutigen Stadt Québec.
- 5) David Krajicek: The Québec October Crisis. Internet-Dokument: [http://www.crimelibrary.com/terrorists\\_spies/terrorists/flq/index.html](http://www.crimelibrary.com/terrorists_spies/terrorists/flq/index.html); John Horvath: The Lessons of October. The lessons of October 1970 in Canada are still being played out, this time in the global arena, 5.10.2005. In: Teleopolis, 5.10.2006. Internet-Dokument: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/21/21083/1.html>.
- 6) Zur Entstehung der PQ und zu den Lösungsansätzen für das Québec-Problem: Mark Chevrier: der kanadische Föderalismus und das Autonomie-Problem der Provinz Québec: eine historische Perspektive (Hg. vom Ministère des Relations internationales). Québec-Stadt 1998; J. A. Lapone: Canada. The Case for Ethnolinguistic Federalism in a Multilingual Society. In: John Coakley: The Territorial Management of Ethnic Conflict. London, Portland/Oregon 2003, S. 23-44; Wendelin Eittmayer: Kanada und die transatlantische Sicherheit (= Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie Nr. 7). Wien 2001; James Ross Hurley: Canadian federalism: Idiosyncratic Characteristics, Evolution and Lessons Learned. In: Jürgen Rose/Johannes Ch. Traut (Hg.): Perspectives for the Transformation Process in Eastern and Central Europe (= George C. Marshall European Center for Security Studies 2). Münster/Hamburg/Berlin/London 2001, S.141-154; William Johnson: A Canadian Myth. Quebec, between Canada and the Illusion of Utopia. Montreal 1995; Martin Pabst: Politische Studien-Zeitgespräch mit Lucien Bouchard, dem Premierminister von Québec. In: Politische Studien. Zweimonatszeitschrift für Politik und Zeitgeschehen (Hg. von der Hanns-Seidel-Stiftung e.V.), München 52 (2001) Nr. 375, S.11-21; Gebhard Schweigler: Nordamerika im Umbruch? Die politischen Auswirkungen von NAFTA in den USA, Kanada und Mexiko (= Stiftung Wissenschaft und Politik, unveröff. Manuskript SWP-S 432). Ebenhausen 1999.
- 7) Eine Besonderheit der kanadischen Demokratie ist, dass auf Bundes-, Provinz- und Kommunalebene voneinander unabhängige Parteien agieren. Selbst bei verwandter Bezeichnung (z.B. Liberale Partei Kanadas, Liberale Partei von Québec) handelt es sich um organisatorisch verschiedene und programmatisch nicht deckungsgleiche Parteien.
- 8) Indianer und Inuit in Québec sind gegen eine Unabhängigkeit der Provinz, da sie der Ansicht sind, im Rahmen Kanadas ihre Interessen eher verwirklichen zu können als in einem noch stärker frankophon geprägten Staat Québec. Die Ureinwohner sprachen sich 1995 im Fall der Unabhängigkeit Québecs mehrheitlich für den Verbleib bei Rest-Kanada aus. Die Cree-Indianer stellen außerdem Anspruch auf 80% des Québecer Territoriums.
- 9) Die Einschätzung der aktuellen Entwicklungen stützt sich auf Gespräche des Vf. im Jahr 2005 mit Benoît Pelletier, Minister für Kanadische Intergouvernementale Angelegenheiten und Eingeborenen-Angelegenheiten (Liberale Partei von Québec), Daniel Turp (Abgeordneter der Parti Québécois; Sprecher der Offiziellen Opposition für Kultur und Wirtschaft) und Mario Dumont (Abgeordneter und Vorsitzender der oppositionellen Action démocratique du Québec). - Siehe auch Quebecs ewiger Traum der Unabhängigkeit, Neue Zürcher Zeitung vom 29./30.10.2005.
- 10) Hierzu ausführlich Daniel Turp: Nous, People Du Québec. Un projet de la Constitution du Québec. Boisbriand 2005.
- 11) Ministerium für Internationale Beziehungen und für die Frankophonie (Hg.): Die Internationale Politik von Québec. Die Stärke der konzertierten Aktion. Zusammenfassung. Québec-Stadt 2006, S.6.
- 12) Benoît Pelletier (Hg.): A Project for Québec. Affirmation, Autonomy and Leadership. Final Report. Special Committee of the Québec Liberal Party on the Political and Constitutional Future. Montreal, October 2001.

**Dr. Martin Pabst**

Geb. 1959; Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in München und Würzburg; 1988 Promotion zum Dr. phil.; Reserveoffizier; Forschungsaufenthalte in Lomé (Togo), London und Oxford; Lehrauftrag an der Universität Würzburg; seit 1992 Büro Forschung & Politikberatung in München; zahlreiche Buch- und Aufsatzveröffentlichungen.

# Rösselsprung

Romedio Graf von Thun-Hohenstein

Im Frühjahr 1944 sahen sich die deutschen Streitkräfte und ihre Verbündeten in Jugoslawien einer ständig wachsenden Partisanenarmee gegenüber, die vom OKW als „gut geführt, mit schweren Waffen ausgerüstet“ beurteilt wurde. Dem 1892 geborenen Generalsekretär der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, Josip Broz „Tito“,<sup>1)</sup> war es gelungen, eine Armee aufzustellen, die schließlich an Schlagkraft und Mobilität bald allen Bürgerkriegsgegnern auf dem jugoslawischen Kriegsschauplatz überlegen war. Deren Stärke betrug zehn Generalkommandos, mit jeweils etwa 10.000 bis 15.000 Mann geschätzt, gegliedert in 31 Divisionen von je 2.000-3.000 Mann und etwa 100 örtlichen Kampfgruppen. Demgegenüber standen die deutschen Kräfte mit der 2. Panzerarmee Generaloberst Lothar Rendulics, mit 11 Infanteriedivisionen, einer Kavalleriedivision und einer Gebirgsdivision, deren Gesamtstärke sich am 1. Juni 1944 auf 185.484 Mann belief.<sup>2)</sup> Der Name „Panzerarmee“ war irreführend, weil Rendulic weder über eine Panzer- noch über eine Panzergrenadierdivision verfügte. Hinzu kamen ein bulgarisches Armeekorps mit vier Divisionen sowie 50 Sicherungsbataillone, die jedoch unzureichend motorisiert und daher für eine bewegliche Kampfführung ungeeignet waren.

## Die allgemeine Lage und erste Vorbereitungen

Die Lage auf dem jugoslawischen Kriegsschauplatz im April 1944 zeichnete sich einerseits durch permanente Abwehrkämpfe in Dalmatien, Montenegro und Albanien gegen Partisanenverbände und alliierte Kommandounternehmen aus, während es andererseits den Deutschen in Serbien, Kroatien und Bosnien gelungen war, Titos Verbände nördlich und westlich der Drina zurückzudrängen. Die bevorstehende Invasion der Alliierten in Frankreich und die Tatsache, dass Tito mit seinem zweiten Versuch im April 1944,

sich in Serbien festzusetzen, vorerst gescheitert war, führte zu dem deutschen Plan, Titos Führungsorgane mitsamt den ausländischen Militärmissionen zu zerschlagen oder wenigstens lahm zu legen und dabei unter Umständen auch Tito selbst gefangen zu nehmen.<sup>3)</sup>

Vorangegangen war eine intensive Funkaufklärung, die schließlich im März 1944 Titos Hauptquartier im westbosnischen Drvar ausmachen konnte. Dies war durch den Einsatz eines Zuges der in Saloniki stationierten *Nachrichtenaufklärungsabteilung 4* möglich geworden.<sup>4)</sup> Dieser Zug unter dem Befehl von Hauptmann Wollny war im Sommer 1943 nach Belgrad verlegt worden und begann von dort mit der Überwachung und Entschlüsselung des Funkverkehrs der Partisanenverbände. Nach wenigen Monaten konnte praktisch der größte Teil des Funkverkehrs des Obersten Stabes entschlüsselt werden, ohne dass dies den deutschen Abhörspezialisten große Probleme bereitete. Schwierig war dagegen die Einpeilung der jeweiligen Standorte, weil die Partisanenverbände äußerst beweglich waren und die Peilung von „erdmagnetischen Störungen“ erschwert wurde. Weil Tito inzwischen aber nicht mehr von wechselnden, geheimen Basen, sondern von Drvar aus führte, konnte dort das Hauptquartier des Obersten Stabes eingepeilt werden. Außerdem hatte die deutsche Luftaufklärung in und um Drvar Markierungen für alliierte Versorgungsflüge und Absprungplätze festgestellt. Im Partisanengebiet eingeschleuste Agenten lieferten ebenfalls entsprechende Informationen.

Am 6. Mai 1944 „übermittelte“ Generalfeldmarschall Maximilian v. Weichs, der Oberbefehlshaber Südost, dem die *Heeresgruppen E* in Griechenland und *F* in Jugoslawien unterstanden, in einer Weisung der 2. Panzerarmee, sich für einen Vorstoß in den Raum Bugojno-Jajce-Banja Luka-Prijedor-Bihac'-Knin vorzubereiten. Am 9. Mai bekräftigte das OKW, dass ein Angriff auf Titos Hauptquartier die Chance böte, Titos Führungs- und Verwaltungsapparat zu lähmen oder sogar zu zerstören und darüber hinaus die alliierte



Im Frühjahr 1944 sahen sich die deutschen Streitkräfte mit einer ständig wachsenden Partisanenarmee in Jugoslawien konfrontiert. Geführt wurde diese Armee von Marschall Josip Broz Tito (hier mit seinem Stab). Unterstützung erhielt diese von den Alliierten.

Unterstützung vorübergehend zu unterbrechen. Offenbar trafen sich am 12. Mai im Hauptquartier des Panzerarmee-Oberkommandos 2 die Führungen des Armeekorps und der betroffenen Generalkommandos des *XV. Gebirgskorps*, des *V. SS-Gebirgskorps* und des Fliegerführers Kroatien zu einer Besprechung, um die Einzelheiten für das geplante Unternehmen, das den Namen „Rösselsprung“ erhielt, festzulegen. Entscheidend war dabei das Überraschungsmoment zu Beginn der Operation. Daher sollte zunächst das *SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500* über Drvar „unter starkem Einsatz der eigenen Luftwaffe und Inkaufnahme jeden Risikos abgesetzt werden mit dem Auftrag, in Verbindung mit frühzeitig in Volltarnung eingesetzten Teilen der Division ‚Brandenburg‘ das feindliche Führungszentrum auszuschalten“.<sup>5)</sup> Anschließend sollten Teile des im Raum Knin dislozierten *XV. Gebirgskorps* (Gen.d.I. Ernst von Leyser) sämtliche Zugänge nach Drvar mit fünf motorisierten Kampfgruppen abriegeln, die im Raum Drvar befindlichen Partisanenverbände binden bzw. niederkämpfen und schließlich die aus der Luft gelandeten Truppen entsetzen.

Die Einnahme von Drvar und die damit erhoffte Zerschlagung von Titos Führungsstab sollte das *SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500* unter SS-Hauptsturmführer Rybka durchführen. Dieses Bataillon gehörte zu den so genannten „Bewährungseinheiten“ der Waffen-SS, und sein Personal rekrutierte sich überwiegend aus Angehörigen des Strafvollzugs lagers der SS und Polizei Danzig-Matzkau.<sup>6)</sup> Das Bataillon war gemäß Verfügung des SS-Führungshauptamts vom 6.9.1943 in Chlum/Böhmen zunächst ausschließlich zur so genannten „Bandenbekämpfung“ aufgestellt worden und hatte im Mai 1944 die Nummer 500 erhalten. Allerdings wurde diese Einheit erst nach einer Direktintervention des Wehrmachtsführungsstabes von Himmler für dieses Unternehmen freigegeben.



Schließlich konnten die Deutschen im März 1944 Titos Hauptquartier im westbosnischen Drvar (Bild) ausmachen. Am 25. Mai 1944 sollte dann die deutsche Militäroperation *Rösselsprung* erfolgen. Ziel war die Gefangennahme Titos und die Zerschlagung der Militärführung.

Die Vorbereitungen für das Unternehmen *Rösselsprung* liefen relativ schnell an. Die Bereitstellung der Kräfte für das geplante Unternehmen konnte offenbar nur unter „rücksichtsloser Entblößung anderer Gebiete“ erfolgen.<sup>7)</sup> Diese Kräfte sollten aus dem zur

7. *SS-Gebirgs-Division* „Prinz Eugen“<sup>8)</sup> gehörenden *Gebirgsjäger-Regiment 13*, dem zum Heer gehörenden *Grenadier-Regiment (mot.) 92*, dem 4. *Regiment* der Division „Brandenburg“ und der *Panzer-Abteilung 202* aus der operativen Reserve des Oberbefehlshabers Südost, einer regimentsstarken Kampfgruppe der kroatischen *373. Infanteriedivision* mit dem Stab, dem *II. und III. Bataillon* des *384. I.R.* und der *Aufklärungsabteilung 373* sowie schließlich dem *SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500* bestehen.<sup>9)</sup> Die Deutschen waren dabei um größtmögliche Geheimhaltung bemüht, doch bildeten der Funkverkehr zwischen dem OKW, dem Oberbefehlshaber Südost und der 2. *Panzerarmee* und die Aufklärungsflüge in niedriger Höhe ein Risiko, weil der Gegner daraus Rückschlüsse für das deutsche Angriffsziel ziehen konnte. So hatte die britische Funkaufklärung in Bletchley Park durch die Entschlüsselung des deutschen Funkverkehrs zwar von einer in Kürze bevorstehenden Operation erfahren, die den Decknamen *Rösselsprung* trug, besaß aber keine Hinweise auf den Ort und den Umfang dieser Operation.<sup>10)</sup> Erst als am 23. Mai ein deutsches Aufklärungsflugzeug in niedriger Höhe mehrmals über Drvar flog, kam Oberstleutnant Vivian Street, der in Abwesenheit von Brigadier Fitzroy Maclean als Chef der britischen Militärmission fungierte, zu dem Schluss, dass ein schwerer Luftangriff auf Drvar bevorstehe, und übermittelte Tito seine Befürchtungen. Zugleich verlegte Street vorsorglich das Hauptquartier der britischen Militärmission.<sup>11)</sup>

## Die geplante Kampfführung

Das *SS-Fallschirmjägerbataillon 500* hatte inzwischen am 20. Mai den Befehl erhalten, sich auf einen Angriff aus der Luft vorzubereiten, Ziel und Zeitpunkt des Einsatzes blieben bis wenige Stunden vor Beginn geheim. Am 21. Mai befand sich das Bataillon in seinen Bereitstellungsräumen bei Kraljevo, Befehle wurden nur persönlich durch Offiziere überbracht, Rang- und Einheitsabzeichen wurden entfernt, Soldbücher abgelegt, während die Soldaten ihre Fallschirmjäger-Kampfanzüge gegen Infanterieuniformen auswechselten. Am gleichen Tag wurde die Operationsplanung vom OKW genehmigt und der Korpsbefehl erteilt. Die endgültigen Einsatzbefehle für die Fallschirmjäger ergingen am 23. Mai, sie wurden den Soldaten jedoch erst auf den Flugplätzen bekannt gemacht. Die Luftwaffe stellte für den Transport 40 *Ju-52* und eine Anzahl Lastensegler zur Verfügung, die von *Ju-87* oder *Hs-126* gezogen wurden. Außerdem standen zur Erdkampfunterstützung die *II./JG 51* (II. Gruppe/Jagdgeschwader 51) und *I./StG 2* (I. Gruppe/Stukageschwader 2) zur Verfügung, die jedoch von anderen Fronten abgezogen werden mussten.<sup>12)</sup> Als X-Tag wurde der 25. Mai festgelegt, neueste Luftaufnahmen von Drvar bezeichneten das Ziel. Weil weder die verfügbaren *Ju-52* noch die Lastensegler das gesamte Bataillon jeweils allein

transportieren konnten, wurden drei Gruppen gebildet. 314 Mann sollten aus den *Ju-52* mit dem Fallschirm abspringen und die Stadt einnehmen, 340 Mann sollten mit den Lastenseglern ausgewählte Objekte angreifen, und 220 waren für die Landung bzw. den Absprung in einer 2. Welle vorgesehen. Hinzu kamen einige

Die jugoslawischen Kräfte in Drvar waren nicht so stark, wie man angesichts der Tatsache, dass sich Titos Hauptquartier sowie die drei alliierten Militärmissionen dort befanden, erwarten konnte. Tito residierte aus Furcht vor deutschen Luftangriffen meist in einer Höhle, die sich im Inneren des „Höhenzuges



Bild nur im  
Heft verfügbar

BERNARD & GRAEFE VERLAG

Zunächst sollte das *SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500* über Drvar abgesetzt werden und gemeinsam mit Teilen der *Division Brandenburg* das feindliche Führungszentrum ausschalten. Für die Absetzung des *Fallschirmjäger-Bataillon 500* wurden *Junkers Ju-52* (Bild) vorgesehen.

bosnische Hilfstruppen, Angehörige der *Division Brandenburg* sowie weitere Spezialkräfte wie Dolmetscher und Funker. Jeder Soldat erhielt ein Foto von Tito, der möglichst lebendig gefangen genommen werden sollte, andernfalls aber zu erschießen war. Dafür sollte jedes Risiko eingegangen werden. Die 340 Mann in den Lastenseglern waren in sechs Gruppen gegliedert, wobei der 110 Mann starken Gruppe „Panther“ die Aufgabe zufiel, die „Zitadelle“ zu nehmen, in der man Titos Stab und vielleicht auch Tito selbst vermutete. Rybkas Befehl dazu lautete: „*Schwerpunkt des Handelns für alle Teile des Bataillons ist der Oberste Stab Titos. Sobald bekannt ist, wo sich der Stab befindet, haben alle Teile des Bataillons, die in der Nähe dieses Hauptzieles gelandet sind, unaufschiebbar und rücksichtslos vor allem den Obersten Stab Titos auszuschalten. Wichtige Persönlichkeiten sollen nach Möglichkeit lebend in unsere Hand fallen.*“<sup>13)</sup>

„Greifer“ mit 40 Mann sollte die Angehörigen der britischen, „Stürmer“ mit 50 Mann die der sowjetischen und „Brecher“ mit ebenfalls 50 Mann die der amerikanischen Militärmission gefangen nehmen. „Draufgänger“ mit 70 Mann sollte die Funkstation einnehmen, während „Beißer“ mit nur 20 Mann gemeinsam mit „Greifer“ gegen die britische Militärmission vorgehen sollte. Die zum Absprung vorgesehenen Fallschirmjäger teilten sich in die Gruppen „Blau“, „Grün“ und „Rot“, deren Stärken 100 bzw. 95 und 85 Mann betragen, und sollten den Ort Drvar erobern und mögliche Ausbruchversuche des Gegners verhindern. Wegen des erwarteten Feindwiderstandes sollte die 2. Welle so früh wie möglich abgesetzt werden.<sup>14)</sup>

Am 24. Mai um 18:30 Uhr hatten die Kampfgruppen der 2. Panzerarmee bei Knin, Srb und Bihac unter größtmöglicher Geheimhaltung ihre Ausgangsstellungen bezogen. Die Entfernungen nach Drvar betragen 65 km (Knin) bzw. 25 km und 29 km (Srb bzw. Bihac). Die 7. *SS-Gebirgsdivision* riegelte am Morgen des 25. Mai sämtliche Verbindungsachsen nach Drvar ab, das über drei Straßen und eine Eisenbahnlinie erreichbar war. All dies geschah offenbar unbemerkt von der alliierten Luftaufklärung.

befand, der den Ort Drvar von allen Seiten umgibt“.<sup>15)</sup> Diese war von einer erst im März aufgestellten Ingenieurs-Brigade ausgebaut worden, die auch vor dem Eingang eine Holzbaracke errichtet hatte. Zunehmende deutsche Bombenangriffe und die Annahme eines möglicherweise bevorstehenden deutschen Angriffs ließen Tito häufig in eine zweite Höhle in 6 km Entfernung ausweichen, wo er tagsüber arbeitete, während die Mitglieder des Führungsstabes weiterhin in Drvar blieben.<sup>16)</sup> In Drvar selbst befanden sich außer den zwei Bataillonen der Ingenieurs-Brigade, die völlig unzureichend bewaffnet waren, 137 Offizierschüler, 816 Delegierte des Zweiten Kongresses der Antifaschistischen Jugend Jugoslawiens, ca. 200 Zivilisten und die 350 Mann von Titos Begleitbataillon. Da erst am 15. Mai die 3. *Brigade* der 6. *Proletarischen Division* aus der Stadt herausgezogen und in das Gebiet westlich von Drvar verlegt worden war, kam v.a. dem aus vier Zügen bestehenden Begleitbataillon die Verteidigung im Falle eines deutschen Angriffs zu.<sup>17)</sup> Nennenswerte Flugabwehrwaffen besaßen Titos Verbände nicht, lediglich der 4. Zug des Begleitbataillons verfügte über sechs Flugabwehr-MGs. Es existierten um Drvar außerdem drei provisorische Landebahnen, die britische Militärmission, eine amerikanische Mission westlich Drvars und eine sowjetische 1,6 km nordwestlich der Stadt. Entscheidend war jedoch, dass die Deutschen nicht wussten, wo sich Titos Hauptquartier befand.<sup>18)</sup>

## Der Angriff

Am 25. Mai um 06:30 Uhr<sup>19)</sup> griffen zunächst zwei *Fw-190*-Jäger mit Bordkanonen an, gefolgt von 15 *Ju-87*-Sturzkampfbombern, die Ziele in der Stadt und v.a. vermeintliche Fla-Stellungen bombardierten, wobei die Funkverbindungen von Titos Hauptquartier zerstört wurden und lediglich die Telefonverbindungen zum 5. *Korps* und zur 1. *Division* intakt blieben.<sup>20)</sup> Noch bevor diese Angriffe beendet waren, erschienen gegen 07:00 Uhr die *Ju-52* der ersten Welle, die zunächst in 1.700 m Höhe den in der Anflugrichtung vor Drvar liegenden Höhenzug überfliegen

mussten, um dann anschließend mit gedrosseltem Motor auf die Absprunghöhe von etwa 120-150 Metern zu gehen. Die drei Gruppen der 314 Mann starken ersten Welle sprangen planmäßig ab, bei „Rot“ befand sich auch der Kommandeur mit dem Bataillonsstab. Absprung, Landen, Lösen vom Schirm, Aufnahme der

wurden. Einige ließ man frei, wie z.B. einen örtlichen Kommandeur der *Tschetniks*, der nationalserbischen Partisanenbewegung Draza Mihailovics', die 1943 von den Alliierten fallen gelassen worden war und nun gelegentlich mit den Deutschen Stillhalteabkommen aushandelte und zuweilen gemeinsam mit ihnen gegen



Bild nur im  
Heft verfügbar

BERNARD & GRAEFE VERLAG

Da nicht genügend *Junkers Ju-52* zur Verfügung standen, musste ein Teil des Bataillons mit Lastenseglern (hier vom Typ *DFS 230*) zur Absprungstelle gebracht werden. Gezogen wurden diese Lastensegler...

abgeworfenen Waffen, Orientierung und Sammeln an den vorher bezeichneten Treffpunkten nahmen etwa 15 Minuten in Anspruch, worauf die Fallschirmjäger sofort zum Angriff übergingen. Weitere 340 Mann wurden mit Lastenseglern gelandet, die jeweils zehn Mann einschließlich des Piloten und die schwere Ausrüstung wie Mörser, so genannte „Ofenrohre“, schwere MGs, Explosivstoffe und Flammenwerfer transportierten. Bis 07:45 Uhr war die Landung, unterstützt von Luftangriffen, erfolgreich geglückt, wenn auch unter spürbaren Verlusten. Während die Fallschirmjäger Ausfälle durch das rasch einsetzende Abwehrfeuer der Partisanen, durch eigene Luftangriffe und Verletzungen bei der Landung erlitten, trafen die schwersten Verluste die Lastensegler, von denen drei bei der Landung zerstört wurden. Einige wurden schon in der Luft getroffen, während andere von den Schleppflugzeugen zu früh ausgeklinkt wurden und daher nicht an den vorgesehenen Punkten landeten.

Der deutsche Hauptstoß richtete sich gegen die Stadtmitte, die von den Partisanen erbittert verteidigt wurde; sie wurden von Delegierten des kommunistischen Jugendkongresses und Zivilisten, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden, unterstützt. Besonders heftig waren das Gebäude des Bezirkskomitees des Kommunistischen Jugendverbandes und der Radiosender umkämpft, dessen sämtlichen Verteidiger fielen oder erschossen wurden. Gegen 08:45 Uhr hatten die Deutschen den letzten Widerstand der Partisanen gebrochen, und um 09:00 Uhr war Drvar komplett in ihrer Hand, ohne dass sie Titos Hauptquartier lokalisieren konnten.<sup>21)</sup>

Die Fallschirmjäger hatten ungefähr 400 Gefangene gemacht, die nun von den Brandenburgern und Abwehrmännern vernommen

die Kommunisten kämpfte. Die Männer des SS-Bataillons gingen mit allergrößter Härte vor. Wer noch Widerstand leistete, wurde erschossen, ebenso erschossen sie offenbar sämtliche Bewohner der Häuser, in denen die alliierten Missionen untergebracht waren. Die Gefangenen wurden zum Teil zum Verwundetentransport und zum Schleppen von Munition gezwungen, wobei die Verwundeten zum Friedhof gebracht wurden. Gleichzeitig bezog der Bataillonsgefechtsstand im Zentrum von Drvar Stellung. Beim Durchkämmen der Stadt auf der Suche nach versteckten Partisanen wurden nach jugoslawischen Angaben zahlreiche Zivilisten ermordet, darunter auch Frauen und Kinder.<sup>22)</sup>

### Jagd auf Tito und Einsatz der zweiten Welle

Rybka stand nun vor der Frage, ob Tito unter den Toten oder Gefangenen zu suchen war oder sich womöglich an einem anderen Ort aufhielt. Tito hatte jedoch die Nacht in einer Art Hütte in der Nähe der Höhle verbracht und sich in den Höhlenkomplex zurückgezogen, als der deutsche Angriff begann. Ihn begleiteten einige Mitglieder seiner Leibwache, seine damalige Geliebte Zdenka und sein Schäferhund. Nachdem einige weitere Mitglieder seines Stabes eingetroffen waren, darunter Kardelj und Milutinovic, war diese Gruppe auf zwölf Männer und acht Frauen angewachsen.<sup>23)</sup> Die ersten dort auftauchenden Deutschen gerieten sofort in das Abwehrfeuer von Titos Bewachern, worauf Rybka durch den dort aufflammenden Gefechtslärm zu dem Schluss kam, dass es sich hier um ein besonderes Objekt, möglicherweise Titos Hauptquartier, handeln könnte. Gegen 10:30 Uhr setzte Rybka daraufhin zwei Gruppen seiner Männer nördlich der Stadt am Fuße der dortigen Bergformationen gegen das hier vermutete Führungszentrum

der Partisanen an.<sup>24)</sup> Unter dem Feuerschutz eines schweren MG kämpfte sich eine Gruppe langsam gegen heftiges Abwehrfeuer von Titos Stab und seinem Begleitbataillon über einen engen Pfad Richtung Eingang der Höhle vor. Schließlich blieb jedoch dieser Annäherungsversuch im Abwehrfeuer der Partisanen liegen, die durch das Eingreifen der Offiziersschüler verstärkt wurden, worauf sich die Deutschen zurückzogen und den Höhlenkomplex mit MG und Granatwerfern unter Feuer nahmen. Die ganze Zeit über flog die Luftwaffe Angriffe mit Jägern und Bombern, die jedoch teilweise unterbrochen werden mussten, wenn es zu einer engen Verflechtung der Kämpfenden kam.

Bereits gegen 09:30 Uhr hatten jedoch die ersten Gegenangriffe der umliegenden Partisaneneinheiten begonnen, während Rybka versuchte, die Angreifer niederzuhalten und deshalb Teile des Bataillons außerhalb der Stadt durch die dortigen Weizenfelder gegen die bewaldeten Höhen im Südwesten Drvars vorgehen ließ, die von eingegrabenen Einheiten der Partisanen gehalten wurden. Gegen 11:50 Uhr erschien die zweite Welle mit 20 *Ju-52* und mehreren Lastenseglern, die südlich von Drvar landeten. Diese Maschinen stießen auf wesentlich stärkeres Abwehrfeuer als die erste Welle und erlitten während der Landung Verluste in der Luft und am Boden. Rybka setzte die zweite Welle ebenfalls gegen die Höhen südwestlich der Stadt an, doch der Angriff kam hier bald zum Erliegen.<sup>25)</sup>

Gegen Mittag begann die Situation kritisch zu werden, als drei Bataillone der 3. *Brigade* der 6. *Lika-Division* die Deutschen einzukesseln begannen.<sup>26)</sup> Zugleich hatte man von Titos Hauptquartier aus telefonisch dem 5. *Korps* und der 1. *Division* befohlen, die aus dem Raum Bihac und Jajce gegen Drvar vorrückenden deutschen Einheiten mit allen Mitteln zum Stehen zu bringen. Um 16:00 Uhr befand sich das Bataillon im schwersten Abwehrkampf gegen stark überlegene Partisanenkräfte; im Nahkampf wurden die Partisanen immer wieder zurückgeworfen, sie hatten jetzt jedoch die Einschließung beinahe vollendet. Zu diesem Zeitpunkt war es weder gelungen, Tito, seinen Stab oder die alliierten Militärmissionen aufzuspüren oder gefangen zu nehmen. Angesichts dieser Lage befahl Rybka den Rückzug der noch kampffähigen Kräfte des Bataillons Richtung Friedhof, um sich dort zur Verteidigung einzurichten. Während das Bataillon sich kämpfend zurückzog, wurde Rybka um 18:00 Uhr schwer verwundet und daraufhin mit dem *Fieseler Storch*, der eigentlich für Titos Abtransport dienen sollte, ausgeflogen.<sup>27)</sup>

### Weitere Lageentwicklung

Nachdem kurz darauf auch der stellvertretende Bataillonskommandeur gefallen war, übernahm Hauptmann Bentrup, ein dem Bataillon zugeteilter Fallschirmjägeroffizier, das Kommando. Bentrup ließ das Bataillon sich hinter der Friedhofsmauer eingraben und Stellung zur Rundumverteidigung beziehen. Mit dem Beginn der Dämmerung verstärkten sich die Angriffe der Partisanen, nun

auch unterstützt vom 4. *Bataillon* der 3. *Brigade*, das erst später in den Kampf eingreifen konnte. Weil die Partisanen die deutsche Luftwaffe nicht mehr zu fürchten hatten, erreichten die Angriffe in der Nacht ihren Höhepunkt, als Elemente der 9. *Dalmatinischen Division* in die Kämpfe eingriffen.<sup>28)</sup> Die Reste des Bataillons befanden sich zusammengedrängt auf dem Friedhof. Zwischen den Gräbern lagen Verwundete und zahlreiche Gefangene, Nahrung und Arzneimittel gab es kaum noch, ebenso fehlte es an Wasser. Dennoch wurden sämtliche Angriffe der Partisanen abgewehrt, die inzwischen ein Vielfaches der deutschen Kräfte erreicht hatten, eine durch die Mauer eingebrochene Gruppe wurde im Gegenstoß vernichtet.

Währenddessen versuchte man immer noch Klarheit über den Verbleib Titos zu gewinnen und kam nach weiteren Vernehmungen zu dem Ergebnis, dass dieser entkommen sein musste. Tatsächlich hatten Tito und sein engster Stab bereits gegen 11:15 Uhr ohne große Verluste, lediglich ein Mitglied seiner Leibwache fiel, durch einen getarnten Ausgang die Höhle verlassen<sup>29)</sup> und sich „*einer oberhalb der Höhle kämpfenden Partisanengruppe unter Führung Rankovics*“<sup>30)</sup> angeschlossen, wobei das Hauptproblem die zeitweilig in Hysterie verfallende Geliebte Zdenka darstellte. Nach einem



... von *Junkers Ju-87* und *Henschel Hs 126* (Bild). Die mit den Lastenseglern transportierten Truppenteile waren in sechs Gruppen eingeteilt und mit unterschiedlichen Aufgaben betraut.

Marsch über 15 km stieß man in Potoci auf die dort nach und nach eintreffenden Mitglieder der alliierten Missionen, die sich ebenfalls dorthin durchgeschlagen hatten.<sup>31)</sup> Die Gefahr war jedoch für Tito und seinen Stab nicht vorüber, denn „in Volltarnung“ operierende Jagdkommandos durchkämmten noch das Gelände entlang der vermuteten Fluchtwege. Außerdem hatte Tito keine Verbindung zu seinen Einheiten, die Partisanenbewegung war damit kurzfristig führungslos.

Um 04:30 Uhr zogen sich jedoch die Partisanen zurück, um beim Hellwerden nicht von der deutschen Luftwaffe überrascht zu werden. Diese griff bereits um 06:00 Uhr die sich zurückziehenden Partisanen mit mehreren Jagdbombern an. Um 07:00 Uhr erschienen zwölf *Ju-52* und warfen v.a. die bitter benötigte Munition ab.<sup>32)</sup>

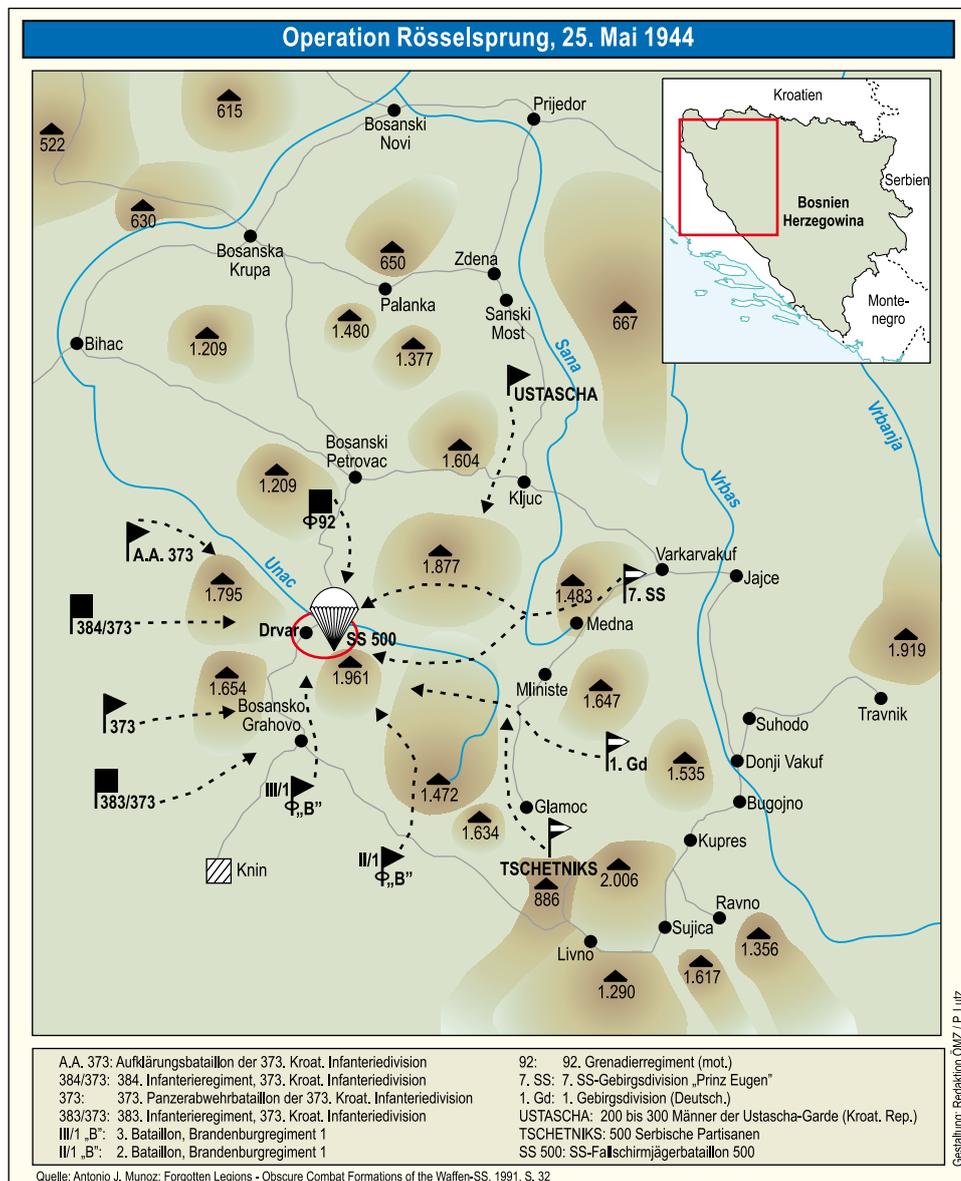
Die Briten hatten inzwischen mehrere Nachrichten über die Vorgänge in Drvar erhalten. Sie ließen erkennen, dass neben der erfolgten Luftlandung ein konzentrischer deutscher Stoß auf Drvar

im Gange war: „Concentrations reported above are at points in a large circle roughly 70 miles in diameter around Partisan Headquarters.“<sup>33)</sup> Es wurde rasch klar, dass sich Tito und seine Führungsgruppe in großer Gefahr befanden, erschwerend kam hinzu, dass Tito nach der Flucht aus Drvar keinen Kontakt mehr zu seiner Partisanenarmee hatte. Titos Gruppe besaß nur ein einziges intaktes Funkgerät, das Hauptmann Hilary King, der Nachrichtenoffizier der britischen Militärmission, mit sich führte.<sup>34)</sup>

aber die Reste der in Drvar kämpfenden SS-Fallschirmjäger am 26. Mai gegen 07:00 Uhr Funkkontakt zu Teilen der *Aufklärungseinheit* 373 hergestellt hatten, gelang es schließlich um die Mittagszeit am 26. Mai Teilen der kroatischen 373. *Infanteriedivision* und des *Gren.Rgt. (mot.) 92*, das Fallschirmjägerbataillon zu entsetzen.<sup>38)</sup> Zu diesem Zeitpunkt besaß das Bataillon, das mit 874 Mann am Vortag gelandet war, nur noch 250 kampffähige Männer. Offenbar

besaß man nach wie vor keinerlei Informationen darüber, dass Titos Lage weiterhin durchaus prekär war. Der Führer der Partisanenarmee befand sich mit den wichtigsten Mitgliedern seines Stabes und den Mitgliedern der Militärmissionen weiterhin auf der Flucht, wobei die einzige Verbindung zur Außenwelt das Funkgerät Hauptmann Kings darstellte.<sup>39)</sup> Hätten die deutschen Truppen energisch die Verfolgung der Partisanen betrieben, dann wäre ihnen Tito womöglich doch noch in die Hände gefallen, denn am 1. Juni kam es zu einem kurzen Gefecht zwischen deutschen Truppen und der noch auf der Flucht befindlichen Gruppe des Obersten Stabes, ohne dass diese von deutscher Seite erkannt worden wäre.<sup>40)</sup> Ein Grund dafür dürfte die Tatsache gewesen sein, dass viele Einheiten nur selten die Marschstraßen verließen, wie es im Erfahrungsbericht über *Rösselsprung* heißt. Dies galt etwa für das *Gren.Rgt. (mot.) 92*: „Die früheren Erfahrungen scheinen sich zu bestätigen, wonach das Rgt. ungern ins Gelände geht, dadurch den Feind nie wirklich packt. Zweifellos ist das Rgt. durch seine fast pausenlosen Einsätze abgestumpft, setzt sich nicht voll ein, tritt aber der Bevölkerung gegenüber schroff auf.“<sup>41)</sup> Über das 1. Regiment *Brandenburg* wird berichtet, dass es sich im infanteristischen Einsatz „an keiner Stelle dem Feind gegenüber durchgesetzt habe“.<sup>42)</sup> Durch das „Kleben“ auf den Straßen wiederum erhöhte sich die Gefährdung gegen-

über den Luftangriffen der MAAF, deren Jagdbomber v.a. den deutschen Radfahrzeugen und hier besonders den LKW schwere Verluste zufügten.<sup>43)</sup>



Man entschloss sich daher, den Partisanen trotz der starken Bindung der eigenen Kräfte in Italien und Südfrankreich jede nur mögliche Luftunterstützung durch die MAAF (*Mediterranean Allied Air Force*) zu gewähren,<sup>35)</sup> und noch am 26. Mai griffen 36 *B-17 Flying Fortress*, die von 22 *P-38 Lightning* begleitet wurden, deutsche Verbände bei Bihac an, während Jäger und Jagdbomber taktische Luftnahunterstützung für die Partisanenverbände ebenfalls im Raum Bihac flogen.<sup>36)</sup> Diese Einsätze sollten sich in den nächsten Tagen noch wesentlich steigern und erreichten ihren Höhepunkt am 29. Mai, als 294 *B-24*, begleitet von 88 *Lightnings* Versorgungseinrichtungen und Truppenkonzentrationen, wiederum im Raum Bihac und Bosanski Krupa mit 481 Tonnen Bomben belegten, während zahlreiche *Lightnings*, *Hurricanes* und *Spitfires* die gegen Drvar vorrückenden Kolonnen im Raum Knin/Bihac angriffen.<sup>37)</sup> Nachdem

### Alliierte Gegenmaßnahmen

Während die deutsche Führung mit *Rösselsprung* die letzte Möglichkeit vergeben hatte, der Partisanenbewegung Titos einen entscheidenden Schlag zu versetzen, hatten die Briten sofort die Gefahr begriffen, die Tito drohte, und reagierten mit zwei Sofortmaßnahmen. Die erste war die massive unmittelbare Luftunterstützung für die Partisanen, die auch für die Deutschen eine völlig neue Dimension erreichte.<sup>44)</sup> Allein bis zum 1. Juni flog die MAAF über 1.000 Einsätze zur direkten Unterstützung der Partisanen.<sup>45)</sup> Dass am 1. Juni außerdem die *Balkan Air Force* (BAF) aufgestellt

wurde, hing nicht direkt mit *Rösselsprung* zusammen, stellte aber eine erhebliche Verschlechterung der militärischen Lage für die Deutschen dar, wenn man sich vor Augen hält, dass die BAF bis zum 8. Mai 1945 21.837 Einsätze flog.<sup>46)</sup>

Die zweite Maßnahme war ein Landungsunternehmen gegen die Insel Brac mit einem starken Kontingent britischer Truppen von über 1.000 Mann, bei dem sich auch ca. 100 US-Soldaten befanden, die von 2.500 Mann der Partisanentruppen der Volksbefreiungsarmee unterstützt wurden. Dieser Landungsversuch scheiterte jedoch unter hohen Verlusten an der erbitterten Gegenwehr der unterlegenen deutschen Besatzung.<sup>47)</sup> Die Hoffnung auf einen Abzug von Kräften, die bei *Rösselsprung* eingesetzt waren, erfüllte sich jedoch nur kurzfristig, weil ein Bataillon der 7. SS-Gebirgs-Division, das nach Beginn des Landungsunternehmens zur Verstärkung der Inselbesatzung befohlen worden war, noch angehalten werden konnte.<sup>48)</sup>

Inzwischen hatte sich die Lage Titos jedoch entscheidend verändert, denn General Kornejew, der Chef der sowjetischen Militärmission bei Tito, hatte offenbar am 31. Mai den Vorschlag gemacht, dass Oberstleutnant Street mit dem noch intakten Funkgerät nach Bari funken sollte, eines der dort stationierten sowjetischen Flugzeuge sollte entsandt werden, um die sowjetische Militärmission auszufliegen; Kornejew schlug Tito vor, sich ihm anzuschließen. Er hatte in Stalingrad ein Bein verloren, und die Flucht mit Titos Oberstem Stab hatte ihm erheblich zugesetzt. Tito zögerte jedoch zunächst bei der Vorstellung, Jugoslawien zu verlassen, während Street erklärte, dass er von Bari aus sofort nach Vis gebracht werden könnte, um dort sein neues Hauptquartier einzurichten. Am 3. Juni stimmte Tito diesem Vorschlag schließlich zu. Noch am gleichen Abend landete eine sowjetische *Dakota*, von sechs US-Maschinen begleitet, auf dem Flugfeld von Kupresko Polje. Tito, einige Mitglieder des Obersten Stabes, seine Geliebte, der Hund, Kornejew und Street flogen mit der sowjetischen *Dakota* nach Bari, die restlichen 74 Mann seines Stabes, der Leibwache und der alliierten Militärmissionen sowie 118 verwundete Partisanen nahmen die Amerikaner auf. Am 6. Juni fuhr Tito an Bord des britischen Zerstörers *HMS Blackmore* mit seinem Stab nach Vis, worauf der britische Premierminister Churchill als Reaktion auf *Rösselsprung* etwas pathetisch erklärte, dass Vis bis zum letzten Mann verteidigt werden müsse.<sup>49)</sup> Dies sollte sich als unnötig erweisen, denn die Deutschen unternahmen keinen weiteren Versuch, Tito auszuschalten. Ob die Gefangennahme oder gar der Tod Titos eine entscheidende Veränderung zu Gunsten der Deutschen auf dem jugoslawischen Kriegsschauplatz bewirkt hätte, ist eher fraglich. Wohl eher hätte sein Ausfall Auswirkungen auf die Nachkriegsordnung in Jugoslawien gehabt.<sup>50)</sup>

## Zusammenfassung und Lehren

Die Lehren aus „Rösselsprung“ sind leicht zu ziehen:

Das eingesetzte Fallschirmjäger-Bataillon entsprach wohl den militärischen Erwartungen, wurde aber auch ohne Rücksicht auf Verluste eingesetzt und war nach dem Einsatz praktisch aufgerieben. Allerdings wurde das Bataillon eher schematisch geführt, denn die Tatsache, dass Rybka mehr seinem taktischen Einsatzplan als der sich entwickelnden Lage folgte, ist nicht von der Hand zu weisen.<sup>51)</sup>

Die starke Konzentration auf das Objekt „Zitadelle“, in der man ursprünglich Titos Stab vermutete, hat möglicherweise die entscheidende Umgruppierung und Konzentration aller Kräfte auf die Höhle, in der sich Tito befand, verhindert. Dabei ist zu berücksichtigen,

dass Fallschirmjäger nur bis zur erfolgten Landung flexibel sind, danach ist ein Neuanfang auf Grund einer veränderten Gefechtslage nur relativ langsam möglich. Immerhin hätte die Möglichkeit bestanden, die zweite Welle umzudirigieren und so abzusetzen, dass sie die um die Höhle konzentrierten Kräfte im Rücken hätte fassen können. Dass Rybka bereits in seinem Einsatzbefehl an das Bataillon die Anwesenheit Titos als eher fraglich einstufte, könnte eine Erklärung dafür sein, dass er erst spät die Bedeutung der von den Partisanen so erbittert verteidigten Höhle erkannte. Unklar ist, ob er Titos Anwesenheit dort für möglich hielt.<sup>52)</sup>

Den Deutschen gelang es am 25. Mai, die Luftherrschaft über dem Einsatzraum zu sichern; für den Zeitraum 25./26. Mai werden 440<sup>53)</sup> Einsätze angegeben. Angesichts der Tatsache, dass die weit überlegenen Luftstreitkräfte der MAAF vom 26. Mai bis zum 1. Juni ca. 1.000 Einsätze zur Unterstützung von Titos Partisanenarmee flogen, wirkt diese Zahl sehr hoch. Möglicherweise wurden auf deutscher Seite auch die Einsätze der Transportmaschinen und Lastensegler dazu gerechnet, was eine Erklärung für die hohe Zahl liefern könnte.

Die Partisanenkräfte wurden von der Luftlandeoperation überrascht, und es gelang, zumindest die in Drvar befindlichen Elemente von Titos Kommandostruktur zu zerschlagen.

Entscheidend war jedoch, dass es im Vorfeld der Aufklärung nicht gelungen war, Titos tatsächlichen Aufenthaltsort zu finden. Das Hauptziel der Unternehmung wurde damit verfehlt.

Die Unterschätzung der Kampfkraft der Partisanen und ihre schnelle Reaktion auf die Landung trugen wesentlich zum Misserfolg bei.

Der Einsatz kam fast zu spät, hier dürften sich der hartnäckige Widerstand der Partisanen und die nicht energisch genug vorgetragenen Angriffe der Einsatzkräfte ausgewirkt haben, deren Vorstoß auf Drvar sich auf die Straßen konzentrierte. Dies wirkte sich negativ im Kampf gegen die Partisanen aus und begünstigte außerdem den Einsatz der alliierten Luftwaffe, die aber erst ab dem 26. Mai massiv in das Kampfgeschehen eingriff.

Eine Landung auf dem Plateau oberhalb der Stadt wäre nach Ansicht der Partisanen Erfolg versprechender gewesen, hätte aber bessere nachrichtendienstliche Erkenntnisse vorausgesetzt.

Ob tatsächlich *faulty intelligence* auf deutscher Seite vorgelegen hat, wie Eyre meint, kann insofern mit einem Fragezeichen versehen werden, als die deutsche Funkaufklärung relativ erfolgreich war, was jedoch von Eyre eher vernachlässigt wird.

Luftlandetruppen benötigen detaillierte Beschreibungen des Objektes, weil sie zwar das Überraschungsmoment besitzen, anschließend aber nur über begrenzte Beweglichkeit verfügen.

Die abschließende Beurteilung von *Rösselsprung* durch den OB Südost ist eher euphemistisch zu sehen. Man war „im Ganzen zufrieden“, auch wenn das Ergebnis „nicht voll den Erwartungen entsprach“.<sup>54)</sup> Titos Hauptstab sei für einige Zeit „mattgesetzt“ worden und der Inspekteur des Nachrichtenwesens der Partisanen habe sich unter den Gefallenen befunden.<sup>55)</sup> In der Realität war „damit die letzte Chance zu einem entscheidenden Schlag gegen die Tito-Bewegung als Ganzes vertan“.<sup>56)</sup> Diesem Satz ist nichts hinzuzufügen. ■

### ANMERKUNGEN:

1) Tito (25.5.1892-4.5.1980) war für die Deutschen ein durchaus ernst zu nehmender Gegner. Dies wurde 1943 von den Alliierten dadurch anerkannt, dass sie ihre Militärhilfe für den Anführer des Nationalserbischen Widerstands, Dragoljub „Draza“ Mihailovic (27.4.1893, hingerichtet in Belgrad 17.7.1946), prak-

tisch einstellten und alle verfügbare militärische Hilfe auf Tito konzentrierten. Dennoch sah Tito seine Hauptaufgabe im Kampf gegen seine jugoslawischen Gegner, versuchte dies aber den Alliierten gegenüber zu verschleiern.

2) So bei Klaus Schmider: Partisanenkrieg in Jugoslawien 1941-1944. Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S.587.

3) Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht Bd. IV: 1. Januar 1944 - 22. Mai 1945. Erster Halbband, eingel. u. erl. v. Percy Ernst Schramm, Frankfurt/Main 1961, S.661.

4) Karl-Dieter Wolf: Das Unternehmen „Rösselsprung“ in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Nr.4/1970, S.485.

5) Ebd., S.662.

6) Rolf Michaelis: Das SS-Fallschirmjäger-Bataillon 500/600, Berlin 2004, S.8-11. Dieses Buch enthält zwar einige Informationen, aber die so genannten „Quellenangaben“ in den Fußnoten lassen sich an Hand der vom Autor angegebenen Quellen nur mit Mühe oder gar nicht ableiten. Das Buch trägt insgesamt einen sehr stark apologetischen Charakter und kann daher nur unter Vorbehalt verwendet werden.

7) KTB OKW, Bd. IV, S.662.

8) Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“ war zweifellos eine der kampfstärksten, wenn nicht die kampfstärkste deutsche Division auf dem jugoslawischen Kriegsschauplatz. Am 20.2.1944 wies die Division 8,5% Reichsdeutsche und 91,5% Volksdeutsche auf; 53,6% ihrer Angehörigen kamen aus dem Banat und Serbien, 21,3% wie auch ihr erster Kommandeur, der spätere SS-Obergruppenführer Arthur Phleps, aus Rumänien, 11,2% aus Kroatien, der Rest aus der Slowakei und Ungarn. Thomas Casagrande: Die Volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die Nationalsozialistischen Kriegsverbrechen. Frankfurt/New York 2003, S.211. Die von SS-Obergruppenführer Phleps, vom 1.7.1943-25.8.1944 Kommandierender General des V. SS-Gebirgs-Armekorps, entwickelte Idee der so genannten „Freien Jagd“ bot einen Erfolg versprechenden Ansatz gegen die ständig wachsenden Streitkräfte der Partisanen. Die konsequente Durchführung hätte aber nach Schmider den Einsatz von mindestens drei Gebirgsdivisionen erfordert, um größere Partisanenverbände einzukesseln und tatsächlich auch vernichten zu können. Allzu oft wurden jedoch bei den Erfolgsmeldungen erschossene Zivilisten und Opfer von Repressalien als Feindtote gezählt, was am 11. Juli 1944 im Falle der 369. (kroat.) Infanteriedivision zu einer „Ermahnung“ hinsichtlich der Meldepraxis führte, dass als Feindtote nur im Kampf Gefallene zu gelten hätten. Schmider, S.396/397. Andererseits war bei einem Einsatz der Division „Prinz Eugen“ „...jeder vom Tod bedroht, der andere ethnische oder nationale Merkmale der Sprache oder der Herkunft hatte“. Casagrande, S.285.

9) Ebd.

10) Es gab drei Entschlüsselungen vor dem Beginn von „Rösselsprung“, in denen auf dieses Unternehmen Bezug genommen wurde, ohne aber Tito oder Drvar zu erwähnen. Ralph Bennett: Ultra and Mediterranean Strategy. New York 1989, S.350/351.

11) Michael McConville: Knight's Move in Bosnia and the Rescue of Tito: 1944. RUSI-Journal December 1997, S.66.

12) Schmider, Partisanenkrieg, S.384. Ausführliche Darstellungen von „Rösselsprung“ geben Wolf: Rösselsprung, S.479-501; Charles D. Melson: Red Sun: A German Airborne Raid, May 1944. The Journal of Slavic Military Studies, No.4/2000, S.101-127 sowie Lieutenant-Colonel Wayne D. Eyre: Operation RÖSSELSPRUNG and the Elimination of Tito, May 25, 1944: A Failure in Planning and Intelligence support. The Journal of Slavic Military Studies, No.2, 2006, S.343-377.

13) Wolf, S.488.

14) Wolf, S.487.

15) Wolf, S.495.

16) Wolf, Ebd.

17) Wolf, S.501.

18) Melson, S.108.

19) Die Angaben über den Beginn der Luftangriffe sind unterschiedlich. Melson schreibt „just before dawn at 0630“, gestützt auf einen Bericht vom 3. Juni 1944, Melson, S.109; Eyre gibt 0635 Uhr an, wobei er sich auf den Einsatzbefehl des Fliegerführers Kroatien stützt, Eyre, S.351; während offenbar die britische Militärmission aus Drvar über Funk 0430 Uhr als Beginn der Luftangriffe meldete. PRO (Public Records Office) WO 106/3283. Vermutlich dürfte aber der Beginn der Luftangriffe gegen 0630 erfolgt sein.

20) Wolf, S.503.

21) Melson, S.112. Lieutenant-Colonel Wayne D. Eyre von den königlich-kanadischen Streitkräften, der im Jahr 2000 als Kompaniechef der NATO Stabilization Force in Bosnien im Sektor Drvar eingesetzt war, stellt allerdings die Frage, ob die Deutschen bei der Schwere der Kampfhandlungen die Zeit gehabt hätten, die von jugoslawischer Seite behaupteten Gräueltaten zu begehen. Eyre, S.353.

22) Ebd., S.112.

23) McConville, Knight's Move, S.66; Wolf, S.504.

24) Eyre, S.353.

25) Melson, S.113.

26) Eyre, S.353.

27) Wolf, S. 504.

28) Eyre, S.355.

29) „This act has been inaccurately described in many accounts. After the first attack failed, Tito, escorted by several staff, climbed down a rope through a trap door in a platform at the mouth of the cave. He then followed a small creek leading to the Unac River, then diagonally climbed the heights to the east of the cave, a route which would provide cover for the most of the way.“ Eyre, S.354.

30) Wolf, S.504.

31) McConville, S.66.

32) Hier ergibt sich eine Unklarheit. In dem Buch von Otto Kumm: „Vorwärts Prinz Eugen!“ Geschichte der 7. SS-Freiwilligen-Gebirgs-Division „Prinz Eugen“. Osnabrück 1987, S.195-209, ist der Erfahrungsbericht dieser Division vom 3.7.1944 abgedruckt, in dem es heißt: „Vom 2. Tage des Unternehmens (Rösselsprung) an ist ein Luftwaffeneinsatz weder mit Kampf- noch mit Aufklärungseinsätzen erfolgt.“ Dem widerspricht aber, dass offenbar am frühen Morgen des 26. Mai Luftunterstützung geflogen worden ist und von Ju-52 Munitionsnachschub abgeworfen wurde.

33) Die erste Funkmeldung aus Drvar sprach zunächst nur von einer Luftlandung mit Fallschirmjägern und Lastenseglern, doch weitere Nachrichten vom Hauptquartier des 8. Korps und aus Bosanski Petrovac zeigten einen relativ starken Einsatz deutscher Bodentruppen. PRO WO 106/3283, 2A.

34) McConville, S.66.

35) „Arrangements are being made for fullest possible air support including bombing of Bihac“. PRO WO 106/3283 2A.

36) RAF Mediterranean Review No.7 (April to June 1944), S.86 sowie Air Staff Operational Summary(A.S.O.) NO: 1284, S.3 u. 4; beides Royal Air Force Museum, London.

37) A.S.O. Summary NO. 1287, S. 1.

38) Eyre, S.355, gibt 1245 Uhr als Zeitpunkt an, an dem die Angriffsspitzen der Einsatzheiten die Verbindung zu den eingeschlossenen Fallschirmjägern herstellten.

39) McConville, S.66.

40) Schmider, S.385.

41) BA/MA(Bundesarchiv/Militärarchiv) RH 24-15/59, Erfahrungsbericht „Rösselsprung“ v. 6.6.1944, zitiert bei Schmider, S.387.

42) Ebd.

43) Die Verluste bei „Rösselsprung“ betragen 144 zerstörte und 73 beschädigte Kraftfahrzeuge. Ebd.

44) Schmider, S.386.

45) RAF MedRev, S.86.

46) The History of the Balkan Air Force, July 1945, Headquarters, The Balkan Air Force, R.A.F., C.M.F., S.124, Imperial War Museum London.

47) Dabei wurde Churchills Neffe, Oberstleutnant Jack Churchill, von den Deutschen gefangen genommen, Oberstleutnant „Pops“ Manners vom 40. Commando Regiment der Royal Marines starb an seinen Verwundungen, mehrere weitere Offiziere des 40. und 43. Commando Regiment fielen.

48) Schmider, S.393.

49) McConville, S.67.

50) Schmider, S.419.

51) „It would seem that he fought his plan and not the enemy“. Eyre, S.366.

52) Rybkas Befehl ging davon aus, dass, falls „wider Erwarten Tito selbst gefangen genommen werden sollte“, größtmögliche Geheimhaltung befohlen war. Wolf, S.488.

53) Schmider, S.386.

54) KTB OKW, Bd.IV, S.663.

55) Ebd., S.664.

56) Schmider, S.388.

## Dr. Romedio Graf v. Thun-Hohenstein

Geb. 1952; Besuch des humanistischen Gymnasiums in Kiel; Studium der Geschichte und Philosophie in Kiel und München; 1980 Promotion bei Karl-Dietrich Erdmann in Geschichte mit einer Biographie des Generalmajors Hans Oster; 1980-1984 u.a. Lehrtätigkeit an der Wirtschaftsakademie Schleswig-Holstein und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sicherheitspolitik in Kiel; seit 1984 selbstständiger Forstwirt und freischaffender Historiker mit dem Schwerpunkt der Militärgeschichte des Zweiten Weltkrieges.

# Das Offizierskorps und die Freimaurerei des 18. Jahrhunderts

Hubert Michael Mader

Militärpersonen waren schon von jeher Verbreiter neuer Kulte und Initiationsriten. Im 18. Jahrhundert zeigte sich die Wirkungskraft der Freimaurerei zu einem erheblichen Maße von Offizieren und Militärlogen abhängig. Allerdings war das „neue“ Offizierskorps gemäß seinem Eid an den jeweiligen Monarchen gebunden und vollzog mit dessen eventuellen Änderungen bezüglich der Einstellung zum Freimaurerkult in der Regel gleichfalls einen Schwenk ihrer Haltung. Wir sehen also, dass die Offiziere des 18. Jahrhunderts sich in erster (und ausschließender) Weise im Kollektiv dem Monarchen verantwortlich fühlten. Erst danach rangierte die persönliche Weltanschauung oder Religion des einzelnen Individuums.

Mit dem Titel „Offizierskorps und Freimaurerei des 18. Jahrhunderts“ werden sicherlich Interessen geweckt, die in einem Artikel dieses begrenzten Umfangs nicht befriedigt werden können. Vieles bleibt unbehandelt wie z.B. die Freimaurerlogen anderer Staaten als die der Habsburgermonarchie.<sup>1)</sup> Bei der Behandlung der „Freimaurerei“ musste auf die Darstellung ähnlicher Organisationen wie der Rosenkreuzer oder des Illuminaten-Orden aus Platzgründen verzichtet werden. Dessen ungeachtet haben auch sie einen gewissen Einfluss auf das k. k. Offizierskorps gehabt. Der Mithras-Kult wird insofern kurz besprochen, weil er ein Beispiel dafür ist, dass das Militär schon zur Zeit des römischen Imperiums als Träger und Verbreiter eines solchen Kultes tätig war. Desgleichen erinnert er in vielerlei Dingen an die Freimaurerei Jahrhunderte später, wenn auch von einer direkten Abstammung nicht die Rede sein kann.

Der neue Offizierstyp des 18. Jahrhunderts war durch einen persönlichen Eid dem Landesfürsten gegenüber verpflichtet. Anders ausgedrückt: Es gab für ihn nichts, das noch über diesem Treueschwur stehen sollte. Dass diese persönliche Verpflichtung gegenüber der Person des Monarchen und dem Offiziersstand als Ganzem bestand, zeigt schon die Tatsache, dass in den Napoleonischen Kriegen Freimaurer in allen Armeen mitwirkten, mit Ausnahme der österreichischen<sup>2)</sup> (wobei diese Ausnahme kritisch hinterfragt werden müsste). Dies aber zeigt: Von einer „Weltfreimaurerei“ mit einem gemeinsamen „Schaltzentrum“ konnte nicht im Geringsten die Rede sein, andererseits übte die Freimaurerei mit ihren zahlreichen Hochgradsystemen besonders auf die Soldaten (Offiziere) eine gewisse Faszination aus.

Soldaten waren bereit, jene Kulte bzw. jene Mysterienreligionen zu verbreiten, die ihren Lebensbereich betrafen und zu ihrem Dienst keinen Widerspruch, sondern vielmehr eine Bestätigung auf metaphysischer Ebene darstellten. Wir wollen uns daher zunächst einem Kult zuwenden, der diesen Bereich soldatischen Daseins voll abdeckte und zugleich wesentliche Elemente enthielt, die sich auch in der „modernen Freimaurerei“ wieder finden lassen. Es handelt sich dabei um den Mithras-Kult der römischen Legionen.

## Der Mithras-Kult

Mithras ist eine römische Göttergestalt, dessen Name auf den persischen Gott Mithra zurückgeht. Jedoch weist der römische Mithras relativ große Unterschiede zum persischen Mithra auf, sodass die beiden letzten Endes nicht gleichgesetzt werden können. In Persien ist die Figur des Mithra bereits seit dem 14. Jahrhundert v. Chr. bekannt. Vermutlich ist sie identisch mit dem altindischen Mitra. Der Name Mithra bedeutet wiederum im Persischen „Vertrag“. Im Altindischen bedeutet Mitra „Bund“ oder „Freund“.<sup>3)</sup>

Rund um den Stier tötenden Mithras, den König des Lichts der zoroastrischen Religion, entstand ein Mysterienkult, der bis 1400 v. Chr. nachweisbar ist.<sup>4)</sup> „Ursprünglich wurde Mithras als Sonnenheros verehrt, aber im Laufe der Zeit nahm er selbst göttliche Attribute an und wurde in der Vorstellung der Gläubigen zur Sonne selbst.“<sup>5)</sup> Der Mithraismus ist zugleich der umfassendste



Bereits 1400 v. Chr. entstand der Mysterienkult um den stiertötenden Mithras. Der „Mithraskult“ war zu seinem Höhepunkt im gesamten Römischen Reich verbreitet. Beim Eintritt in den Kult wurde jedes neue Mitglied zum strengsten Stillschweigen verpflichtet. Der „Mithraismus“ erfreute sich v.a. unter den Legionären großer Beliebtheit. Frauen blieb der Zugang zum Kult verwehrt.

Versuch des Altertums, astronomische Vorgänge in Form eines religiösen Symbolismus<sup>6)</sup> zusammenzufassen, in dem sich letztlich die Natur der Menschen widerspiegelt. Am Himmel „war die Kunde vom Kampf, Sieg, Selbstopfer, Tod, Überwindung des Todes und sieghafter Wiedergeburt des göttlichen Mittlers aufgezeichnet“; mystische Lehren, die jedes Jahr von neuem am Himmel bestätigt wurden.<sup>7)</sup> Bei den Römern bekam Mithras auch den Beinamen Sol invictus (lat. „der unbesiegbare Sonnengott“). Viele antike Abbildungen zeigen Mithras gleichrangig mit dem Sonnengott Helios oder als Sieger über den sich ihm unterwerfenden Helios. Mithras bekam möglicherweise den Beinamen Sol Invictus, um auszudrücken

cken, dass er die Rolle des neuen Kosmokrators (Beherrschers des Kosmos) übernommen hatte, die vorher Helios besaß.<sup>8)</sup>

Als Hintergrund des Mithrasglaubens zeichnen sich Grundgedanken der stoischen Philosophie ab wie die Idee der Allverbundenheit des Menschen, die Vorstellung vom zwingenden Schicksal oder die Theorien über Weltperioden (Beendigung durch Weltenbrand,<sup>9)</sup> Wiederherstellung/Wiedergeburt aller Dinge). Auch die ethische Forderung der Stoa nach Überwindung der Affekte und die „Apatheia“, die „stoische Ruhe“, blitzten in der Umkehr durch, zu der die Anhänger des Mithras-Kultes aufgerufen waren.<sup>10)</sup> Es waren nun vorzugsweise die römischen Legionen, die den Mithras-Kult über Italien, Gallien, Germanien und Britannien verbreiteten.<sup>11)</sup> Die Ausbreitung der neuen Religion erfolgte also durch Soldaten, kaiserliche Offiziere und Funktionäre der römischen Gewalt. So zeigt sich die größte Dichte der Mithräen (Heiligtümer) entlang der Militärgrenzen des Reiches, vom Hadrianswall (Britannien) entlang des Limes an Rhein und Donau bis zum Schwarzen Meer, weiters an den Verbindungsstraßen von Italien zu den Donauprovinzen.<sup>12)</sup>

Der römische Mithraismus wurde erstmals vom römischen Dichter Statius (gest. 96) erwähnt. Die ältesten Mithräen (Mithrasheiligtümer) stammen aus der Mitte des 2. Jahrhunderts. Seinen Höhepunkt erreichte der Kult Ende des 2. Jahrhunderts und v.a. im 3. Jahrhundert, nachdem sich Kaiser Commodus (180-192) ihm angeschlossen hatte. Als Sol Invictus Mithras wurde der Gott besonders seit Aurelian von zahlreichen Kaisern verehrt. Auch der junge Konstantin I. (306-337) war noch einer seiner Anhänger. Mit dem Aufblühen des Christentums im Römischen Reich verschwand der Mithraismus jedoch innerhalb weniger Generationen.<sup>13)</sup> Allerdings

Der Mithraskult war zu seinem Höhepunkt im ganzen Römischen Reich verbreitet. Die Mithräen waren oft unterirdisch angelegt oder höhlenartig in Fels gehauen. Die Zeremonien fanden im Geheimen statt. Wie die übrigen Mysterienkulte der griechisch-römischen Welt kreiste also auch der Mithraismus um ein nur Eingeweihten bekanntes Geheimnis. Bei Eintritt in den Kult wurde jedes neue Mitglied zum strengsten Stillschweigen verpflichtet. Der Mithraismus erfreute sich, wie gesagt, v.a. unter den Legionären großer Beliebtheit. Aber auch sonstige Staatsdiener, Kaufleute und selbst Sklaven waren seine Anhänger. Dagegen blieben Frauen vom Kult strikt ausgeschlossen. Die Organisation des Kults bestand aus sieben Weihestufen oder Initiationsebenen, die von Gläubigen durchlaufen wurden.

Parallelen zwischen dem Mithras-Kult und der neuzeitlichen Freimaurerei im 18. Jahrhundert drängen sich geradezu auf, wenn es sich auch nicht um eine direkte Übertragung der Symbolik handelt.<sup>16)</sup> So haben neuere Forschungen ergeben, dass etwa zwischen dem XXVIII. Freimaurergrad des A. u. A. Schottischen Ritus („Ritter der Sonne“) und dem Mithras-Kult Zusammenhänge bestehen. „*In neuerer Deutung hat der Sonnenritter, dem die Sonne das geistige Licht, die Erleuchtung, symbolisiert, bereits alle Stadien mystischer und religiöser Zweifel durchheilt, sich durchgerungen zur natürlichen heiligsten, über aller Dogmatik stehenden Ethik und Lebensauffassung.*“<sup>17)</sup>

## Die Freimaurerlogen des 18. Jahrhunderts

„Geheimgesellschaften“ übten seit jeher auch auf viele Soldaten (Offiziere) eine Faszination aus. Vielleicht konnten die etablierten Religionen etlichen Kriegern angesichts der manchmal täglichen Ungewissheit des Überlebens nicht den nötigen Halt bieten, den sie suchten. Offene Kritik an den Kirchen, aber auch eine neue Spiritualität bis hin zum Okkultismus sprangen hier in die entstandene Bresche. Sie fanden so auch unter den Militärs sowie über dieselben Verbreitung. Die Offiziere - und nicht die „gewöhnlichen“ Soldaten aus ganz anderen sozialen Schichten - dienten als eine Trägerschicht der Freimaurerei quer durch alle Staaten Europas.

Als Gründungsdatum der organisierten Freimaurerei ging der 24. Juni 1717 in die Geschichte ein. Damals wurde in London die erste Großloge durch den Zusammenschluss von vier Logen gebildet. Gleichzeitig ist der 24. Juni (Johannistag) für die Freimaurerei der höchste Feiertag. Über ihren Ursprung existieren mehrere Thesen. Die gängigste von ihnen besagt, dass die Freimaurerei sich aus der Bruderschaft der Steinmetze und deren Bauhütten entwickelt hat. Für den deutschen Raum waren es ursprünglich die zumftmäßig organisierten Steinmetze der Klöster, die mit diesen eng verbunden in Erscheinung traten. Später machten sie sich aber unabhängig und schlossen den Bund deutscher Steinmetzen. V.a. die Straßburger Hütte nahm eine herausragende Stellung ein. Die vorhandenen Steinmetzordnungen deuten bereits auf einen über ganz Deutschland und die Schweiz verzweigten Bund hin. Die älteste dieser Ordnungen stammt aus dem Jahr 1459, und im Jahr 1498 wurde von Kaiser Maximilian eine Gesetzgebung sanktioniert, welche die Bruderschaft zusammenhielt.<sup>18)</sup>

Der Name „Freimaurer“ stammt aus dem Englischen und bezeichnet mit *freemason* ursprünglich denjenigen, „*der den free stone, den freistehenden oder den Quaderstein bearbeitet, also den Steinmetz,*



COPYRIGHT WIENMUSEUM

Im 18. Jahrhundert galt innerhalb der Logen grundsätzlich das Verbot, über Religion und Politik zu diskutieren. Somit waren die „hervorragendsten Träger und Verteidiger der freien Bildung und Forschung“ nur vereinzelt Anhänger der Freimaurerei. Eine der Ausnahmen stellt Wolfgang Amadeus Mozart dar, der im Dezember 1784 in die Freimaurerloge „Zur Wohlthätigkeit“ aufgenommen wurde (hier Darstellung der Aufnahme Mozarts in die Loge, Gemälde von Ignaz Unterberger).

hatte er das Gros seiner Anhänger, „*die immer loyal dem Kaiserhaus gegenüberstanden waren*“,<sup>14)</sup> bereits verloren. Mit seinen strikten Verboten der heidnischen Kulte (391 und 392 n. Chr.) setzte Kaiser Theodosius auch dem Mithras-Kult ein Ende.<sup>15)</sup>

gegenüber dem *rough mason*, der den *rough stone*, den rohen oder den Bruchstein bearbeitet, oder dem *Maurer*“. Dabei standen die Handwerksgebräuche, Zeichen und Griffe unter dem „Siegel des Geheimnisses“. Doch erst im Jahr 1716 entwickelte sich aus den „Bauhütten“ oder „Logen“<sup>19)</sup> mit dem Freimaurertum ein neues Leben.<sup>20)</sup>

Es gilt als sicher, dass viel ältere Traditionen in die Freimaurerei hineinwirkten, wobei es unterschiedliche Theorien über die historischen Wurzeln gibt. Ihren Schwerpunkt bilden die Baugewerkschaften und mittelalterlichen Bauhütten. Einflüsse der ägyptischen und griechischen Mysterienbünde, des Templerordens, der Rosenkreuzer, der Kabbala sowie des Gnostizismus sind vereinzelt erkennbar. Aus diesen Traditionen stammen auch viele Symbole der Freimaurer. Damit liegen die Wurzeln der Freimaurerei in der Bauhüttentradition mit Spuren mystischer Überlieferungen des Abendlandes und des Orients.<sup>21)</sup>

Allmählich verfielen die Bauhütten mit abnehmenden Aufträgen für den Bau von Sakralgebäuden. Mit dem Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts schlossen sich in England auch gelehrte Laien (angenommene Maurer, engl.: *accepted masons*) den Logen an. Diese neuen Einflüsse wirkten als Umgestaltung der alten Bruderschaft, insbesondere zu der Zeit, als die Paulskirche in London gebaut wurde. Nach ihrer Vollendung schmolz die Zahl der Logen in Südengland bis auf wenige zusammen. Die übrig bleibenden Mitglieder, zum großen Teil angenommene, sahen sich veranlasst, die Verbindung zu erhalten, da sie den geistigen Gehalt der Logenarbeit erkannten. Die Philosophie der Aufklärung hatte Ideen gezeitigt, die zur humanitären Ethik der Bauhütten passten und diese beeinflussten. Zu diesem Zeitpunkt begann sich die Werkmaureri in spekulative Maurerei umzuwandeln.

Vier alte Werkmaurerlogen in London und Westminster vereinigten sich 1716 und 1717 zu einer Großloge, zur Wahl eines Großmeisters (*sayer*) und zu einer Neugestaltung in Kultus und Verfassung unter der Leitung des Predigers James Anderson, des Naturforschers John Theophilus Desaguliers und des Altertumsforschers George Payne. Das maurerische Ritual wurde nach Gründung der Großloge mehrfach erweitert; der Akt der Aufnahme wurde in drei Teile zerlegt, woraus um 1720-30 die jetzigen drei Grade des Lehrlings, Gesellen und Meisters hervorgingen. In dieser neuen, vergeistigten Gestalt fand die Freimaurerei in verhältnismäßig kurzer Zeit die weiteste Verbreitung. Zunächst folgte (1730) Irland mit der Errichtung einer Großloge; 1736, am Andreastag, folgten die alten Logen Schottlands in Edinburgh, deren Protokolle bis ins 15. Jahrhundert zurückreichen.<sup>22)</sup>

Die Grundlagen der Verfassung, der Handwerksgebrauch und das Siegel der Verschwiegenheit wurden beibehalten, im Übrigen aber der Vereinigung ein wesentlich humanes Ziel gegeben. Dazu gehörte, dass sich die „Maurer“ zu derjenigen „Religion“ verpflichteten, in welcher Menschen übereinstimmten, und ansonsten jedem seine „besondere“ Meinung ließen. Der Gehorsam gegenüber der Staatsmacht war geboten, ebenso wie jede Revolution abgelehnt wurde. Schon allein das Verbot, über Religion und Politik in den Logen zu disputieren, lässt einen mehr konservativen Geist der Gesellschaft durchblicken. Anders ausgedrückt: Für das 18. Jahrhundert galt betreffend die Freimaurerei, dass die hervorragendsten Träger und Verteidiger der freien Bildung und Forschung ihr nur vereinzelt angehörten. Sie trat dadurch, dass sie die freie Bildung in bestimmte Formen band, von vornherein in einem gewissen Widerspruch zu ihr.

Es liegt wie gesagt auf der Hand, dass der Freimaurerbund schon früh die katholische (und protestantische) Kirche auf den Plan rief. „*Clemens XII. tat 1738 die Bruderschaft in den Bann; in Spanien*

*und Portugal wütete gegen sie die Inquisition.*“<sup>23)</sup> Diesen Bannfluch (Päpstliche Bulle „In Eminentissimi“) erneuerten Benedikt XIV., Pius IX. und Leo XIII. in diversen Enzykliken. Manche Länder nahmen das Verbot bald wieder zurück, und in Deutschland sicherte die Aufnahme Friedrichs des Großen das Fortbestehen des Bundes.<sup>24)</sup>

### Die Freimaurerei in der Habsburgermonarchie

Schon im Jahr 1721 soll der Tradition nach in Mons (österreichische Niederlande/Belgien) die Loge *La parfaite union* bestanden haben. Ihre Einsetzung soll am 24. September 1721 erfolgt sein. Im Jahr 1726 entstand angeblich unter der Führung des Grafen Sporck die Loge „Zu den drei Sternen“ in Prag, doch wird auch diese Gründung in Abrede gestellt. Im Jahr 1731 wurde Franz Stefan von Lothringen, der spätere Gemahl Maria Theresias, im Haag durch eine englische Deputation in den Freimaurerbund aufgenommen. In weiterer Folge fand eine Reihe bedeutender Männer Aufnahme in ausländischen Logen.

Die erste Logengründung fand im Jahr 1742 in Wien statt. Die Grafen Hodiz und Grossa installierten die Loge *Aux trois canons*. Laut dem „Journal für Freymaurer“ arbeitete diese Loge gelegentlich in der Hofburg. Im März 1743 drangen auf Befehl Maria Theresias Soldaten in die im Margarethenhof am Bauernmarkt versammelte Loge ein und verhafteten die Angehörigen. Sie wurden in Gegenwart des Kardinals Kollonits zwar streng verhört, aber am 19. März (Namenstag des Thronfolgers) wieder freigelassen. Eine zweite Loge war die 1754 ins Leben gerufene *Aux trois coeurs*. Ihre Arbeit fand indessen schon 1755 ein Ende.

Die Entwicklung war jedoch ähnlich der in anderen katholischen Ländern des deutschen Raumes. In den Jahren 1766 und 1767 erfolgten zwar Verbote der Freimaurerei, aber diese hatten nur akademische Bedeutung. Vielmehr wurden von den verschiedensten Systemen Logen errichtet, sodass bis 1795 vierzehn Bauhütten entstanden. In Wien war im Jahr 1761 die „Loge der Freimütigen“ aktiv, ferner die *Loge Royale militaire* (die vom Grafen Kufstein gestiftet war). Im Jahr 1769 wurde die Loge „Zur Hoffnung“ eingesetzt, die 1776 als Loge „Zur gekrönten Hoffnung“ zur Berliner Großen Landesloge überging. Kaiser Joseph II. (1765/1780-1790) nahm gegenüber der Freimaurerei ein zwiespältiges Verhältnis ein. Einerseits fand er Worte des Lobes für den Bund und stellte ihn unter seinen Schutz, andererseits brachte er die Freimaurer unter strikte Kontrolle des Staates.<sup>25)</sup> Unter seinem Nachfolger Leopold II. (1790-1792) entstand eine neue Loge,<sup>26)</sup> die rosenkreuzerisch eingestellt war (und sogar eine Zeit lang mit der Sympathie des Kaisers rechnen konnte). Leopold II. war allerdings der Freimaurerei im Ganzen unter dem Eindruck der Französischen Revolution wenig günstig gesinnt.<sup>27)</sup>

Zur Zeit der ersten Wiener Loge unterhielten Offiziere der ungarischen Leibgarde in Wien Kontakte zur Freimaurerei. Dabei gruppierten sie sich bei ihrer Arbeit um den Schriftsteller Georg Bessenyei, der sich um die Pflege der ungarischen Sprache verdient machte. Weiters unterstützten Mitglieder des hohen ungarischen Adels das Freimaurertum. In Pressburg entstand in den 40er-Jahren des 18. Jahrhunderts eine Loge. In Siebenbürgen war v.a. auch Graf Ivan Drásković aktiv, während in Nordungarn die Freimaurerei von Polen aus ihren Einzug hielt. Auch in Kroatien war die Freimaurerei aktiv und bildete mit den verschiedensten Logen die so genannte Draskovic-Observanz. In Ofen und Pest gab es zunächst nur Militärlogen, doch bald kam es zur Gründung weiterer, ziviler Logen. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es in Ungarn fast keine groß-kulturelle Erscheinung, die nicht von Freimaurern in die Wege geleitet worden wäre. Im Jahre 1796 wurde eine Gruppe von

Freimaurern als so genannte „Jakobiner“ in Ofen hingerichtet.<sup>28)</sup> Sie waren Vorkämpfer für die ungarische Freiheitsidee gewesen, dennoch blieb nun auch hier die Freimaurerei zur Untätigkeit verdammt.<sup>29)</sup>

Kaiser Franz II. (1792-1806, seit 1804 als Kaiser Franz I. Kaiser von Österreich; gest. 1835) war infolge der im Verlauf der französischen Revolution heftig einsetzenden klerikalen Einflüsterungen vom ersten Tag seiner Regierung an feindlich gegen die Freimaurerei eingestellt, worin er später namentlich durch Metternich bestärkt wurde. So meinte er, ein „Freimaurerkomplott“ habe zur französischen Revolution geführt. Kaiser Franz lebte in ständiger Furcht vor Umtrieben der geheimen Gesellschaften. Auf dem Regensburger Reichstag von 1794 ließ er durch seinen Gesandten die Unterdrückung solcher Gesellschaften beantragen, scheiterte aber am Widerstand von Preußen, Hannover und Braunschweig. „Ohne die Freimaurerei in seinen eigenen Staaten zunächst formell zu verbieten, ließ er sie seine Ungnade so heftig spüren, dass die meisten Logen freiwillig ihre Arbeit einstellten.“ Im Jahr 1797 erfolgte schließlich die Aufhebung aller „geheimen Gesellschaften“. Nach dem Frieden von Lunéville erging für alle Staatsdiener das Verbot, einer „Geheimgesellschaft“ anzugehören. Sie hatten diese Verpflichtung durch eidliche Reverse zu bestätigen.<sup>30)</sup>

Bis zum Ende der Monarchie blieb die Freimaurerei in Österreich verboten, konnte allerdings in Ungarn nach dem Ausgleich von 1867 wiederum Fuß fassen.

### Freimaurerei und Ritterkult

Die Bezeichnung „Ritter“ war für zahlreiche freimaurerische Hochgrade (Rittergrade) v.a. in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts durchaus populär. In freimaurerischen Systemen war damals die (fälschliche) Überlieferung durchaus geläufig, dass die Freimaurerei auf die Ritterorden aus den Kreuzzügen zurückzuführen sei. So wurde sie v.a. als „legitime“ Erbin des Tempelherrenordens dargestellt. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts tauchte die - fälschliche - Anschauung auf, die Freimaurerei sei die legitime Fortsetzung des Tempelherrenordens.<sup>31)</sup> Es kam zur Herausbildung der „tempelherrenähnlichen Freimaurersysteme“, wobei v.a. strikte Observanz einen besonderen Raum einnahm.<sup>32)</sup> Die Geschichte der Tempel und ihres weit verzweigten Ordens (1118-1314) spielte im 18./19. Jahrhundert in einer Reihe freimaurerischer Systeme eine bedeutende Rolle. Noch heute hat sie im Schwedischen System, im A. u. A. Schottischen Ritus oder in der Lehrart der *Knights Templar* ihren Platz.

Dem freimaurerischen „Rittertum“ kam also eine entscheidende (wenn auch mit der wahren Freimaurerei nicht in Einklang stehende) Bedeutung zu. In der Chronik seiner „Constitutions“ lässt Anderson die Ritterorden des Mittelalters aus dem Freimaurertum entspringen. Andererseits hat der Chevalier Ramsay die Ordensritter zu Vätern der Freimaurerei gemacht.<sup>33)</sup> Die hohe Gewichtung des „Rittertums“ in der Freimaurerpraxis fand ihren Niederschlag in den Hochgraden und in deren Einweihung. Außer der „blauen Johannisfreimaurerei“ (Drei Grade: „Lehrling“, „Geselle“ und „Meister“) gibt es die verschiedenen Hochgradsysteme („rote Grade“), in denen den Rittergraden<sup>34)</sup> ein entsprechender Stellenwert eingeräumt wird.<sup>35)</sup>

Es steht fest, dass die im 18. Jahrhundert entstandenen freimaurerischen Rittergrade „nicht den geschichtlichen, sondern seelischen Motiven der damals lebenden Freimaurer zuzuschreiben sind“. Hier gibt es allerdings noch immer keine einwandfreie Klarstellung. Es existiert eine umfangreiche Literatur über die mutmaßliche Entstehung der Rittergrade, aber sie gibt keine eindeutige Lösung, da gerade aus der besonders wichtigen Zeit zwischen 1740 und 1765 zuverlässige Quellen fehlen, wenige zerstreute Einzelheiten

ausgenommen. Wahrscheinlich sind diese Grade auch ein Versuch des gebildeten Bürgertums, seine damals herrschenden sozialen Minderwertigkeitsgefühle abzureagieren. Das Bestreben des gehobenen Bürgertums, mehr zu scheinen als man war, ließen es „gradschöpferisch“ tätig werden.<sup>36)</sup> Im Besonderen mag dies für die Offiziere aus dem Bürgerstand gegolten haben, die im späten 18. Jahrhundert, wenn nicht in der Masse, so doch verstärkt auftraten.

Was das Offizierskorps anbelangt, scheint gerade die Renaissance des Tempelordens durch die Freimaurerlogen von Bedeutung. Blicken wir kurz zurück auf die Geschichte des historischen Tempelordens: Seine Disziplin war zugleich der Garant für die Schlagkraft der Truppe. Die „Seele“ des Ordens war „unbedingter Gehorsam“. Dies war zugleich „der Grundstein seiner Macht“. Im Kampf gegen die „Feinde Christi“ hatte der Tempelritter äußerste Standhaftigkeit zu beweisen. „Solange noch ein christliches Banner auf dem Kampfplatz wehte, durften die Tempel nicht weichen.“ Aus der „Wahl zwischen Sieg oder Tod“ entsprang die Tapferkeit der Tempel „und die kühne Todesverachtung“.<sup>37)</sup> Unbedingter Gehorsam (gegenüber dem Großmeister) entsprach also der obersten Pflicht aller Angehörigen des Ritterordens.<sup>38)</sup>

Der einzelne Ritter nahm also einen Entindividualisierungsprozess auf sich. Im Gegenzug gehörte er nun der Gemeinschaft an, die sich eines sehr hohen Sozialprestiges erfreute. Das neue Offizierskorps des 18. Jahrhunderts, um hier vorzugreifen, sah ebenfalls in der Tapferkeit und in der Treue (Eidesleistung) die zwei obersten Maxime. Allerdings wurde die Treue verweltlicht und nun auf den jeweiligen Monarchen/Fürsten konzentriert. Der Gehorsam gegenüber kirchlichen Geboten war indessen sekundär geworden und spielte für den Offizier als Gewissensentscheidung kaum noch eine entscheidende Rolle. Sein Gehorsam gegenüber dem Monarchen konnte als „Kadavergehorsam“ genau das Gegenteil von dem sein, was Kant und die Aufklärung forderten. Mit anderen Worten: Der Offizier fühlte sich letzten Endes nur seinem Fürsten gegenüber verantwortlich, und diese Verantwortung reichte bis zur Preisgabe des eigenen Lebens. Das lässt sich auch in der Habsburgermonarchie in der Haltung des Offizierskorps zum Freimaurertum festmachen: Mit dessen staatlichem Verbot kam auch das (offizielle?) Bekenntnis von Offizieren zum Freimaurerbund zum Erliegen.

### Die Bedeutung eines „neuen“ Militärs

Das neue Heerwesen im 18. Jahrhundert bedeutete eine Zäsur in der Geschichte des Militärwesens. Es war geradezu eine Notwendigkeit, für diese neue Armee ein Offizierskorps ins Leben zu rufen, das sich vom alten wesentlich unterschied.

### Die Entwicklung des Offizierskorps

Im deutschen Sprachgebrauch findet man den Begriff „Officier“ nachweisbar bei Herzog Philipp von Kleve. Bei ihm handelt es sich um einen Zeitgenossen von Kaiser Maximilian I. (1486/93-1519) - dem „letzten Ritter“ und „ersten Landsknecht“. In seiner Bedeutung meinte das Wort allerdings noch eher einen „Officiarius“ im mittellateinischen Sinn - also den Verwalter eines weltlichen oder geistlichen Amtes (officium). Erst zur Zeit des Dreißigjährigen Krieges gewinnt es endgültig seine heutige Bedeutung und dient zur Bezeichnung einer bestimmten militärischen Stellung. Allerdings war es in Frankreich oder Holland schon früher in diesem Sinn in Verwendung.

Die Anfänge des Offiziers im Römisch-Deutschen Reich zeigen sich untrennbar verbunden mit dem seit Ende des 15. Jahrhunderts aufkommenden Landsknechtstum und damit dem Aufkommen fester Truppenkörper. Allerdings: „Die Tätigkeit der ‚Offiziere‘ jener

Zeit war weniger „Dienst“ nach unserem heutigen Verständnis, sondern ein auf materiellen Gewinn ausgerichteter militärischer Unternehmen.“ Ein häufiger Wechsel des „Diensttherm“ war das Kennzeichen jenes „militärischen Unternehmertums“. Es liegt auf der Hand, dass sich auf dieser Grundlage keine engeren Bindungen einstellten. Seine letzte Blütezeit erreichte dieses „Unternehmertum“ in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648). Der frühneuzeitliche Staat stützte sich auf privatwirtschaftlich orientierte und solchermaßen handelnde militärische Machttäger. Das Beispiel des Feldherrn und Kriegsunternehmers Wenzel Eusebius von Wallenstein sei als eines (wenn auch als bedeutendstes) von vielen angeführt. Mit dem schrittweisen Übergang vom freien Söldnerheer der frühen Neuzeit zum stehenden Heer des absolutistischen Staates ging die Entwicklung eines neuen Offizierstyps Hand in Hand. Zugleich war die Entstehung eines neuen Heerwesens kausal an die Ausprägung des Gewaltmonopols des Staates gebunden.<sup>39)</sup>

Seit dem 18. Jahrhundert wurden die europäischen Kriege also von „Berufssoldaten“ geführt. Die Offiziere dieser Streitkräfte fühlten sich als „Diener des Staates“, der ihnen zugleich regelmäßige Beschäftigung, reguläre Bezahlung und Aufstiegschancen garantierte. Sie widmeten sich im Krieg wie auch im Frieden diesem Dienst für den Staat respektive ihren Monarchen. Sicherlich: Es war dies ein allmählicher und ungleichmäßiger Prozess, der sich in den europäischen Staaten vollzog. Doch im Wesentlichen waren die Grundzüge um 1700 ausgebildet. Anders ausgedrückt: Die meisten Staaten verfügten über „eine hierarchisch klar gegliederte Truppe mit einer unverwechselbar eigenen Subkultur, abgehoben vom Rest der Gesellschaft nicht nur durch ihre Funktion, sondern auch durch Lebens- und Umgangsformen, Uniform, Weltanschauung, durch genau definierte interpersonelle Beziehungen, durch Gruppenprivilegien und durch die Verantwortlichkeiten, die ihr durch ihre Aufgabe zugewiesen waren“.<sup>40)</sup>

Von Westeuropa kommende Strömungen gewannen seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts immer stärkeren Einfluss auf den deutschen Raum und die Habsburgermonarchie. Adel wie auch katholische Kirche sahen sich in Konkurrenz zur neuen Verwaltungszentralisierung und konnten nicht verhindern, dass ihre Macht eine spürbare Beschneidung erfuhr. Hingegen gewann ein neues, den absolutistischen Machtansprüchen des Staates bzw. des Herrschers angepasstes Militärwesen eine staatstragende Bedeutung.<sup>41)</sup> Die Erweiterung der Macht und der Verwaltungsbürokratie des Staates erlaubten es, ein professionelles Heer dieser Prägung aufzustellen.

Der Fortschritt in der Militärtechnologie bedingte nun vom Kommandanten einen weitaus höheren Grad der Kontrolle über das Geschehen auf dem Schlachtfeld, z.B. über die Bewegungen der Truppe oder über den Rhythmus des Ladens und Schießens. Die Truppe selbst zog nicht mehr als dichte, massierte Horde in die Schlacht (worin man sich gegenseitig zum „Mut“ gegen den Feind steigerte), sondern in der verwundbareren Linienformation, die von den einzelnen Soldaten ein entsprechendes Ausmaß an Drill und einen hohen Grad an Selbstdisziplin voraussetzte. Mit anderen Worten: Es wurden die stoischen Lehren über Selbstdisziplin, Unterordnung und Aufopferung „wiederentdeckt“ und im Heerwesen entsprechend verbreitet.<sup>42)</sup>

Andererseits war nun die selbstverständliche Kameradschaft, die es zwischen den ehemaligen Söldnern gegeben hatte (wo noch junge Adelige in Reih und Glied mit gemeinen Soldaten zu sehen waren), einer streng hierarchischen Struktur gewichen, die klar zwischen Offizieren und Mannschaften unterschied. Die „Mannschaften“

bestanden aus Männern, die - teils zum Kriegsdienst gepresst - „von einer Klasse von Wachhunden, den Unteroffizieren, unter Kontrolle“ gehalten wurden und die „durch reichliche Anwendung der Knute“ so lange gedrillt wurden, „bis sie in der Lage waren, auch auf dem Schlachtfeld wie Automaten jene planmäßigen Manöver auszuführen“ und schließlich „stundenlang unbewegt zu verharren und dem gegnerischen Feuer selbst auf Kernschussweite nicht zu weichen“ bereit waren.<sup>43)</sup> Durch die Heeresreform von Maria Theresia zeigte sich jedoch eine Besserung der Situation, was die Behandlung der Mannschaften betraf.



BUNDESHEER/HEERESGESCHICHTLICHES MUSEUM

Kaiser Joseph II. nahm gegenüber der Freimaurerei ein zwiespältiges Verhältnis ein. Einerseits fand er Worte des Lobes für den Bund und stellte ihn unter seinen Schutz, andererseits brachte er die Freimaurerei unter die strikte Kontrolle des Staates.

Hingegen war es im 18. Jahrhundert noch größtenteils Sache des Adels, das Offizierskorps zu stellen. Er hatte zwar seine frühere politische Machtstellung gegenüber der Position des absoluten Landesherrn verloren, dafür stand ihm das „ersatzweise“ Vorrecht zu, wichtige Stellen im landesherrlichen Dienst zu besetzen. Es liegt auf der Hand, dass hier das Militärwesen den Adeligen ein weites Betätigungsfeld eröffnete. „Damit begann sich erstmals ein geschlossener Offiziersstand herauszubilden, der unter Berücksichtigung traditioneller adelsständischer Normen Geist und Haltung des Militärs nachhaltig prägen sollte.“ Der „Geist des Offiziers“ wurde nahezu identisch mit dem „Geist des Adels“, und es kam zu einer Verschmelzung von Adel und Offizierskorps. Mit anderen Worten: Adelsstand und neuer Offiziersstand waren weitgehend dasselbe. Es handelte sich um einen Entwicklungsprozess, der in nahezu allen Territorien des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation identisch verlief.<sup>44)</sup>

Neben der „völligen Verstaatlichung“ der ursprünglichen söldnerischen Truppenselbstverwaltung trat die „Monarchisierung“ des Offiziers. Es handelt sich dabei um den Vorgang der inneren Wandlung des Verhältnisses zwischen Kriegsherrn und Offizier, dessen Ergebnis die „innige und unlösbare Verbundenheit“ zwischen beiden Parteien war.<sup>45)</sup> Die Offiziere wiederum standen also in einem direkten und persönlichen Treueverhältnis zum Monarchen. Sie pflegten einen aristokratischen Lebensstil, gleich ob sie adelig geboren waren oder nicht.<sup>46)</sup>



Bild nur im  
Heft verfügbar

Militärlogen waren zunächst an einen festen Standort gebunden. 1732 erteilte die Irische Großloge einem einzelnen Regiment, den *Royal Scots*, eine *travelling warrant*. Dies war die erste, durch Kriegshandlungen bedingte Erlaubnis für die Logenarbeit einer Militäreinheit an verschiedenen Orten. Das bedeutete, dass der Sitz der Loge flexibel geworden war und nur an den jeweiligen Aufenthaltsort des Regimentstabes gebunden war.

Der neuzeitliche Offizier betrachtete sich als Nachfahre des „vassallitischen Rittertums“, besonders was seinen Ehr- und Treuebegriff anbelangte. Somit wurde in das Rittertum ein damals zeitgenössischer Begriff hineingelegt „und damit eine geschlossene und v.a. kontinuierliche Überlieferung zum Offizierstum hergestellt“. Durch diese Verschiebung des Begriffes kam es zur Fiktion, die so genannte Ritterehre des Offiziers identisch zu setzen mit jener Ehre, nach deren Gesetzen der Ritter gelebt hatte.<sup>47)</sup> Das Offizierskorps, dessen Tradition zum großen Teil aus dem vermeintlichen mittelalterlichen Rittertum herrührte, sah sich dementsprechend einem strikten Ehrenkodex verpflichtet, bei dem sich mitunter die beiden Haupttugenden, nämlich „Ehre“ und „Treue“, kaum vereinbaren ließen.<sup>48)</sup> Die Erzählung mit dem Titel „Das Königsduell“ aus der Zeit Friedrichs II. von Preußen

gibt dafür ein beredtes Beispiel.<sup>49)</sup> So können wir festhalten, dass über Jahrhunderte hindurch dieses Spannungsverhältnis von „Subordination“ und (aristokratischer) Standesehre wie ein Damoklesschwert über dem einzelnen Offizier schwebte.<sup>50)</sup>

Fassen wir zusammen: Der Offizier der Neuzeit wurzelt also realgeschichtlich und in wesentlichen Merkmalen auch ideengeschichtlich nicht im Rittertum, sondern ist ein Produkt des neuzeitlichen Machtstaates.<sup>51)</sup> Entscheidend ist jedoch: Es wurde auf diese Weise eine neue Art von „Rittertum“ in die Welt gesetzt, das zwar keine historischen Vorläufer hatte, dennoch aber geschichtsmächtig wurde. Dieses „Rittertum“ wurde vom Absolutismus geprägt und stieg auf zu einer politischen Kraft im Dienste des Monarchen.<sup>52)</sup>

Neben der besonderen Beziehung zum Landesherrn erhielt nun die Ausbildung eines besonderen Korpsgeistes (*Esprit de corps*) eine ganz besondere Bedeutung. In erster Linie auf das Regiment als den eigentlichen Lebenskreis des Offiziers bezogen, wurde der Korpsgeist gewissermaßen zur geistigen Grundlage der Heeresorganisation des Absolutismus. Dieser „Korpsgeist“ wirkte sozusagen „entindividualisierend“ auf den einzelnen Offizier und prägte ihn allen Veränderungen zum Trotz (im deutschen Raum) bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts.<sup>53)</sup> Der Offizier, so können wir festhalten, „verwaltete nicht nur das entscheidende und gewissermaßen sogar einzige Machtmittel des Herrschers, sondern bildete auch eine Stütze der Monarchie, die monarchischer denken und handeln konnte als der Fürst“.<sup>54)</sup>

Die immer größer werdenden Armeen konnten ab der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nicht nur aus dem „Geburtsadel“ allein ergänzt werden. Dieser Tatsache ist es zuzuschreiben, dass nun auch der Aufstieg aus bürgerlichen Schichten in den Offiziersstand erfolgte, wobei Uniform gegenüber der Außenwelt eine beinahe unterschiedslose Standesgleichheit signalisierte.<sup>55)</sup> Sicherlich: Es lag beispielsweise ein noch langer Weg vor der Armee der Habsburgermonarchie, bis mit der Heeresreform von 1867 hier ein vorläufiger Schlusspunkt erreicht wurde. Die ersten Anfänge wurden jedoch in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts gesetzt.<sup>56)</sup>

### Offiziere und Freimaurerlogen

Schon früh zeigte sich zwischen Militär (oder besser: dem Offizierskorps) und der Freimaurerei eine starke gegenseitige Einflussnahme.<sup>57)</sup> Ein Vergleich zeigt, dass in den Freimaurerlogen auf dem Gebiet der k.u.k. Monarchie das Militär neben der Beamenschaft einen Anteil von je 20% hatte, also in etwa gleich stark vertreten war. Der Anteil beider Gruppen schwankte allerdings in den einzelnen Logen.<sup>58)</sup>

### Militär- und Regimentslogen

Die Ausbreitung der Freimaurerei in der Welt ist zu einem guten Teil den Militärlogen zu danken, die sich im 18. Jahrhundert bei zahlreichen Regimentern und Truppenkörpern bildeten. In erster Linie naturgemäß solchen bei britischen Truppenteilen, die nach Amerika, in den afrikanischen Urwald und den asiatischen Dschungel, später auch nach Australien, in Feldlager und Forts, in Städte und Dörfer ihre Logentruhe mitführten, um die Brüder nach hartem Dienst zur freimaurerischen Arbeit aufrufen zu können.<sup>59)</sup>

Wir sehen, dass die erste Militärloge bereits elf Jahre nach dem Zusammenschluss der älteren vier Londoner Logen, also 1728 im Orient<sup>60)</sup> Gibraltar ins Leben gerufen wurde. Sie war zunächst an einen festen Standort gebunden und vereinte verschiedene in Gibraltar stationierte Einheiten. Vier Jahre später erteilte die irische Großloge einem einzelnen Regiment, den *Royal Scots*, eine *travelling warrant*. Dies war die erste, durch Kriegshandlungen bedingte Erlaubnis für

die Tempelarbeit einer Militäreinheit an verschiedenen Orten. Das aber heißt: Der Sitz der Loge war flexibel geworden und nur an den jeweiligen Aufenthaltsort des Regimentsstabes gebunden. Die erste ortsungebundene Regimentsloge war geboren.<sup>61)</sup>

Mit anderen Worten: Die Regimentsangehörigen und Freimaurer waren ermächtigt, überall dort zu wirken, wohin ihre Regimenter kamen. Einheimische durften sie hingegen nur an jenen Orten einweihen, wo keine „regulären“ Logen bestanden. Übrigens: Seit dem Jahr 1850 nahmen die britischen Militärlogen überhaupt keine Zivilpersonen mehr auf.<sup>62)</sup>

Nachdem auch andere Regimentslogen diese Unabhängigkeit ihres Logenstandortes beanspruchten, zeigten sich in der Folge in Amerika und Indien sehr bald zahlreiche Militärlogen (bzw. Feldlogen). Auf dem europäischen Kontinent nahm Frankreich für sich die Vorreiterrolle bei dem Verbreiten der Freimaurerei in Anspruch: So gründeten beispielsweise französische Offiziere während der Zeit des Siebenjährigen Krieges (1756-1764) in Berlin sogar eine Kriegsgefangenenloge namens „La Fidélité“.<sup>63)</sup> A. Önnersfors<sup>64)</sup> zeigt gleichfalls, dass der Siebenjährige Krieg durch Feldlogen als Verbreiter der Freimaurerei diente. In fast allen Armeen der kriegführenden Parteien konstituierten sich Freimaurerlogen, v.a. in Preußen.<sup>65)</sup> In Schwedisch-Pommern wurde eine Feldloge von schwedischen Offizieren ins Leben gerufen, deren erste Protokolle aus dem Jahr 1761 datieren.<sup>66)</sup>

In den österreichischen Niederlanden kam es in fast allen Regimentern, die hier in Garnison lagen, zur Gründung von Logen.<sup>67)</sup> Auch die im Jahr 1745 gegründete Loge *Sincérité* in Leitmeritz, eine der ältesten Logen Böhmens, war ursprünglich eine Militärloge der Koburg-Dröner und Czartoryski-Kürassiere, die auch Zivilpersonen aufnahm.<sup>68)</sup> Innerhalb der habsburgischen Monarchie kristallisierten sich also die ersten Militärlogen in den Niederlanden, dann eine in Böhmen<sup>69)</sup> und etwas später im südöstlichen Grenzgebiet der Monarchie heraus. Ansonsten gab es auf dem Territorium der Habsburger-Monarchie jedoch relativ wenige Militär- oder Regimentslogen. Generell sehen wir, dass ihre Ausstrahlungskraft im Grunde unbedeutend blieb.

In dem, von der Öffentlichkeit abgeschirmten Raum einer Freimaurerloge fielen die gesellschaftlichen Schranken zur Gänze. Freilich: Ein vorangegangenes striktes Aufnahmekriterium sorgte dafür, dass nur geeignete Personen in dieses „Sanktuarium“ vorstoßen konnten. Diese Neuheit freimaurerischer Abgeschlossenheit, in der die alten Standesschranken fielen und neue Rangordnungen sich bildeten, wurde v.a. durch Offiziere und Diplomaten auf dem europäischen Kontinent verbreitet. „Vor allem das in der Reichsarmee streng hierarchisch gegliederte niedere Offizierskorps fand rasch Gefallen an der Ebenbürtigkeit allen Herkommens und aller Chargen während des Beisammenseins im Tempel einer Loge.“<sup>70)</sup>

Rückblickend haben wir festzustellen, dass die Tendenz zur Aufklärungswilligkeit der Beamtenschaft näher lag als dem Militär. Den Offizieren ging es primär um die Verwirklichung des bereits Erworbenen, auch des meist durch Tapferkeit erlangten, eigenen sozialen Aufstiegs. Ob tatsächlich die Verwirklichung neuer Aspekte der Aufklärung den (subalternen) Offizieren fern lag, darf allerdings bezweifelt werden. Die Verwirklichung der Aspekte der Aufklärung bewältigten die Mitglieder ziviler Freimaurerlogen. Sie unterlagen ihrer heterogenen Struktur wegen stärkerer Spannungen, deren Aufbrechen Begabungen freilegte, die nach außen wirkten und den Aufklärungsprozess in Gang hielten. Dass die „uniformen Interessen der Vaterlandsverteidiger“ jenes „überdimensional einpolige Wollen“ sichtbar werden lassen, „das im stets kaisertreuen

Milieu gesellschaftspolitische Aktivitäten verhinderte“,<sup>71)</sup> ist für Offiziere höherer bis höchster Dienstränge sicherlich (was die Habsburgermonarchie betrifft) zu bejahen. Doch was die subalternen Offiziere betrifft, wäre dies doch in Frage zu stellen. Hier könnte eine detailliertere und mehr in die Breite gehende Untersuchung wohl einigermaßen Auskunft geben.

### Die Geschichte der Regiments- bzw. Militärloge „Zu den drei Estandarten“

Karl VI. sah sich durch den Krieg um die Nachbesetzung des polnischen Thrones nach dem Tod von König August II. genötigt, neue Regimenter aufzustellen. In seiner Eigenschaft als Präsident des Hofkriegsrates unterschrieb Prinz Eugen drei Jahre vor seinem Tode die Bestallungsurkunden für die vier neu zu errichtenden Regimenter. Diese waren das Regiment Colmanero,<sup>72)</sup> Mercy d'Argenteau,<sup>73)</sup> Veters<sup>74)</sup> und schließlich jenes des Rheingrafen von Salm<sup>75)</sup> (das spätere Linzer Hausregiment). Die vorderösterreichische Grenzstadt Freiburg im Breisgau wurde dem neuen Regiment zunächst als Garnison zugewiesen. Es setzte sich aus einer rein deutschstämmigen Mannschaft von 2.300 Geworbenen, vorwiegend aus dem außerhalb der habsburgischen Erblande liegenden Reichsgebiet am Rhein zusammen. Das hieß, dass Fremdnationale und Deserteure nicht aufgenommen werden durften. Also hatte der Inhaber, was die Offiziere anbelangte, völlig freie Hand.<sup>76)</sup>

Im Jahr 1770 wurde Generalmajor Franz Graf Ferraris der neue Regimentsinhaber.<sup>77)</sup> Die Regimentsloge „Volante zu den drei Estandarten“ wurde von Oberleutnant Martin Clemens am 29. April 1774 ins Leben gerufen. Seine Kameraden waren - wie Clemens selbst - lauter subalterne Offiziere.<sup>78)</sup> Inwieweit der Regimentsinhaber an der Logengründung mitbeteiligt war, lässt sich nicht mehr nachweisen. Graf Ferraris beteiligte sich wohl kaum an der Logenarbeit seines Regiments. Sicher aber ist, dass er als Freimaurer gerne sah, dass sein Regiment eine eigene Loge hatte. Eine Voraussetzung zur Logengründung „war vermutlich der vorangegangene lange Aufenthalt des Regiments in den Österreichischen Niederlanden“. Eine besondere Rolle spielte hier u.a. zweifellos die Pflege der Geselligkeit. „Tatsächlich sind aus den Niederlanden, wo die spanische Etikette in bekannter Bankettfreudigkeit nachklang, überspitzte Sitten und Gebräuche bei militärischen sowie zivilen Tafellogen überliefert.“<sup>79)</sup>

Die offizielle Anerkennung der Loge erfolgte im Jahr 1776.<sup>80)</sup> Eine „reine“ Regimentsloge stellte die neue Bauhütte allerdings nur für einen relativ kurzen Zeitraum dar. „Sie war sehr rasch zu einer Militärloge geworden, da sie auch Angehörige anderer Einheiten zugelassen hatte, die in der Gegend von Lemberg stationiert worden waren.“<sup>81)</sup> Durch dieses Einfließen von Militärpersonal anderer Truppenkörper wurde die Attraktivität der Loge deutlich vergrößert. Zugleich besserte sich ihre zuvor prekäre finanzielle Situation (so hatte sie nach Prag Abgaben zu leisten). „Die Leitung der Loge aber blieb fest in den Händen von Regimentsangehörigen des Stifterregiments IR 14.“<sup>82)</sup> Clemens hatte bereits 1767 Zugang zur Freimaurerei gefunden und erlangte in Prag den Grad eines Schottischen Meisters. „Schließlich wurde er in den Inneren Orden der Strikten Observanz aufgenommen, in dem er den Ritternamen ‚à Tormento aureo‘ erhielt.“ Als solcher stiftete er 1774 die genannte Regimentsloge.

Eine bei der Leipziger Loge „Minerva zu den drei Palmen“ im Jahr 1776 eingegangene Mitgliederliste der Loge „Zu den drei Estandarten“ zeigt uns bereits „23 Ritterbrüder (= Freimaurer, Anm. d. Verf.), von denen allerdings drei nicht dem Regiment angehörten, und zwei dienende Brüder an“. Dabei scheint interessant, dass das Durchschnittsalter der Mitglieder 32 Jahre betrug, „der Stuhlmeister war ca. fünf Jahre älter“. Und noch eines: „Stabsoffiziere fanden

sich unter den Logenmitgliedern nicht. Höhere Offiziere inklusive Regimentsinhaber traten, sofern sie nicht als Logenbeamte fungierten, zumeist zivilen Logen bei. So gehörte auch der frühere Regimentsinhaber des IR 14, Franz Graf Ferraris, neben dem Regimentsinhaber Franz Wenzel Graf von Kaunitz-Rietberg und Prinz de Ligne 1775 der Brüsseler Loge „L'Heureuse Rencontre' als Frères Agrégés an.“

Allerdings blieb den Mitgliedern der Militärloge „Zu den drei Estandarten“ kaum mehr Zeit für eine gemeinsame Tätigkeit: Ein Wechsel des Regimentsinhabers und außenpolitische Rochaden führten endlich dazu, dass das IR 14 in Linz und Braunau Quartier bezog. „Die Offiziere des IR 14, welche bis dahin die Geschicke der Militärloge gelenkt hatten, durften demnach, was bisher angenommen worden war, die ihnen liebgewordene Bauhütte nicht als Feldloge transferieren.“ Was wiederum bedeutet: Die Militärloge „Zu den drei Estandarten“ trat 1782 in völlig neuer Zusammensetzung in Lemberg wieder auf.<sup>83)</sup> Das so genannte Freimaurerpatent von Joseph II. vom 11. Dezember 1785 hob schließlich die Tätigkeit sämtlicher Militärlogen mit Beginn des folgenden Jahres auf. Den Offizieren stand es frei, den erlaubten zivilen Logen beizutreten.<sup>84)</sup>

Von den Offizieren, die als Freimaurer tätig waren und nun im Linzer Hausregiment dienten, wandten sich indessen nur wenige der am 31. März 1783 gestifteten, zivilen Freimaurerloge „Zu den sieben Weisen“ zu. Und von diesen war kein einziger an der Gründung der Loge beteiligt. „Die an der Logenstiftung in Linz mitarbeitenden Offiziere gehörten alle dem höheren Adelsstande an.“<sup>85)</sup> Doch auch diesem spärlichen Rest der ehemaligen Loge „Zu den drei Estandarten“, die nun in der Linzer Bauhütte aufs Neue mit ihrer Logenarbeit beginnen wollten, blieb nicht mehr viel Zeit für gemeinsames Beisammensein im Logentempel. Die nachfolgenden kriegerischen Auseinandersetzungen beschränkten die Zusammenarbeit mit den Linzer (zivilen) Freimaurern nur auf kurze Zeit. Schließlich beschloss die Loge „Zu den sieben Weisen“, ein Jahr vor dem vom Kaiser erzwungenen Schlussstrich unter die Betätigung sämtlicher Logen im Habsburgerstaat, die Zusammenkünfte einzustellen.<sup>86)</sup>

Die Loge der „Vierzehner“ dokumentiert sogleich die Kurzlebigkeit der Militärlogen. Zwar formierten sie sich oftmals erneut, zeigten aber selten ausdauernde Lebenskraft. Die Loge „Zu den drei Estandarten“ wurde 1774 zur Regimentsloge, wandelte sich schließlich durch die Hereinnahme von regimentsfremden Offizieren schon 1776 in eine Militärloge, deren vorläufiges Ende durch den Einsatz des Regiments im Bayerischen Erbfolgekrieg bei gleichzeitigem Zurückbleiben des Gründers<sup>87)</sup> in Galizien ausgelöst wurde. Im Jahr 1782 entstand zwar die Loge in Galizien noch einmal, bestand allerdings aus lauter regimentsfremden Personen. Spätestens seit dem Josephinischen Patent des Jahres 1785 wurde ihr Dasein de jure wie auch de facto beendet.<sup>88)</sup>

#### Die Geschichte der Regimentsloge „à la belle Etoile“

Der Gründungstag der Freimaurerloge „à la belle Etoile“ im Regiment der Kinsky-Chevauxlegers, das sich zu dieser Zeit in der Kreisstadt Bättazek (Komitat Tolna) befand, war der 4. Oktober 1781. „Im Jahre 1773 wurde Joseph Graf Kinsky von Kninitz und Tettau Inhaber des Kavallerie-Regiments Nr. 7, welches dann 1775 in das 5. Chevaux-Legeres-Regiment umgewandelt wurde.“ Mit großer Wahrscheinlichkeit war Oberst Lothar Freiherr von Bubenhofen der MvSt<sup>89)</sup> der Loge, da Graf Kinsky erst am 15.2.1783 in der Loge „Zur Wahren Eintracht“ am Delegationsweg befördert und am selben Tag erhoben wurde (Protokoll der 144. Arbeit vom 15. 2. 1783).

Joseph Graf Kinsky (1731-1804) galt als Favorit Kaiser Josephs II. und war ein geachteter Feldherr. Er focht viele Schlachten und zeichnete sich schließlich im Türkenkrieg von 1788 aus. Im Jahr

1796 wurde Kinsky Feldmarschall und Stadtkommandant von Wien. Sein Bruder, Franz Joseph Kinsky, war der berühmte Direktor der Wiener Neustädter Militärakademie. Es ist vom Joseph Graf Kinsky bekannt, dass er durch Ignaz von Born als Lehrling der Loge „à la belle Etoile“ 15.2.1783 befördert und erhoben wurde, wir wissen aber nichts über den Bruder Kinsky. Dessen ungeachtet wurde die Loge „à la belle Etoile“ bereits 1780/81 von seinen Offizieren ins Leben gerufen.

Als Mitglieder der Militärloge wären noch zu nennen: Rittmeister Freiherr von Gaisberg (Dep. M.), Josef von Spiegelberg (1. A) und Rittmeister Graf Falkenhain (2. A). Sekretär war (1783/1784) Oberleutnant Freiherr Hohberg. Regimentskommandant in den Jahren 1779-1790 war Franz Lothar Freiherr von Bubenhofen und mit großer Wahrscheinlichkeit auch MvSt. Bubenhofen war ein mutiger Offizier, der im Jahr 1773 von Maria Theresia - mit Überspringen des Majorsranges - zum Oberstleutnant befördert wurde. Im Türkenkrieg von 1788-90 machte Bubenhofen abermals von sich reden und wurde zum Generalmajor erhoben. „Am 14. Juli 1790 starb er, vor der Festung Czettin, tödlich verwundet.“ Doch auch Oberstleutnant Josef von Maschauer wurde als Geselle der Loge „à la belle Etoile“ in der „Wahren Eintracht“ zum Meister erhoben.<sup>90)</sup>

Die Regimentsloge „à la belle Etoile“ bestand von 1781 bis 1785. Im Jahre 1785 hatte sie 22 Mitglieder. Zu Beginn des Jahres 1786 wurde sie auf eigenen Wunsch in der Sammelloge „Zur Wahrheit“ integriert. Joseph Graf Kinsky fand Aufnahme in die Loge - die Eliteloge - „Zur Wahren Eintracht“ des Ignaz von Born.<sup>91)</sup>

#### Weitere namhafte Offiziere in Freimaurerlogen

Im Folgenden werden einige k. k. Offiziere und Freimaurer genannt, die im 18. Jahrhundert Kriegsgeschichte schrieben und darüber hinaus bei ihren Untergebenen sich einer gewissen Beliebtheit erfreuten. Dass es sich dabei bloß um Beispiele handelt, braucht nicht eigens erwähnt zu werden.

Dagobert Sigismund Graf Wurmser (1724-1797) war österreichischer Feldmarschall und Mitglied der Prager Freimaurerloge „Wahrheit und Eintracht“. Als gebürtiger Straßburger trat Wurmser zunächst in französische Dienste und beteiligte sich später als österreichischer General am Siebenjährigen Krieg, wo er sich namentlich im Führen des „Kleinen Krieges“ hervortat. Nach erfolgreicher Teilnahme am Bayerischen Erbfolgekrieg zog er im Jahr 1793 als Oberbefehlshaber der Armee am Oberrhein gegen die französischen Truppen zu Felde. Im Jahr 1796 wirkte Wurmser als Oberbefehlshaber in Italien.<sup>92)</sup>

Wurmser erhielt für sein militärisches Können im Bayerischen Erbfolgekrieg im Jahr 1778 das Kommandeurkreuz des Maria Theresien-Ordens. Nachdem er 1793 die für unüberwindlich gehaltenen französischen Linien von Lauterbach und Weißenburg durchbrochen hatte, wurde er von Kaiser Franz II. (I.) mit dem Großkreuz des Maria Theresien-Ordens ausgezeichnet. Nach aussichtslosen Kämpfen gegen die Franzosen zog sich Wurmser wieder über den Rhein zurück. „Seine energischen Beschwerden über die schlechte Verpflegung und Unterstützung von Seite des Wiener Hofkriegsrates hatten zur Folge, dass der missliebig gewordene Dränger im Jänner 1793 abberufen“ wurde.<sup>93)</sup> Doch schon im Jahr 1795 erhielt er aufs Neue den Oberbefehl.

Wurmser war jedoch „nicht nur Soldat, er war auch Mensch und verband mit allen Eigenschaften des Feldherrn Bildung und Humanität“. Für die religiösen Bedürfnisse seiner Soldaten besaß er volles Verständnis und setzte sich für sie ein. In Prag trat Wurmser dafür ein, dass Protestanten ihren eigenen Gottesdienst hatten bzw. ließ er für die protestantischen Soldaten einen solchen einrichten.



*Ich habe Sie zum Obersten im Regimente ihres Vaters ernannt; ich verstehe schlecht meine Interessen. Sie haben mir in der vorigen Kampagne ein Bataillon in den Tod geführt; jetzt werden sie mir zwei töten lassen! Mäßigen Sie mindestens ihre Tollkühnheit. Der Staat und ich wollen Sie erhalten wissen.“<sup>99)</sup> Später, als Ritter des Goldenen Vlieses und Kommandeur des Maria Theresien-Ordens, versicherte er in seinen Memoiren, die Verleihung des Kommandeurkreuzes hätte „ihm die schönste Freude seines Lebens bereitet“.<sup>100)</sup>*



Bild nur im  
Heft verfügbar

Charles Joseph Fürst de Ligne war österreichischer und russischer Feldmarschall, weiters zählte er zu den Vertrauten Kaiser Josephs II. Er war Mitglied der Loge „L'Heureuse Rencontre“ in Brüssel. Sein Palais beherbergte den Sitz der „Ligne Equitable“; De Ligne selbst war der Meister vom Stuhl.

Ligne war stets ein „doppelter“ Mensch gewesen. So betrachtete er seine Teilnahme an den militärischen Kämpfen vom Standpunkt des Offiziers wie auch des aufklärerischen Philosophen. So schreibt er über die Einnahme von Belgrad: *„Ich sah mit großem militärischen Vergnügen und großem philosophischem Schmerz zwölf-tausend Granaten einschlagen, die ich auf diese armen Ungläubigen hatte abfeuern lassen.“* Der Offizier behielt bei Ligne freilich die Oberhand, wenn er bei der Belagerung der Türken in Oczakow (1788) festhielt: *„Ich beeilte mich, an den Scharmützel teilzuneh-*

*men, denn ich hatte noch nie Spahis gesehen. Unsere Tscherkessen erlegten manchmal welche mit Pfeilen; das war sehr amüsam.“<sup>101)</sup> Ligne hielt schonungslos die Fehler der Österreicher in den Kriegen gegen die französischen Revolutionstruppen und gegen Bonaparte fest. Zugleich war er bei Hof „der einzige, der seine Bewunderung für den Korsen“ nicht zurückhielt.<sup>102)</sup>*

Ivan Graf von Drasković (1740-1787) war kroatischer Offizier (Oberst) und focht als Freischarenkommandant im Bayerischen Erbfolgekrieg mit. Er wirkte als begeisterter Freimaurer und begründete in Glina die Loge „L'Amitié de Guerre“. Draskovic war der erste Großmeister der so genannten „Draskovic-Observanz“. Er betätigte sich in Glina und Zagreb als Gründer von Logen, die sich zu einer so genannten „Militärischen Union“ vereinigten.

Draskovic galt als sehr humanitär gesinnter Mensch und ein „Verschwender im Wohltun“. In einer Zeit, in der die Leibeigenschaft noch existierte und in der Mitglieder in den kroatischen Logen noch größtenteils Großgrundbesitzer waren, nahm er in die Verfassung seines freimaurerischen Systems die Worte auf: *„Vor-züglich aber muss die Humanität gegen Personen niederen Standes empfohlen werden... Wir sind alle gleich geboren: Wem also das Los zuteil wurde, Untertanen oder Diener zu haben, muss diese sanftmütig behandeln und alles vermeiden, ihr durch ihren Stand ohnehin schweres Schicksal noch mehr zu erschweren...“*

Draskovic selbst war auf seinem Landsitz Brezovica bei Zagreb bemüht, auf die Hebung des arg bedrückten Bauerstandes Bedacht zu nehmen. Man kann sagen, dass er der eigentliche Begründer der Freimaurerei im slawischen Süden der Habsburgermonarchie war. Janko Graf Draskovic (1770-1856) gilt als der Neuschöpfer Kroatiens. Er war Gründer des literarischen Vereins *Matica Hirske* und somit ein wahrhafter „Träger des nationalen Geistes“. Er focht als Kavallerieoffizier in den Kämpfen gegen die Türken.<sup>103)</sup>

### Worin lag die Faszination von Freimaurerlogen?

Die Gründe, warum Freimaurerlogen eine große Faszination auf Offiziere ausübten, lagen bei vielen sicherlich um das Wissen um jene Geheimnisse, die ihnen in Riten und Einweihungszeremonien offenbart wurden. Für die bürgerlichen Offiziere war es zudem der egalitäre Charakter, den (Militär-)Logen verbreiteten, der sie zur Mitgliedschaft anspornte. Hier konnte der bürgerliche Offizier mit seinen adeligen Standesgenossen als Bruder unter Brüdern verkehren und in Form der Grade dieselben Aufstiegsmöglichkeiten wie ein Adelige haben (im negativen Sinn konnte dies auch dazu führen, dass der Beitritt zur Freimaurerei nur deshalb gesucht wurde, um ein fehlendes Adelsprädikat wettzumachen). Zudem waren es wohl die Ideale des mittelalterlichen „Rittertums“, eng verbunden mit „Tapferkeit“ sowie auch der „Treue“ (gegenüber dem Monarchen), die eine nicht unwesentliche Rolle spielten. Namentlich die Neubelebung der Tradition des Templerordens sprach - natürlich auf modifizierte Weise - einen Geist an, den die Offiziere des 18. Jahrhunderts kannten und auch teilten. Es liegt außerdem auch nahe, dass diejenigen, die sich für die Freimaurerei interessierten, eine (zuweilen sehr ausgeprägte) humanitäre Ader hatten. Allerdings: Gab es nicht etliche Offiziere, die sich im 18. Jahrhundert für Untergebene einsetzten und deswegen keine (offiziellen) Freimaurer waren? Hier sei nur auf das Beispiel des österreichischen Feldmarschalls Leopold Graf Daun verwiesen, der für die gesamte Armee humanitäre Auflagen vorschrieb.

Sicher haben wir auch festzuhalten, dass der Ehrgeiz (oder besser: die Profilierungssucht) einzelner (höherer) Offiziere bei den Logengründungen eine gewisse Rolle spielte. Indem der jeweilige

Regimentsinhaber einer Art „Hausloge“ als Logenoberhaupt vorstand, konnte er (auch) sein Geltungs- und Repräsentationsbedürfnis zufrieden stellen.<sup>104)</sup> Ganz anders zeigt sich die Situation bei jenen, die über den Umweg der Logen vereinzelt freiheitlich-revolutionäres Gedankengut aufgriffen. Die „Jakobinerverschwörung“ in der Habsburgermonarchie gibt dafür ein beredtes Beispiel, zeigt aber auch deren (zumindest in der k. k. Monarchie) enge Grenze.

Das Freimaurertum ließ im 18. Jahrhundert noch einen eher konservativen Geist durchblicken, der dem Offiziersstand sehr entgegenkam. Aus (wohl starren) Glaubensgründen erließ der Vatikan mehrere Bullen gegen die Freimaurerei, die aber bei den Offizieren (sowie anderen Beamten und aufgeklärten Theologen) kaum Wirkung zeigten. Vielmehr richtete sich das Offizierskorps nach der Haltung ihres entsprechenden Monarchen. Das bedeutete aber, dass das Offizierskorps der Habsburgermonarchie mit der Haltungsänderung ihres Monarchen gleichfalls einen Schwenk seines Standpunktes zur Freimaurerei vollzog. Man kann allgemein sagen, dass die ablehnende Haltung bis zum Ende der Monarchie im Jahr 1918 anhielt. ■

#### ANMERKUNGEN:

- 1) Hier sei z.B. verwiesen auf: Eugen Lennhoff/Oskar Posner/Dieter A. Binder: Internationales Freimaurer Lexikon, München: Herbig, 2000 (überarbeitete und erweiterte Neuauflage der Ausgabe von 1932).
- 2) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.568.
- 3) Enzyklopädie: Mithras. DB Sonderband: Wikipedia Frühjahr 2005, S.300250.
- 4) Zur genaueren Beschäftigung mit diesem Mysterienkult vgl. Helga Jobst: Die römischen Mithrasmysterien. In: Werner Jobst (Hrsg.): Carnuntum. Das Erbe Roms an der Donau. Katalog der Ausstellung des Archäologischen Museums Carnuntum in Bad Deutsch Altenburg, o. J., S.31ff.
- 5) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.572.
- 6) Vgl. Jobst, a.a.O., S.32f.
- 7) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.573.
- 8) Enzyklopädie: Mithras, a.a.O., S.300252f.
- 9) „Das Feuer war in der Stoa, die den Hintergrund der Mithrasmysterien bildete, von wesentlicher Bedeutung. Nach stoischen Spekulationen wäre die Welt aus einem schöpferischen Urfeuer entstanden und würde sich nach Ablauf einer Weltperiode - dem Platonischen Jahr durch einen Weltenbrand wieder in dieses Urfeuer auflösen, welches aber in ewiger Wiedergeburt alle Dinge aufs Neue hervorbringen soll. Als feurigen Hauch (Pneuma) dachte man sich auch die materielle Erscheinungsform des LOGOS, der Zentralbegriff der Stoa war und als Weltvernunft oder Lebensprinzip mit einer obersten Gottheit gleichgesetzt wurde.“ - Jobst, a.a.O., S.40.
- 10) Vgl. Jobst, a.a.O., S.33: „Die HIMMELFAHRT seines Gottes bedeutete dem Mithrasgläubigen Vorbild und Verheißung der Rückkehr seiner unsterblichen Seele zu dem überhimmlischen Ort, von dem sie stammt. Um dieses Ziel nach dem Tod zu erreichen, musste sich der Gläubige in seinem Erdenleben bemühen, jene Reinheit der Seele zurückzugewinnen, welche diese bei ihrem Abstieg vom Himmel durch die sieben Planetensphären in den irdischen Leib eingeübt hatte. Im stufenweisen Aufstieg durch die sieben Weihegrade wurde die Rückkehr der Seele zum Himmel im Kult symbolisch vorweggenommen.“ (S.49).
- 11) Vgl. Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.573.
- 12) Vgl. Jobst, a.a.O., S.33f.
- 13) Vgl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mithraismus>.
- 14) Mithras verpflichtete als Gott des Vertrages seine Anhänger zu Loyalität gegenüber dem Kaiserhaus. - Vgl. Jobst, a.a.O., S.34.
- 15) Ebenda.
- 16) Vgl. Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.573.
- 17) Ebenda, S.709. - Und weiter im Text: „Es sind die großen Geheimnisse der Natur, des Alls, die großen allgemeinen Ursachen, auf die der Grad hindeuten will, die Sehnsucht des auf dem Weg der reinen Vernunft nach Erkenntnis ringenden Menschen, der nach den Sternen greifen will, aber endlich in abgeklärter Weisheit zu sich selbst, zum Dienst an der Menschheit zurückfindet.“
- 18) Vgl. Enzyklopädie: Freimaurerei/Geschichte. DB Sonderband: Wikipedia Frühjahr 2005, S.150557f.
- 19) Nach ital. „loggia“, franz. „logis“ und engl. „lodge“.
- 20) Vgl. E. Götzinger: Realexicon der Deutschen Altertümer. Ein Hand- und Nachschlagebuch der Kulturgeschichte des deutschen Volkes, Leipzig: Verlag von Woldemar Urban, 1885/Reprint-Verlag-Leipzig, S.231f.
- 21) In Bezug auf Letzteres lassen sich gewisse Ähnlichkeiten zu den islamischen Derwisch-Bruderschaften erkennen, deren erste Gründungen bereits in das 12. Jahrhundert zurückreichen.
- 22) Enzyklopädie: Freimaurerei/Geschichte, a.a.O., S.150558ff.
- 23) Götzinger, a.a.O., S.232.
- 24) Vgl. Enzyklopädie: Freimaurerei/Geschichte, a.a.O., S.150561. - Zur blutigen Verfolgung durch Inquisition vgl.: Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.416.
- 25) Die Militärlogen wurden aufgehoben. Nur noch in den Hauptstädten sollten Logen mit vorgeschriebener Mitgliederzahl arbeiten dürfen, „und zwar jeweils höchstens drei, die ihre Versammlungen anzumelden und ihre Mitglieder bekannt zu geben hatten“. Das heißt, dass auf dem Gebiet des heutigen Österreich neben Wien nur noch Logen in Linz, Graz und eine in Innsbruck übrig blieben.
- 26) Die Loge „Zur Liebe und Wahrheit“.
- 27) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.633ff.
- 28) Die Gruppe umfasste die Freimaurer E. Hajnóczy, Hauptmann Laczkovics, Graf Sigray und den Franziskanerabt Martinovics.
- 29) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.858.
- 30) Ebenda, S.302f.
- 31) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.833.
- 32) Der Inhalt der freimaurerischen Tempellegende besagt in Kürze, dass nach dem Pariser Autodafé des Jahres 1314 der Orden der Tempelritter in Schottland im Geheimen weiter bestanden habe. In Schottland soll ein eigenes Kapitel, um sich vor Vernichtung zu schützen, ihre Organisation in die Freimaurerei gestülpt haben. Historischer Kritik hält diese Legende freilich nicht stand. Nichtsdestotrotz wurde sie bereitwillig geglaubt und zahlreiche Hochgradsysteme klammerten sich an sie. In der Strikten Observanz hielt man sich für „berechtigte Nachfahren der alten Tempelritter“ und hielt an einem Hochgradsystem fest, das mit dem VI. Grad einen spezielle „Ritterweihe“ verband.
- 33) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.709f.
- 34) „Ritter der Sonne“, „Ritter des heiligen Andreas“, „Ritter Kadosch“, „Ritter vom Osten (des Degens)“, „Ritter des Ostens und des Westens“, „Ritter von Malta“ etc.
- 35) Vgl. z.B. Enzyklopädie: Freimaurerei, a.a.O., S.150532ff. - Schwert: Seit 1724 als „Großmeisterschwert“ im Gebrauch. Bei einzelnen freimaurerischen Arbeiten wird das Schwert neben Maurerschurz und Maurerkelle getragen. Es spielte also eine nicht unwesentliche Rolle „und gemahnt an die Verbindung von Maurertum und Rittertum, die im 18. Jahrhundert so stark im Schwange war“. Das Schwert erinnert an den Wiederaufbau Jerusalems „und symbolisiert Ritterlichkeit und den geistigen Kampf zur Veredelung des eigenen Ichs, für Wahrheit und Recht, Unschuldige und Wehrlose, den Brüdern und den Bund“ (S.774). - Degen: Auf dem Kontinent legten ursprünglich Offiziere die Waffe vor ihrer Tätigkeit in der Loge ab. Aber: Der Degen (Galanteriedegen) in Frankreich zum Gesellschaftszug dazu. Da mit den Hochgraden ritterliche Vorstellungen in die Freimaurerei einfließen, kam der Degen (bzw. der Dolch) als Ritualgegenstand in Verwendung (S.206).
- 36) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.710.
- 37) Gerhard Volging: Die Macht des Templersordens, Gnas: Weishaupt Verlag, 2003, S.35.
- 38) Vgl. Gerhard Volging: Auf den Spuren der Tempelritter in Österreich. In Dokumenten und Legenden, Gnas: Weishaupt Verlag, 2004, S.46f.
- 39) Friedhelm Klein: Der Beruf des Offiziers. In: De officio. Zu den ethischen Herausforderungen des Offizierberufs, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2000, S.14f.
- 40) Michael Howard: Der Krieg in der europäischen Geschichte. Vom Ritterheer zur Atomstreitmacht, München: Verlag C. H. Beck, 1981, S.77.
- 41) Vgl. Gerald Fischer-Colbrie: Die Militärloge „Zu den drei Estandarten“. Gegründet als Regimentsloge der ehemaligen „Vierzehner“. In: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs, Bd. 18/1996, S.398.
- 42) Vgl. Howard, a.a.O., S.77f.
- 43) Ebenda, S.97.
- 44) Klein, a.a.O., S.15. - Freilich sei nochmals darauf verwiesen, dass es von einzelnen Staaten und ihren Strukturen abhing, von welcher Intensität und Geschwindigkeit dies vor sich ging.
- 45) Rainer Wohlfeil: Ritter - Söldnerführer - Offizier. Versuch eines Vergleichs. In: Arno Borst (Hrsg.): Das Rittertum im Mittelalter, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1998, S.340. - Die Intensität und die Schnelligkeit dieses Vorgangs ist noch immer nicht befriedigend geklärt.
- 46) Howard, a.a.O., S.97.
- 47) Wohlfeil, a.a.O., S.344.
- 48) Vgl. Heinrich Walle: Gehorsam im Konflikt: Widerstehen im NS-Regime. In: De officio. Zu den ethischen Herausforderungen des Offizierberufs, Leipzig: Evangelische Verlagsanstalt, 2000, S.67. - In damaligen Offiziersspiegeln wird als Regel festgehalten, dass der Offizier die Befehle des Monarchen auszuführen habe, „sofern sie nicht seine Ehre verletzen“. Konkret bedeutete dies die Quittierung des Dienstes bis hin zum Freitod.
- 49) „In der in einem Lesebuch für Mädchen von 1941 abgedruckten Kurzgeschichte von Hans Franck „Das Königsduell“ wird eine Begebenheit geschildert, bei der Friedrich der Große bei einer Truppenrevue einen Leutnant für eine Ungeschick-

lichkeit über Gebühr tadelt und ihn dadurch vor der Front in seiner Ehre kränkt. Der junge Mann tritt vor den König, nimmt Haltung an und fordert den König zur Wiederherstellung seiner Ehre zum Duell. Er zieht eine seiner Pistolen und ruft: „Majestät haben den ersten Schuss. Da ich jedoch Majestät nicht zu befehlen habe, gebe ich ihn für Eure Majestät ab.“ - Der Leutnant feuert in die Luft und zieht seine zweite Pistole. „Der zweite Schuss gehört mir“, ruft er dem König zu. „Da ich aber Majestät die Treue geschworen habe, kann ich nicht auf den König feuern!“ Nach dieser Erklärung erschießt sich Leutnant selbst.“ - Walle, a.a.O., S.67f.

50) Klein, a.a.O., S.16. - Anzuführen wäre beispielsweise das Verhalten des Oberstleutnants von der Marwitz, als dieser sich im Siebenjährigen Kriege weigerte, dem Befehl des Königs Friedrich II. zu folgen und ein sächsisches Schloss zu plündern. Von der Marwitz quittierte den Dienst und ließ sich auf den Grabstein meißeln, er „wählte Ungnade, wo Gehorsam nicht Ehre gebracht hätte“.

51) Wohlfeil, a.a.O., S.347.

52) Vgl. ebenda, S.348.

53) Klein, a.a.O., S.17.

54) Wohlfeil, a.a.O., S.348.

55) Fischer-Colbrie, a.a.O., S.398.

56) V.a. in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gab es ein verstärktes Hinweinwachsen des Bürgertums in das Offizierskorps. Doch es war vorwiegend die bürgerliche Oberschicht, die nun in die Führungspositionen der Armee drängte. Es waren also nun in erster Linie die Söhne von höheren Beamten und Akademikern, von bürgerlichen Gutsbesitzern und Offizieren, die entsprechende Offiziersposten einnahmen. An der Exklusivität des Offizierskorps ändert sich indessen kaum etwas. Die bürgerlichen Offiziere schlüpfen mit der Uniform in eine „eigene Welt“ hinein, in der sie sich bedingungslos den adeligen Normvorschriften fügten. Man sprach nicht ungefähr von einem (neuen) „Adel der Gesinnung.“ - Vgl. Klein, a.a.O., S.23.

57) So trat die Freimaurerei wiederholt gegen die Sitte des Duells auf, „allerdings musste sie sich hier Beschränkungen auferlegen, da viele ihrer Mitglieder (Offiziere) der Duellsitte unterworfen waren.“ - Vgl. Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.237f. - Vgl. z.B. auch: Hubert Mader: Duellwesen und altösterreichisches Offiziersethos. Biblio Verlag, Osnabrück 1983, S.134ff.

58) Vgl. Fischer-Colbrie, a.a.O., S.408

59) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.567.

60) Orient ist die Bezeichnung für den festen Ort, an dem eine Freimaurerloge ihren ständigen Sitz hat.

61) Wir könnten zwischen „Militärlogen“ als regimentsübergreifende Vereinigungen (mit festem Standpunkt) und „Regiments- oder Feldlogen“ als regimentsabhängige Logen unterscheiden. Fischer-Colbrie, a.a.O., S.398.

62) Vgl. Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.567.

63) Vgl. Fischer-Colbrie, a.a.O., S.399.

64) Vgl. A. Önerfors: The Canonbury Papers, Vol. 1, S.60-68, London 2002. - Zitiert nach: Rüdiger Wolf: Die Militärloge „A la Belle Etoile“ im OR. der k. k. Armee 1781-1786. Skriptum. Wien, o. J., S.2.

65) Ebenda.

66) Wolf: „Man bezeichnete sich als ‚Svenska Arméens Loge‘ und gründete sogar zwei Tochterlogen: ‚Zu den 3 Greiffen in Greifswald‘ und die Loge ‚La Charité‘ in Stralsund.“

67) So in den Regimentern „Kaunitz“, „Arberg“, „Württemberg“, „Ligne“ und „Murray“.

68) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.568.

69) Hauptmann Johann Jakob Freiherr von Ferraris, der 1765 zur Strikten Observanz übergetreten war (Ordensname Eques a Tuba) hatte um 1760 die Militärloge „Zu den drei Kometen“ in Böhmen errichtet, für die er im Juli 1765 ein Patent der Strikten Observanz erhielt. Um 1778 leitete er in Zalesczyk die Filialloge „Zur goldenen Kanone“ der Lemberger Loge „Zu den 3 weißen Adlern“. Abafi: Geschichte der Freimaurerei, nach: Fischer-Colbrie, a.a.O., S.399 (Anm. 12).

70) Fischer-Colbrie, a.a.O., S.398f.

71) Ebenda, S.409.

72) Franz Ludwig Graf Colmanero (Colmenero) de Valderios (ca. 1700-1734).

73) Anton Ignaz Graf Mercy d'Argenteau, gest. 1767 Esseg.

74) Ladislaus Freiherr Kökényedi de Vettés (1680-1756).

75) Nikolaus Leopold Rheingraf von Salm (1701-1770).

76) Fischer-Colbrie, a.a.O., S.400. Es war damals üblich, die Regimenter nach ihrem Inhaber zu benennen. Erst später wurden ihnen Nummern zugewiesen. Dieses Regiment erhielt die Nummer „14“ zugewiesen, weshalb es im Volksmund auch die „Vierzahner“ genannt wurde. Später hieß es nach dem neuen Inhaber auch „Linzer Hessen“.

77) Die Regimentsgeschichte siehe: Fischer-Colbrie, a.a.O., S.400ff.

78) „Das Gesamtverzeichnis weist neun Mitglieder dieser Loge aus: Oberleutnant Martin Clemens als MvSt, Hauptmann Martin Rehrmann, Oberleutnant Christian Kaiser, die Oberleutnants Freiherrn von Lusignan Stefan der Ältere und Josef der Jüngere, Unterleutnant Franz Straube, Oberleutnant Philipp von Nerée und Leutnant Franz Lacroix sowie den sowohl für die Schottenloge als auch sämtliche Johannislogen amtierenden Sekretär, den Zivilisten Josef Martinelli, einen Prager Kaufmann.“ - Fischer-Colbrie, a.a.O., S.402.

79) Fischer-Colbrie, a.a.O., S.401f.

80) Wegen des Streites zwischen der Warschauer und der Prager Obediens um die Zugehörigkeit der kurz vorher von Polen abgetrennten Provinz Galizien erfolgte die Anerkennung der 1774 gestifteten Loge so spät.

81) Im Vergleich zu 1774/1776 zeigt die um mehr als ein Drittel angewachsene Liste vom 15. Jänner 1778 „neben dem Hauptkontingent von 22 Brüdern des alten Regiments 13 Brüder aus neun verschiedenen anderen Militäreinheiten an“. - Fischer-Colbrie, a.a.O., S.404.

82) Ebenda, S.403. Neben dieser Militärloge richtete der Initiator der Logengründung, der eine Laufbahn als Beamter anstrebte, eine weitere, aus Zivilisten zusammengesetzte Loge, in Lemberg ein und gab ihr den alten Namen der ehemaligen Lemberger Loge „Zu den drei weißen Adlern“.

83) Fischer-Colbrie, a.a.O., S.403ff. Die Militärloge „Zu den drei Estandarten“ war - trotz ihres Namens - de facto zu einer Zivilloge mutiert. „Der vierundvierzigjährige Prämonstratenser und Feldpater des rund um Lemberg einquartierten Infanterie Regiments Darmstadt, Johann Bartis, führte - als einziger schottischer Meister - die Logenliste von vier Gesellen und zehn Lehrlingen an, die mit Ausnahme eines pensionierten Offiziers dem Regiment Darmstadt angehörten.“

84) Nur die drei Militärlogen in den Österreichischen Niederlanden (wo das Patent in etwas milderer Form erst am 9. Jänner veröffentlicht wurde) wurde eine Frist bis 15. Mai eingeräumt, die allerdings ungenutzt blieb. - Fischer-Colbrie, a.a.O., S.406.

85) Ebenda, S. 406.

86) Vgl. ebenda, S.408.

87) Martin Clemens strebte eine Laufbahn als Beamter an und blieb als nummehriger Kreisbeamter in Galizien zurück.

88) Vgl. Fischer-Colbrie, a.a.O., S.408.

89) MvST = Meister vom Stuhl.

90) Vgl. Wolf, a.a.O., S.3f.

91) „Er (Kinsky, Anm. d. Verf.) hatte ein sehr gutes Verhältnis zu Kaiser Josef II., der den Graf auch sehr schätzte. Vielleicht konnte Br. Kinsky maurerisches Gedankengut einbringen und die Brüder Offiziere in ihrem militärischen Alltag Humanität und Menschlichkeit üben“ (Wolf, a.a.O., S.5).

92) Vgl. Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.915.

93) Constant von Wurzbach: Biographisches Lexikon, Bd. 59, Wien: k. k. Hof- und Staatsdruckerei, 1890, S.3: O. Criste schreibt in seinem Artikel, dass Wurmser „noch die schwere Kränkung“ erfuhr, von der Armee abberufen zu werden, „um den Verbündeten keinen Grund zu neuen Misslichkeiten zu geben“. In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 44, Leipzig 1898, S.339.

94) Wurzbach, a.a.O., S.4.

95) Vgl. Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.182.

96) Constant von Wurzbach: Biographisches Lexikon, Bd. 2, Verlag des typographisch-literarisch-artistischen Anstalt, Wien 1857, S.385. K. Landmann schreibt in seinem Artikel: „Als Feldherr war Clerfayt besser als seine Vorgänger im Kommando gegen die französische Republik. Er verlor nie den Kopf und wurde nie müde; stets besorgt für das Wohl der ihm anvertrauten Truppen verstand er es auch, sie bei gutem Geist zu erhalten. Doch besaß er nicht genug Initiative, und seine Kriegführung zeigte noch viel von der Passivität und Langsamkeit des Cordonkrieges; er war sicher keiner von jenen Feldherrn, welche dem Gegner Gesetze vorschreiben. Erst sein Nachfolger Erzherzog Karl schwang sich mehr empor zu einer tatkräftigen Kriegführung mit vereinigten Kräften.“ In: Allgemeine Deutsche Biographie, Bd. 4, Leipzig 1876, S.328.

97) Wurzbach, Bd. 2/1857, S.385f.

98) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.517.

99) ADB, Bd. 18/1883 (J. Kunisch), S.642f.

100) Constant von Wurzbach: Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Bd. 3, Verlag der typogr.-literar.-artist. Anstalt, Wien 1858, S.214.

101) Jean-Jacques Langendorf: Ahnengalerie der kaiserlichen Armee 1618-1918. Biographische Schattenrisse, Karolinger, Wien 1995, S.67f.

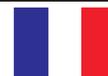
102) Langendorf, a.a.O., S.68.

103) Lennhoff/Posner/Binder, a.a.O., S.233.

104) Vgl. Fischer-Colbrie, a.a.O., S.408.

## Dr. Hubert Michael Mader

Geb. 1955; Hofrat; Studium der Wirtschafts- und Sozialgeschichte/Österreichische Geschichte, seit 1991 an der Landesverteidigungsakademie, seit 1993 am Institut für Wehrpolitik, jetzt Institut für Human- und Sozialwissenschaften (IHSW); Forschungsschwerpunkte: Soldatenethos, Sozialgeschichte des Militärwesens; Mitarbeiter der Evangelischen Militärseelsorge; zahlreiche Publikationen zu diversen kulturwissenschaftlichen Themenstellungen.



## The Strategic Situation at the Turn of the Year

Lothar Rühl

As in the last years the trouble spots Afghanistan, Iraq and the Near East have determined events in 2006. North Korea is striving for an accepted status as a nuclear state, for an American security guarantee, and for immediate bilateral relationships with the USA in order to revalue its international status. Nuclear weapons would help Pyongyang to get military dominance against South Korea, which is a rich country protected by the USA, and would serve as a lever against its neighbours in the south and east.

Teheran's probable, but still not completed case of proliferation indicates that, as far as non-proliferation of nuclear weapons is concerned, in the end all depends on treaty assertion, meaning international use of force as a last resort if necessary. Neither China nor Russia, however, wanted to make use of these means of enforcement against North Korea and Iran. Thus, in both cases international security and enforcement policy was blocked, and the USA and UN were politically outmanoeuvred.

In 2006 the worst misgivings concerning long-term effects of the American-British war of intervention proved to be true. In 2006 the crisis of the American occupying policy including operations against a hardly tangible enemy, which had been escalating since the summer of 2003, culminated and covered all of Iraq. The USA lost both their strategic flexibility and their initiative. Thus, the American policy of power is threatened with paralysis not only in the Gulf region, but also in the entire Middle East.

In 2006 the Hindukush region was no good time for the West, neither. Although the British, Canadians and Dutch, who had taken over Southern Afghanistan with its five restless provinces from the Americans, inflicted heavy losses on the *Taliban*, they were unable to prevent new fighters from the Pashtunic border region of Pakistan from invading, thus having to face the same unchanged problem which the Americans had been unable to overcome. The number of NATO troops within ISAF was not sufficient. The expansion of NATO's responsibility for the security to the whole of Afghanistan drives the allies' military engagement deeper and deeper into a country which never had been united or at peace, and which lies between neighbours, both in the west and in the east, who want to gain dominating influence: Iran and Pakistan.

The disastrous situation in the Palestinian region of Gaza, the difficulties in the West bank area of the river Jordan, where Palestine with Gaza as its annex is supposed to be born as an independent state, and the violent dispute for power

between the rival radical organizations *Fatah* and *Hamas* since the elections in Israel are connected with the developments in Lebanon and the war of the *Hezbollah* in Israel. This connection may not be obvious, but it is illustrated by its link in Damascus in the Syrian conflict strategy against Israel, supporting a war on two fronts, with indirect aggression without a military involvement of Syria, aiming at winning back Golan, which has been annexed by Israel.

For America as the leading super-power, as external supreme power in the Middle and Far East, as the leader of Western alliances, and as a powerful guarantor of the international nuclear-political security regime, the tightened crises have become a critical political and strategic challenge which Washington so far has not been able to meet with a coherent strategy.

## Québec - The Confident Francophone Nation within Canada between Federal Partnership and Sovereignty

Martin Pabst

The Québec-problem has been a constant topic in Canadian politics for 40 years. In spite of many different approaches so far politicians have not been successful in negotiating an acceptable solution concerning the francophone province – within or without the Canadian state. Being one of Canada's four founder provinces it was dominated by the Catholic Church; the political alignment was conservative and directed against reforms and trade unions.

Only in the sixties the power of the Church was restrained by Jean Lesage's liberal government. The country was modernized in the course of the *Révolution tranquille* (the quiet revolution), focussing on social, economical and political matters. In 1968 French was adopted as the second Canadian official language in addition to English. At the same time the first separatist movements of Québec were founded, the *Rassemblement pour l'Indépendance Nationale* (RIN), and the *Front pour la Libération du Québec* (FLQ), which uselessly tried to achieve Québec's independence.

In the democratic spectrum – the Québec Liberal Party – nationalist tendencies expressed themselves as well. In 1967 the former cabinet minister René Lévesque left and founded the *Parti Québécois* (PQ) in 1968. A certain orientation towards the left was the distinguishing feature of the Francophone nationalism in Québec represented by him. Two referendums concerning the separation from Canada were lost in 1980 and 1995, the latter, however, was a close shave.

The federal government under the Prime Minister Jean Chrétien (Liberal Party) adopted a different strategy. Québec's striving for independence was to not be controlled by concessions any longer, but by sterner actions placed by the federal government. Undisguised warnings were directed to Québec. Since 2003 a liberal government has been acting under Jean Charest, who had been the leader of the Canadian Progressive Conservative Party from 1993 to 1998. This government also tries to push additional rights through for Québec in constitutional negotiations.

The lack of a „repressive“ central state is undoubtedly a weak spot of the Québécois. In the course of the last years economical topics have pushed the sovereignty problem into the background. If Québec approved of the separation of the north, which is thinly populated by Red Indians and Eskimos, and of the region in the west which is populated mainly by Anglo-Canadians, a referendum for independence would almost certainly be positive. On the other hand, a loss of the energy reserves in the north as well as of the industrial potential in the west would be disastrous for economy.

Irrespective of the results of another possible independence referendum Québec has established itself as a strong political, economical and cultural power, which is internationally perceived. Whether initiatives can be expected from the conservative government – which has been acting since January 2006 - under the Prime Minister Stephen Harper is still up in the air. Considering the past numerous failures all Canadian politicians shrink back from grasping the nettle – the reform of the constitution.

## Gesellschaft für Militärökonomie e. V. „...arbeitet im politischen und militärischen Interesse Europas“



Mehr praktische Erfahrungen  
an die Wissenschaft -  
Mehr wissenschaftliche Erkenntnisse  
in die Praxis.

Wissenschaftliches Institut  
in Deutschland - Fürstenfeldbruck  
[www.militaeroekonomie.de](http://www.militaeroekonomie.de)

## Knight's Move

Romedio Graf von Thun-Hohenstein

In the spring of 1944 in Yugoslavia the German armed forces and their allies had to face a growing partisan army involving them in permanent defensive battles in Dalmatia, Montenegro and Albania. On the other hand, the Germans in Serbia, Croatia and Bosnia succeeded in driving back Tito's formations in the north and west of the river Drina. On 9<sup>th</sup> May the OKW confirmed that an attack on Tito's headquarters would represent an opportunity to paralyze Tito's control and administrative machinery.

On 12<sup>th</sup> May the 2<sup>nd</sup> Supreme Command of the 2<sup>nd</sup> Armoured Army laid down the details for the planned operation which was called "Knight's Move". The decisive point was the element of surprise in the beginning of the operation. The Yugoslavian forces in Drvar were not as strong as could be expected when considering the fact that Tito's headquarters and the three allied military missions were there. Because he was afraid of German air strikes Tito resided in a cave inside the mountain ridge surrounding Drvar on all sides.

The attack started at 0630 on 25<sup>th</sup> May 1944. The German general thrust was directed against the town centre which was defended fiercely by the partisans. At about 0845 the Germans crushed the Partisans' last resistance, and at 9000 they had taken Drvar without being able to pinpoint Tito's headquarters. Tito had spent the night in a hut near the cave and drew back into the cave system when the German attack began.

When the resistance became fiercer at noon, the Germans had succeeded neither in tracking down Tito, his staff, or the allied military missions, nor in capturing them. Facing this situation, the commander of the German operation ordered those forces of the battalion which were still fit for action to withdraw towards the churchyard and to prepare for defence. In fact Tito and his immediate staff had already left at about 1115 without heavy losses.

Whereas with "Knight's Move" the German command and control had let the last opportunity slip to hit Tito's Partisan movement decisively, the British realized the danger for Tito at once and reacted with two immediate steps. The first was heavy airborne fire support for the partisans assuming - even for the Germans - vast proportions, and the second was a landing operation with a strong contingent of British troops against the island of Brac. At British instigation Tito left Yugoslavia towards Bari, from where he was taken to Vis immediately to set up his headquarters there.

The lessons of "Knight's Move" are easily learned. Although the paratrooper battalion put into action met the military expectations, it was put into action regardlessly and was virtually worn out after the mission. The decisive point, however, was the fact that as reconnaissance approached Tito's real whereabouts had remained unknown. Thus, the operation's main objective

was missed. The underrating of the partisans' fighting strength, together with their swift reaction to the landing, substantially contributed to this failure.

## The Officers' Corps and Freemasonry in the 18<sup>th</sup> Century

Hubert M. Mader

Soldiers had always been prepared to disseminate those cults and mystery religions concerning their areas of life, as long as they did not contradict service, but rather confirmed it on a metaphysical level. The first cult which entirely covered this area of soldierly life, and at the same time included relevant elements which also can be found in "modern freemasonry", was the Mithras cult of the Roman legions.

Parallels between the Mithras cult and the modern freemasonry of the 18<sup>th</sup> century virtually suggest themselves, although a direct transfer of symbolism never took place. "Secret societies" had always held an attraction for many soldiers and officers. Maybe the reason for this is that the established religions could not offer moral stability to a number of soldiers, who had to face uncertainty concerning survival almost every day. Open criticism of the churches, but also a new spirituality and even occultism stepped into the developed breach.

The 24th of June 1717 went down in history as the date of foundation of organized freemasonry. At that time the union of four lodges led to the first major lodge in London. The roots of freemasonry can be traced back to builders' hut traditions with traces of both occidental and oriental legends.

The reasons why many officers were fascinated by freemason lodges can be found in the knowledge of those secrets which were unveiled in the course of rites and opening ceremonies. In addition to that the egalitarian character radiated by military lodges spurred on untitled officers to become members. Here the untitled officer could socialize with his noble class comrades as a brother among brothers and in the form of ranks have the same promotion prospects as a noble. Additionally, the ideals of medieval "knighthood", combined with "bravery" and "loyalty" (to the monarch) played important parts. The revival of the Knights Templar tradition particularly appealed, albeit in a modified manner, to a spirit known and agreed upon by the officers of the 18<sup>th</sup> century.

Emperor Joseph II. took up a conflicting view as far as freemasonry was concerned. On the one hand he spoke very highly of the union and protected it, and on the other hand he got it under absolute control by the state. Leopold II., however, influenced by the French Revolution, had unfavourable views considering freemasonry in its entirety. From the first day of his term of office, Emperor Franz II. took hostile

views against freemasonry because of clerical insinuations, which started in the course of the French Revolution, and later was backed up particularly by Metternich in this matter. Finally, in 1797 all "secret societies" were abolished. In Austria freemasonry remained outlawed until the end of the monarchy, but it could gain a foothold in Hungary after the Act of Settlement of 1867 again.

## La situation stratégique au 31 décembre 2006

Lothar Rühl

Comme au cours des années précédentes, les foyers de guerre que sont l'Afghanistan, l'Irak et le Proche Orient, définirent les événements internationaux en 2006. S'y est ajoutée la Corée du Nord, qui aspire à obtenir le statut reconnu d'un Etat doté de l'arme nucléaire, une garantie américaine de sécurité et des relations bilatérales directes avec les E.-U., en tant que revalorisation de sa position internationale. La possession d'armes nucléaires aiderait Pjongjang à exercer sa domination militaire à l'encontre de la Corée du Sud, riche et protégée par les E.-U. et lui servirait de moyen de pression vis-à-vis de ses voisins au Sud et à l'Est.

De même, l'affaire de la prolifération de Téhéran, qui n'est pas encore consommée, bien qu'elle soit vraisemblable, montre aussi qu'on se dirige en fin de compte, en ce qui concerne la non-prolifération des armes nucléaires, vers l'exécution du contrat, c.à.d., en cas de nécessité, vers une application internationale de la force, en tant qu'ultime moyen après les sanctions. Toutefois, ni la Chine, ni la Russie, ne voulurent laisser ces moyens coercitifs en arriver à être appliqués contre la Corée du Nord ou l'Iran. C'est ainsi que les politiques internationales de sécurité et d'ordre se sont trouvées bloquées dans les deux cas, de même que les E.-U. et l'ONU politiquement écartés.

En 2006, les craintes les plus graves quant aux conséquences à plus long terme de la guerre d'intervention américano-britannique en Iraq se confirmèrent. La crise, de plus en plus violente depuis l'été 2003, de la politique d'occupation américaine, allant de pair avec des occupations militaires contre un ennemi presque insaisissable, atteignit en 2006 un nouveau point culminant et embrasa l'ensemble du territoire irakien. Les E.-U. perdirent tant la flexibilité stratégique que l'initiative ; c'est ainsi que la paralysie menaça la politique américaine de puissance non seulement dans le Golfe mais aussi dans l'ensemble de l'Orient.

De même, l'année 2006 ne fut pas une bonne période pour l'Occident en ce qui concerne l'Hindou Kouch. Il est vrai que les Britanniques, les Canadiens et les Pays-Bas, qui avaient reçu des Américains le Sud de l'Afghanistan avec ses

cinq provinces agitées, infligèrent aux *Talibans* de lourdes pertes mais ne purent empêcher la pénétration de nouveaux combattants, venant de la région frontalière pachtoun du Pakistan et se virent confrontés au même problème, constant, que les Américains n'avaient, d'ores et déjà, pas pu maîtriser : les effectifs des troupes de l'OTAN dans la FIAS ne suffisait plus. L'extension de la responsabilité de l'OTAN pour la sécurité à la totalité du territoire afghan pousse l'engagement militaire des alliés de plus en plus loin et de plus profondément dans un pays qui n'a jamais été uni ou en paix et qui se trouve, à l'Ouest comme à l'Est, coincé entre des voisins, qui entendent gagner en influence dominante de l'extérieur : l'Iran et le Pakistan.

La situation catastrophique dans le territoire palestinien de Gaza, les calamités dans la zone occidentale des rives du Jourdain, où la Palestine doit naître, avec l'annexe de Gaza, en tant qu'Etat indépendant, le conflit violent entre les organisations radicales rivales que sont le *Fatah* et le *Hamas* pour le pouvoir, depuis les élections israéliennes, sont liés à l'évolution au Liban de la guerre du *Hezbollah* avec Israël. Cette corrélation n'est pas évidente mais le lien avec Damas l'élucide dans la stratégie de conflit syrienne contre Israël en ce qui concerne une situation de guerre sur deux fronts, qui a pris naissance à la suite d'une agression indirecte sans participation militaire de la Syrie, avec pour but de récupérer le Golan, annexé par Israël.

Pour l'Amérique, prise en tant que puissance mondiale dominante, puissance prépondérante extérieure au Moyen Orient et en Extrême Orient, ainsi que dirigeante des alliances occidentales et garante puissante du système international de sécurité en matière de politique nucléaire, les crises (qui s'étaient notoirement aggravées) sont devenues un défi critique en matière de politique mondiale et de stratégie globale, auquel Washington n'a pas été capable, jusqu'à présent, d'opposer une stratégie cohérente.

## Québec - Une nation francophone sûre d'elle-même au sein du Canada, à mi-chemin entre partenariat fédéral et souveraineté

Martin Pabst

La question québécoise est, depuis 40 ans, un thème récurrent de la politique canadienne. Malgré de nombreuses esquisses, personne n'a réussi jusqu'à présent à négocier une solution, acceptable pour toutes les parties, en ce qui concerne la province francophone - que ce soit à l'intérieur ou à l'extérieur de la fédération des Etats canadiens. Québec fut, en tant que l'une des quatre provinces à l'origine du Canada, dominée par l'Eglise catholique ; l'orientation politique fut d'ordre conservateur et fut dirigée contre les réformes et les syndicats.

Ce ne fut que dans les années 60, sous le gouvernement libéral de Jean Lesage, que le pouvoir de l'Eglise fut contrecarré et que le pays fut modernisé durant ce qui fut appelé *la révolution tranquille*, les points cruciaux se situant dans les domaines social, économique et politique. En 1968, le français fut élevé, outre l'anglais, au rang de deuxième langue officielle canadienne. Au cours de cette période, on assista aussi à la fondation des premiers mouvements séparatistes du Québec : *le Rassemblement pour l'Indépendance nationale (RIN)* et *le Front pour la Libération du Québec (FLQ)*, qui tenta - en vain -, par des attaques terroristes, de parvenir à l'indépendance du Québec.

Des tendances nationalistes se sont également implantées dans la structure démocratique, que représente le Parti libéral québécois. En 1967, le Ministre de l'ancien cabinet : René Lévesque, se retira et fonda en 1968 *le Parti québécois (PQ)*. L'orientation à gauche fut typique du nationalisme francophone qu'il représentait au Québec. Deux référendums, visant à une scission d'avec le Canada, en 1980 et 1995 furent perdus, le deuxième de grande justesse.

Le Gouvernement fédéral, sous l'égide du Président Ministre Jean Chrétien (Parti libéral), adopta une autre stratégie : l'aspiration québécoise à la souveraineté ne devait plus être endiguée par le biais de complaisances mais par le biais d'une action plus tranchée du Gouvernement fédéral. Avertissements et menaces non dissimulé(e)s furent adressé(e)s au Québec. Est en fonction au Québec, depuis 2003, un gouvernement libéral, sous l'égide de Jean Charest (dirigeant de 1993 à 1998 du Parti conservateur progressiste canadien). Il cherche aussi à obtenir des droits supplémentaires pour le Québec au cours de négociations constitutionnelles.

Le manque d'un Etat central « répressif » est, sans aucun doute, un point faible des Québécois. Au cours des dernières années, les thèmes économiques ont repoussé la question de la souveraineté au second plan. Si le Québec devait se prononcer pour une séparation du Nord, peuplé de manière clairsemée par des Indiens et des Esquimaux et des corridors à l'Ouest, peuplés majoritairement par des Anglo-Canadiens, un Oui pour l'indépendance par voie référendaire serait presque certain. Mais la perte des réserves énergétiques septentrionales et du potentiel industriel occidental serait fatal pour l'Economie.

Le Québec s'est établi et est perçu internationalement, en dehors de l'issue d'un éventuel référendum supplémentaire sur l'indépendance, comme un pouvoir politique, économique et culturel puissant. La question, qui est de savoir s'il y a lieu d'attendre des initiatives de la part du Gouvernement fédéral conservateur, en fonction depuis janvier 2006 sous l'égide du Premier Ministre Stephen Harper, reste ouverte. En raison des nombreux échecs, enregistrés dans le passé, tous les politiciens canadiens tardent à s'attaquer à ce sujet brûlant qu'est la réforme constitutionnelle.

## Le saut du cavalier

Romedio Graf von Thun-Hohenstein

Au printemps 1944, les forces armées allemandes et leurs alliées se virent confrontées en Yougoslavie à une armée sans cesse croissante de partisans, qui les empêtra, en Dalmatie, au Monténégro et en Albanie, dans des combats défensifs permanents, alors que les allemands réussissaient, d'autre part, en Serbie, en Croatie et en Bosnie, à refouler les unités de Tito au nord et à l'ouest de la Drina. Le 9 mai, le commandement suprême de la Wehrmacht confirma qu'une attaque sur le quartier général de Tito offrait l'opportunité de paralyser l'appareil de commandement et d'administration de Tito.

Le 12 mai, les détails de l'opération projetée, qui reçut le nom de « Saut du cavalier », furent fixés au quartier général du commandement suprême n° 2 de l'armée blindée. A ce sujet, le moment de surprise au début de l'opération fut décisif. Les forces yougoslaves à Drvar n'étaient pas aussi puissantes que ce à quoi on pouvait s'attendre, étant donné le fait que le quartier général de Tito, ainsi que les trois missions militaires alliées, s'y trouvaient. Tito résidait la plupart du temps, de crainte d'attaques aériennes allemandes, dans une grotte, qui se trouvait à l'intérieur de la chaîne de montagnes, qui entoure le site de Drvar de toutes parts.

L'attaque commença le 25 mai 1944 à 06 heures 30 ; le coup principal fut porté par les Allemands contre le centre ville, qui fut défendu avec acharnement par les partisans. Vers 08 heures 45, les Allemands avaient brisé la dernière résistance des partisans et à 09 heures 00, Drvar était complètement tombée entre leurs mains, sans qu'ils ne puissent localiser le quartier général de Tito.

Lorsque la résistance s'avéra acharnée, à midi, il ne fut pas possible non plus de déboucher Tito, son commandement ou les missions militaires alliées, voire de les capturer. Eu égard à cette situation, le chef de l'opération allemande ordonna la retraite des forces du bataillon, encore en état de combattre, en direction du cimetière, pour qu'elles y organisent leur défense. Tito et son commandement le plus rapproché avaient effectivement quitté la grotte par une entrée camouflée, vers 11 heures 15, sans subir de grandes pertes.

Alors que le commandement allemand avait accordé, avec le « saut du cavalier », la dernière possibilité de porter un coup décisif au mouvement des partisans de Tito, les Britanniques avaient immédiatement compris le risque, qui menaçait Tito et réagirent avec deux mesures immédiates. La première fut l'appui aérien direct et massif pour les partisans, qui atteint aussi pour les Allemands une dimension entièrement nouvelle ; la deuxième fut une opération de débarquement contre l'île de Brac avec un puissant contingent de troupes britanniques. Sous l'impulsion britannique, Tito quitta la Yougoslavie en direction de Bari, d'où il fut immédiatement amené à Vis, afin d'y installer son nouveau quartier général.

Les enseignements du « saut du cavalier » sont faciles à tirer : le bataillon de chasseurs parachutistes engagé correspondait bien aux attentes militaires mais fut aussi exposé sans tenir compte des pertes et il fut pratiquement anéanti après sa mise en œuvre. Fut, cependant, décisif le fait que, préalablement lors de la reconnaissance, les Allemands n'avaient pas réussi à trouver le véritable lieu de séjour de Tito. De ce fait, l'objectif principal de l'opération fut un échec. La sous-estimation du potentiel de combat des partisans et la rapidité de leur réaction face au débarquement contribuèrent de manière essentielle au fiasco.

#### Offenlegung gem. §25 (1) Mediengesetz

**Medieninhaber:** Bundesministerium für Landesverteidigung, Roßauer Lände 1, 1090 Wien.

Die **Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)** ist eine wissenschaftliche Fachzeitschrift mit Berichten und Analysen zu Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Strategie, Militärstrategie und Operation, aktuellen Krisen, Konflikten und Kriegen sowie grundsätzlichen Fragen der Wehrtechnik.

Die **Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ)** soll dem Leser sicherheitspolitische Abläufe und Entwicklungen verständlich machen, Hintergrundinformationen bieten und durch selektive, themenbezogene Informationsanalyse über längere Zeiträume hinweg den Überblick über die tagesaktuelle Informationsflut erleichtern, um dadurch eine Unterstützung beim Erkennen von Zusammenhängen, Abhängigkeiten und Wechselwirkungen in sicherheitspolitischen Fragen zu geben.

## Le corps des officiers et la franc-maçonnerie du 18<sup>ème</sup> siècle

Hubert M. Mader

Les soldats étaient prêts à répandre tous cultes ou toutes religions à mystères, qui concernaient leur vie et qui ne représentaient, pour leur service, aucune opposition mais plutôt une confirmation sur le plan métaphysique. Peut faire office de premier culte, qui couvrait entièrement ce domaine de l'existence militaire et contenait simultanément des éléments essentiels, qui se retrouvent aussi dans la « franc-maçonnerie » moderne, le culte de Mithras des légions romaines.

Des parallèles entre le culte de Mithras et la franc-maçonnerie des temps modernes au 18<sup>ème</sup> siècle s'imposent vraiment, même s'il ne s'agit pas d'un transfert direct de la symbolique. Les « sociétés secrètes » ont aussi exercé depuis toujours une certaine fascination sur de nombreux militaires (officiers). Peut-être les religions bien établies n'étaient-elles pas à même d'offrir à maints hommes de guerre, face à l'incertitude, parfois quotidienne, de la survie, le soutien nécessaire, qu'ils recherchaient. Une critique franche contre les églises mais aussi une nouvelle spiritualité jusque dans l'occultisme s'insinuèrent dans la brèche qui s'était formée à cet endroit.

Le 24 juin 1717 entra dans l'Histoire comme date de fondation de la franc-maçonnerie organisée. La première grande Loge fut constituée, autrefois, à Londres, par la réunion de quatre loges. Les racines de la franc-maçonnerie sont ancrées dans la tradition des loges maçonniques et recèlent des traces de coutumes mystiques de l'Occident et de l'Orient.

Les raisons, pour lesquelles les loges franc-maçonniques exercèrent une grande fascination sur les officiers, résidaient probablement pour

nombre d'entre eux dans la connaissance de ces secrets, qui leur furent divulgués au cours de rites et cérémonies initiatiques. En ce qui concerne les officiers, qui appartenaient à la bourgeoisie, c'était, de plus, le caractère égalitaire, que les loges (militaires) diffusaient, qui les poussaient à devenir membre. Ici, l'officier, qui appartenait à la bourgeoisie, pouvait évoluer parmi ses pairs d'origine noble, comme frère parmi les autres frères et avoir, quant aux grades, les mêmes possibilités d'avancement qu'un noble. De plus, c'était bien les idéaux de la « chevalerie » du Moyen Âge, en relation étroite avec la « bravoure », ainsi que la « loyauté » (vis-à-vis du monarque), qui jouèrent un rôle non négligeable. Ce fut, notamment, le regain de la tradition de l'Ordre des Templiers qui toucha - d'une manière naturellement modifiée - un esprit, que les officiers du 18<sup>ème</sup> siècle connaissaient et partageaient aussi.

L'Empereur Joseph II entama, avec la franc-maçonnerie, des relations contradictoires. Il trouva, d'une part, des paroles élogieuses pour l'Alliance et la mit sous sa protection ; il plaça, d'autre part, les francs-maçons sous le contrôle strict de l'Etat. Toutefois, Léopold II fut, dans l'ensemble, peu favorablement disposé à l'égard de la franc-maçonnerie, comme suite à la révolution française. L'Empereur François II fut, à cause des vifs avertissements cléricaux, qui se mirent en place au cours de la révolution française, dès le premier jour de son gouvernement, conseillé de manière hostile à l'encontre de la franc-maçonnerie, attitude dans laquelle il fut renforcé ultérieurement, surtout par Metternich. En 1797 eut lieu enfin la dissolution de toutes les « sociétés secrètes ». La franc-maçonnerie demeura interdite en Autriche jusqu'à la fin de la monarchie ; elle put, toutefois, se rétablir en Hongrie, après le compromis de 1867.

## IMPRESSUM

Die Österreichische Militärische Zeitschrift (ÖMZ) erscheint zweimonatlich.

Die ÖMZ ist eine wehrwissenschaftliche Zeitschrift mit Berichten und Analysen zu einschlägigen Themenkreisen aus dem gesamten Bereich der Sicherheitspolitik, Polemologie und Militärwissenschaft.

Die mit Namen oder Initialen gekennzeichneten Beiträge enthalten die Ansichten der Autoren und nicht notwendigerweise die offizieller Stellen oder der Redaktion.

#### Medieninhaber/Herausgeber:

Bundesministerium für Landesverteidigung, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

#### Druck:

Holzhausen Druck & Medien GmbH  
Holzhausenplatz 1, 1140 Wien, Auhof

#### Redaktion:

OberstG MMag. Dr. Andreas Stupka  
(Chefredakteur)

Oberrat Mag. Christian Hosiner  
(stv. Chefredakteur)

#### Technische Redaktion:

Major Mag. Anton Stöttinger

**Bild:** Rainer Weckerle

**Grafik:** Peter Lutz

**RedaktionsreferentIn:** Martina Böhm

**SB Layout & Medien:** Brigitte Wallinger

#### Ständige Mitarbeiter:

General i.R. Horst Pleiner, Brigadier Wolfgang Wosolsobe, Brigadier MMag. Wolfgang Peischel, Brigadier Mag. Rudolf Striedinger, Mag. Friedrich Korkisch, Mag. Predrag Jurekovic, Mag. Arthur Friedrich Maiwald, Mag. Dr. Wolfgang Taus, Prof. Mag. Dieter Huditsch, Herbert Kranzl, Brigadier Dr. Walter Feichtinger, Ao. Univ.-Prof. DDr. Christian Stadler, OberstleutnantG Mag. Bruno Günter Hofbauer, OberstleutnantG Mag. Philipp Eder, Univ. Doz. DDr. Heinz Vetschera,



Dr. Wolfgang Etschmann, Dr. Karin Kneissl, Burkhard Bischof, Dr. Wilfried Aichinger, Dr. Martin Pabst, Dr. Gunther Hauser, OberstleutnantdHmFD Mag. Bernhard Lauring, OberstleutnantdHmFD Mag. Dietmar Pfarr.

**Alle:** Redaktion ÖMZ, AG Stiflgasse, Stiflgasse 2A, 1070 Wien

**Tel.:** 0043/(0)1/5200-40901

**Fax:** 0043/(0)1/5200-17108

**E-Mail:** red.oemz@bmlv.gv.at

Bezugspreise (inkl. 10% Umsatzsteuer):

**Jahresabonnement € 24,30**

**Einzelheft € 4,70**

Preise exkl. Versandkosten

Abonnement-Bestellungen bei der Redaktion ÖMZ. Das Abonnement verlängert sich selbstständig, falls es nicht bis spätestens 30. November gekündigt worden ist.

**Nachdruck und Übersetzung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.**